

STUTTGARTER ZEITUNG

Heute mit
154 Stellenangeboten,
193 Immobilien und
Wohnungen

**+JOBS
IMMO**

Nr. 256 | 44. Woche | 67. Jahrgang | E 4029

Samstag, 5. November 2011

A = € 2,20 I = € 2,30 sfr 4,20 | 1,70 €



Umtost vom Sturm der Finanzkrise

Endloses Drama in Griechenland

Ministerpräsident Giorgos Papandreou übersteht die Vertrauensfrage. Doch die Hellenen wenden sich verbittert vom Parteiengzänk in Athen ab.

SEITEN 4, 11, 21, 31 und auf stuttgarter-zeitung.de/thema/eurokrise

Das Parlament muss aufklären



EnBW-Deal Gerade weil es keine Akten gibt, ist ein Untersuchungsausschuss nötig. Von Andreas Müller

Reicht es nicht allmählich mit der Vergangenheitsbewältigung? Muss der EnBW-Deal wirklich noch weiter aufgearbeitet werden? Hat der Hauptverantwortliche, der ehemalige Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU), mit der Abwahl nicht schon die politische Höchststrafe erhalten? Auf den ersten Blick erscheinen solche Gedanken verständlich. Doch je tiefer man sich mit dem Milliardengeschäft befasst, je mehr neue Einzelheiten und Widersprüche bekannt werden, desto klarer wird: die Aufklärung hat gerade erst begonnen. Der Vorgang schreit geradezu nach einem Untersuchungsausschuss des Landtags, und der wird – diese Prognose sei gewagt – früher oder später auch kommen.

Was, wenn nicht ein Fünfmilliardengeschäft unter Umgehung des Parlaments, sollte ein solches Gremium rechtfertigen? Ungleich kleinere Themen haben die Abgeordneten schon mit großem Aufwand untersucht, etwa die Verlegung dreier Messen aus der Provinz nach Stuttgart. Da muss es ihnen die Mühe allemal wert sein, wenn ein Ministerpräsident mit seinem Freund – Dirk Notheis und dessen Investmentbank Morgan Stanley – als Berater mit Steuergeldern einen halben Energiekonzern kauft. Wie die beiden eine angebliche Notlage konstruierten, wie sie den Sachverstand des Parlaments und des Regierungsapparates ausschalteten, wie sie bei ihrem einsamen Vorgehen Fehler machten und Milliardenrisiken in Kauf nahmen – das ist bundesweit wohl ohne Beispiel. Das Ergebnis, dass der Staat wieder Mitbesitzer der EnBW ist, wäre diskussionswürdig gewesen. Aber es konnte eben nicht diskutiert werden.

Noch zögert die einstige Opposition, einen Untersuchungsausschuss zu installieren. Mit der Zukunft der EnBW sind die neuen Regierungsparteien schon genug gefordert, manchmal scheint es überfordert. Doch es wäre ein kleiner Skandal im großen, wenn sie am Ende die Aufklärung verweigerten. Keiner der Einwände gegen das Gremium ist überzeugend, am wenigsten der, es gebe ja keine Akten mehr. Wie bizarr dieses Argument der Grünen ist, macht der Umkehrschluss deutlich: Täter dürften nur keine Spuren hinterlassen, dann wären sie vor Verfolgung gefeit. Gerade das Fehlen von Unterlagen – schon für sich unglaublich – erfordert es dringend, die Beteiligten als Zeugen zu hören. Nicht gegenüber Medien oder seinen Parteifreunden, vor dem Parlament müssen Mappus, seine Helfer und Berater Rechenschaft ablegen. Unter einer Wahrheitspflicht wie vor Gericht wird sich jeder Einzelne sehr genau überlegen, was er aussagt. Nur so ließen sich die teilweise krassen Widersprüche auflösen. Niemandem wäre gedient, wenn die Vorwürfe weiter im Ungefähren blieben, letztlich auch der CDU nicht; der kluge neue CDU-Landtagspräsident hat das klar erkannt.

Offene Fragen gibt es en masse. Wie verhielt es sich wirklich mit dem Parlamentsvorbehalt, für den Mappus angeblich kämpfte und von dem der französische Konzern EdF als Verkäufer des 45-Prozent-Anteils an der EnBW nie etwas gehört haben will? Warum gab es bei einem Geschäft dieser Größenordnung keine ordentliche Wertermittlung, warum wurden die Warnungen der Analysten – sogar jener von Morgan Stanley – just vor Energieaktien ignoriert? Wie konnte es zu einer Vereinbarung kommen, die den Investmentbankern des Mappus-Freundes Notheis dicke Folgeaufträge zuschusterte? Diese Fragen zu klären hat nichts mit Nachtreden zu tun, wohl aber mit Verantwortung vor den Bürgern und Steuerzahlern. Sie können erwarten, dass Grünrot bei aller gebotenen Konzentration auf die Zukunft auch die Vergangenheit ausleuchtet; auch dafür haben sie die frühere Regierung abgewählt. Apropos Abwahl: die sollte in der Demokratie keine Strafe, sondern der Normalfall sein. So gesehen ist der EnBW-Deal für die Verantwortlichen bis jetzt ohne Konsequenzen geblieben. Bleibt als Fazit: Landtag, bitte aufklären!

Reportage
Wurde zwischen VW und Telekom gemauschelt? Ein pikanter Fall SEITE 30

Sport
Fußball-Bundesliga: der VfB Stuttgart verliert in Mainz mit 1:3 SEITE 40

Die Brücke zur Welt
Bloß nicht bei mir! Bürgerproteste folgen oft dem Egoismus SEITE V1

25 Jahre Analysen zur Wissenschaft

1986 war nicht nur das Jahr von Tschernobyl, sondern auch des Großbrands beim Pharmakonzern Sandoz und der Explosion der US-Raumfähre Challenger. Wissenschaft und Technik wurden in der Öffentlichkeit kritisch gesehen und die Nachfrage nach unabhängigen Informationen stieg. Am 8. November 1986 antwortete die StZ darauf mit einer neuen Wissenschaftsseite, die sich der „ruhigen Abwägung der Risiken und Chancen“ verpflichtet sah – und heute noch sieht. Dass die Wissenschaft viel zum Fortschritt beigetragen hat, beleuchtet in den kommenden Tagen eine Serie auf der Entdecken-Seite. *amd*
– „Wir schauen zurück“ SEITE 20



Wir schauen zurück

Kontrolleure nehmen Italien an die Leine

Schuldenkrise Der Internationale Währungsfonds überwacht künftig Roms Reformen. Die G 20 beschließt ein Wachstumsprogramm.

Das hochverschuldete Italien unterwirft sich der Kontrolle des Internationalen Währungsfonds. Die Überwachung gehe auf einen Wunsch der Regierung in Rom zurück und finde parallel zu den bereits vereinbarten Überprüfungen durch die Europäische Union statt, erklärte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso gestern am Rande des G-20-Gipfels in Cannes. Die EU-Kommission werde sich bereits in der kommenden Woche mit der Lage in dem südeuropäischen Euroland beschäftigen.

„Ich sehe das als Beweis dafür, wie wichtig Italiens Reformprozess für das Land und die gesamte Eurozone ist“, sagte Barroso zu der Entscheidung Italiens, sich vom IWF kontrollieren zu lassen. Mit dem Schritt kam Ministerpräsident Silvio Berlusconi den Finanzmärkten entgegen. Der französische Präsident Nicolas Sarkozy sagte, Berlusconi wisse, dass die Märkte an der Umsetzung der Sparmaßnahmen zweifeln. Das Reformprogramm sieht unter anderem eine Erhöhung des Rentenalters, Lockerungen am Arbeitsmarkt und Privatisierungen vor. Bundeskanzlerin Angela Merkel zufolge wollen EU und IWF vierteljährlich über den Fortgang der italienischen Anstrengungen berichten.

Italien kämpft um das Vertrauen der Finanzmärkte. Zuletzt verlangten Anleger für Staatsanleihen mehr als sechs Prozent Zinsen. Will sich die Bundesrepublik Geld leihen, werden zurzeit weniger als zwei Prozent Zinsen fällig.

Nach französischer Vorstellung sollen die Europäische Zentralbank und der Euro-Rettungsfonds intervenieren, falls es auf den Finanzmärkten einen Angriff auf Italien gibt. „Die EZB und der Fonds stehen bereit, falls dies nötig ist“, sagte Staatspräsident Nicolas Sarkozy in Cannes. „Italien ist nicht allein.“

Die führenden Industrie- und Schwellenländer verständigten sich darauf, mit einem Maßnahmenpaket weltweites Wachstum zu schaffen. Die Teilnehmer des G-20-Gipfels hätten sich auf einen Aktionsplan einschließlich einer Reform des Finanzmarkts und eines freieren Welthandels verständigt, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel in Cannes.

Merkel betonte, man sei sich auf G-20-Ebene einig, dass man Wachstum nicht nur durch Konjunkturprogramme, sondern vor allem durch Strukturreformen erreichen wolle. Dafür sei auch der Abbau protektionistischer Maßnahmen notwendig. Ferner habe der Internationale Finanzstabilitätsrat Beschlüsse zu den weltweit systemrelevanten Banken gefasst. Für diese Banken sei eine Prozedur der Restrukturierung beschlossen worden, so dass die Steuerzahler nicht mehr für mögliche Ausfälle in Haftung genommen werden könnten.

Die G-20-Länder wollen zudem den Kampf gegen grenzüberschreitende Steuerhinterziehung verstärken. *rtr/dapd*
– Deutschland soll Wachstum stärken SEITE 11
– Italien ist besser als sein Ruf SEITE 12

Geheimvertrag beim EnBW-Kauf

Ex-Ministerpräsident Stefan Mappus hat seinem Freund Dirk Notheis (beide CDU) strikte Geheimhaltung zugesichert, als er dessen Investmentbank Morgan Stanley mit der Begleitung des EnBW-Deals beauftragte. Die vom ehemaligen Staatsminister Helmut Rau unterzeichnete Vereinbarung ist nach StZ-Informationen nicht nur als „streng vertraulich“ eingestuft. Sie enthält auch eine Zusatzklausel, wonach die Rolle von Morgan Stanley ohne schriftliche Erlaubnis nicht offengelegt werden darf. Womöglich hat Mappus darauf vertraut, als er in einem Brief an CDU-Kollegen entgegen dem Vertragsinhalt angab, es seien keine Folgeaufträge für die Bank vereinbart. *mil*
– Sorgen wegen Schweigeklausel SEITE 5

Die Steuern sprudeln

Die gute Lage am Arbeitsmarkt spült Bund, Ländern und Gemeinden Geld in die Kassen. Laut Steuerschätzung werden sie fast 40 Milliarden Euro mehr einnehmen als erwartet. Die Debatte über Steuererleichterungen flammt erneut auf. SEITEN 2, 3

S 21: Kampagnen starten

Drei Wochen vor dem Referendum zu Stuttgart 21 nehmen die Kampagnen der Befürworter und der Gegner Form an. Viele Details sind aber noch offen. Über die Kosten für einen etwaigen Ausstieg aus dem Projekt wird weiter gestritten. SEITEN 5, 22

Polizei in Geldnot

Ist die Polizei pleite? Zumindest im Land fehlen den Beamten 1,4 Millionen Euro. Zwar fahren die Streifen, aber Fortbildungen und Reparaturen müssen oft verschoben werden. Für die Polizeigewerkschaft ein unhaltbarer Zustand. SEITE 21

Wetter SEITE 8

Samstag 19°/10°
Sonntag 15°/6°
Montag 14°/8°

Börse SEITEN 16, 17

● Dax 5960,70 Punkte (-2,81%)
● Dow Jones 11 983,24 Punkte (-0,51%)
● Euro 1,3773 Dollar (Vortag: 1,3773)

Ausführliches Inhaltsverzeichnis SEITE 2



4 190402 901701



6 6 0 4 4

Die Truppe wird softer - ein bisschen

Das Training mit den dick gepolsterten Schlagstöcken, Pügel Sticks (Schlagstöcke) genannt, ist ein fester Bestandteil der Ausbildung bei den Marines im kalifornischen San Diego. Ein Sergeant, der junge Männer für den Einsatz in Afghanistan drillt, lobt deren hervorragende Wirkung: „Die Jungen kommen hierher und waren noch nie in einem Kampf verwickelt, die haben noch nie ihre Faust benutzt, um jemand anders zu schlagen.“ Das Training mit den gepolsterten Stöcken erzeuge die nötige Aggression, die der Soldat für den Ernstfall benötige.

Nun bleiben diese Trainingskämpfe aber trotz der dicken Polster nicht folgenlos. Wenn ein Rekrut bisher mit glasigen Augen aus dem Ring taumelte, schrie ihn der Ausbilder an und befahl ihm weiterzukämpfen. Jetzt aber haben sich auch bei den Marines in San Diego die Zeiten geändert: Ein eigens angeheuerter Fitnesstrainer erkennt die Anzeichen einer Gehirnerschütterung und bringt den Rekruten schleunigst ins Krankenhaus. Die Fitnesstrainer sind Teil eines sportmedizinischen Programms, das 15,5 Millionen Dollar kostet. Eine Anlage für die Rehabilita-

USA Die US-Army will die Zahl der Verletzten in der Ausbildung senken. Von Susanne Janssen

tion nach Verletzungen soll folgen. Bisher galt das 13 Wochen lange Boot Camp (Ausbildungslager) der Marines in San Diego als das härteste der US-Army. Wird es jetzt eine Wellnessoase? Werden die Rekruten zu Weicheiern? Früher, so erinnern sich die Veteranen, habe es bei einer Verletzung nur geheißen: „Vergiss es und renn weiter.“ Wer nicht mehr weiterlaufen mochte und in ein Auto stieg, bekam den Spott der ganzen Kompanie zu spüren.

Damit ist nun Schluss – denn die Marines haben die höchste Verletzungsrate im ganzen Land. Die soll mit dem Programm verringert werden, weil die verletzten Rekruten Geld kosten und die Moral der ganzen Truppe senken. Die Trainer, die alle eine medizinische Ausbildung haben, sollen nun gewährleisten, dass die jungen Männer reibungsloser und gesünder in Soldaten verwandelt werden. Gehirnerschütterungen und gebrochene Schienbeine sollen vermieden werden. Schon beginnt das Programm Wirkung zu zeigen: die Verletzungsrate San Diegos gleicht sich der in anderen Boot Camps an. Und eine weitere Bastion für harte Männer wackelt.

Luff



„Hattest recht mit Griechenland, kannst das Ding wieder abnehmen!“

Die Scheu der Prüfer vor dem EnBW-Deal

Aktien Warum der Rechnungshof den Milliardencoup nicht aufgriff und sein Präsident einen Kollegen ausbremste. Von Andreas Müller

Es war ein schöner Erfolg für den Landesrechnungshof. Glasklar bestätigte der baden-württembergische Staatsgerichtshof, was die Karlsruher Prüfer bereits drei Monate zuvor in ihrer Denkschrift festgestellt hatten: Mit der Inanspruchnahme der Notbewilligungsklausel habe die schwarz-gelbe Regierung das Haushaltsrecht des Parlaments verletzt und somit die Verfassung gebrochen.

Es ging, im Jahr 2007, um 58 Millionen Euro für die auf Drängen der FDP privatisierte Bewährungshilfe. Dreieinhalb Jahre später, beim EnBW-Deal, ging es um das Hundertfache dieses Betrages. Doch der Umgang des Rechnungshofes mit den beiden – abgesehen von der Dimension – fraprierend ähnlich gelagerten Fällen unterscheidet sich fundamental.

Während die Kontrollbehörde unter dem früheren Präsidenten Martin Frank (CDU) ganz im Sinne ihres Auftrages agierte, das Haushaltsgebaren des Landes zu überwachen, reagierte sie unter dessen Nachfolger Max Munding (CDU) seltsam defensiv. Die gleichen Prüfer, die sich sonst auch um Kleinbeträge kümmern und darob zuweilen als „Erbsenzähler“ gescholten werden, blieben bei dem Milliardendeal fast durchweg untätig. Mehr noch: Munding ließ eine Initiative aus den eigenen Reihen, das Geschäft offiziell zu prüfen, sogar bewusst ins Leere laufen.

Vom Coup des damaligen Ministerpräsidenten Stefan Mappus (CDU) war der Rechnungshof am 6. Dezember 2010 genauso überrascht wie die gesamte Öffentlichkeit. Schnell kam die Frage auf, was denn die Finanzkontrolleure zu der erkennbar trickreichen Transaktion sagten. Doch Munding knappe Erklärungen zeugten vor allem von dem Bemühen, die CDU/FDP-Regierung

Kritik wurde schonend verpackt.

drei Monate vor der Wahl nicht zu deutlich zu kritisieren. „Wir halten es für legitim, dass eine Unternehmensbeteiligung in dieser Dimension (...) vertraulich angebahnt und vorbereitet wird“, ließ er auf Medienanfragen erklären. Die weiteren Schritte müssten nun im gesetzlich vorgegebenen Verfahren unter Beteiligung des Landtags erfolgen; der treffe letztlich die Entscheidung. „Vorbereitende Verträge können auch davor geschlossen werden, sofern sie Vorbehaltsklauseln enthalten.“

Damit war der Knackpunkt, der fehlende Parlamentsvorbehalt, zwar angesprochen, aber möglichst moderat. Für das „Wir“ hatte der Präsident allerdings kein Mandat: Der aus ihm, seinem Vize Günther Kunz und den fünf Mitgliedern bestehenden Senat hatte sich mitnichten eine Meinung gebildet – und konnte das auf der dürren Faktengrundlage auch gar nicht. Teile des Kollegialorgans wurden sogar – entgegen den Usancen – ausgesperrt, als der Finanzausschuss am 14. Dezember in



Rechnungshof-Chef Max Munding: „Keine Prüfung verhindert.“

Fotos: Steinert, dpa

nichtöffentlicher Sitzung über den EnBW-Deal beriet. Nur Munding, Kunz und die fürs Finanzministerium zuständige Direktorin Hilaria Dette waren zugelassen. Was er dort gesagt hatte, wollte der Chefprüfer wegen der strengen Vertraulichkeit zunächst nicht verraten. Er habe „die Inanspruchnahme des Notbewilligungsrechts nicht gebilligt“, behauptet er heute. Doch sein Stellvertreter Kunz, wird berichtet, habe sich über die Sitzung „wahnsinnig aufgeregt“. Der Grund ließe sich leicht im Protokoll feststellen, aber das wird bis heute unter ungewöhnlich strengem Verschluss gehalten – aus rätselhaften Gründen.

Doch nicht alle Chefprüfer wollten es beim Wegducken bewenden lassen. Noch im Dezember kam aus ihren Reihen der erste informelle Vorstoß, den EnBW-Deal offiziell aufzugreifen, im Februar dann auch ein formeller – schriftlich an den Präsidenten. Schließlich wurde das Thema unter dem Punkt „Verschiedenes“ im Senat aufgerufen. Die Beratung dort erfolgte wie

stets geheim, lässt sich aber zumindest grob rekonstruieren. Die zuständige Direktorin Dette ergriff danach keine Initiative, eine Prüfung einzuleiten. Ein eigentlich nicht zuständiger Kollege empfahl hingegen dringend, der Rechnungshof müsse sich des dubiosen Milliardenengeschäfts annehmen; in Angelegenheiten von „besonderer Bedeutung“ sind dazu alle Chefprüfer berechtigt. Doch der Präsident wimmelte das Begehren ab, ohne dass darüber abgestimmt wurde. Ob einer der Chefprüfer per Mehrheitsbeschluss zum Jagen getragen werden kann, ist ohnehin strittig.

Ärztestreik abgewendet

Unikliniken In letzter Minuten einigen sich die Tarifparteien auf 3,6 Prozent mehr Gehalt.

Die Ärztestreiks an den Universitätskliniken sind in letzter Minute abgewendet worden. Die Tarifparteien einigten sich am Samstag in Berlin auf eine lineare Erhöhung der Gehälter um 3,6 Prozent. Außerdem sei für die bundesweit 20 000 Mediziner eine Einmalzahlung von 350 Euro vorgesehen, teilte der Verhandlungsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, Niedersachsens Finanzminister Hartmut Möllring (CDU), mit. In Baden-Württemberg gilt die Einigung für rund 4000 Ärzte.

Ohne die Einigung wären im Südwesten die Kliniken in Ulm, Heidelberg, Tübingen und Freiburg von heute an bestreikt worden. Verschiebbare Operationen und Behandlungen waren bereits verlegt worden. Die Ärzte im Südwesten reagierten erleichtert auf die Tarifeinigung. Gleiches gilt für den Leitenden Ärztlichen Direktor der Uniklinik Freiburg, Jörg Rüdiger Siewert. Er sagte: „Das ist vor allem eine gute Nachricht für unsere Patienten, da ein Streik abgewendet werden konnte. Nun müssen wir uns mit dem Ergebnis und seiner Finanzierung auseinandersetzen.“

Die Tarifparteien vereinbarten auch eine Erhöhung der Zuschläge für Nacht- und Bereitschaftsdienste. Für Vollarbeit in der Nacht erhalten die Ärzte vom 1. Januar 2012 an pro Stunde einen Zeitzuschlag in Höhe von 20 Prozent anstelle des bisherigen Stundenzuschlages für Nachtarbeit von 1,28 Euro. Auch für nächtliche Bereitschaftsdienste wird künftig ein Zeitzuschlag in Höhe von 20 Prozent je Stunde gezahlt. Der Abschluss sei ein „schwerer Kompromiss“, sagte die Landeschefin der Gewerkschaft Marburger Bund, Sandra Bigge. Viele Mediziner hätten auf mehr als die nun vereinbarte Gehaltserhöhung um 3,6 Prozent gehofft. Dafür seien die höheren Zuschläge bei Nacht- und Bereitschaftsdiensten aber ein wichtiger Schritt nach vorn. Die Ärztegewerkschaft hatte eine lineare Anhebung der Gehälter um fünf Prozent gefordert. lsw

Kontakt

Redaktion Landespolitik
Telefon: 07 11/72 05-11 81
E-Mail: suedwest@stz.zgs.de

Weitere Nachrichten aus Baden-Württemberg finden Sie auf SEITE 23

DER RECHNUNGSHOF – NUR DER ALLGEMEINHEIT VERPFLICHTET

Ziele Der Rechnungshof versteht sich als Kontroll- und Beratungsinstanz in allen Fragen, die die Finanzen des Landes betreffen. Er unterstützt den Landtag, die Regierung und die Verwaltung „bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben“, steht im Leitbild der Karlsruher Behörde. Ziel sei der „bestmögliche Einsatz“ und die „Schnonung der finanziellen Ressourcen des Landes“. Weiter heißt

es: „Wir identifizieren uns mit unserem Auftrag und sind uns der Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit bewusst.“

Arbeit Die Spitze des Rechnungshofes, der Senat, besteht aus dem Präsidenten, seinem Stellvertreter und fünf Direktoren. Wer wofür zuständig ist, ist im Geschäftsverteilungsplan festgelegt; der Präsident oder sein Vize haben eine über-

greifende Zuständigkeit. Beschlüsse fällt der Senat entweder mehrheitlich oder mit den Stimmen der zuständigen Mitglieder. In Fällen „von wesentlicher Bedeutung“ kann auch jeder nicht zuständige Direktor eine Entscheidung verlangen. Die Chefprüfer sind unabhängig wie Richter. Pflichtverstoß kann der Landtagspräsident durch das Richterdienstgericht prüfen lassen. müll

Wegducken gilt nicht

Atom Müll 47 Prozent der Baden-Württemberger würden laut einer Umfrage ein Endlager in ihrem Bundesland akzeptieren.

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat die Bundesländer davor gewarnt, sich bei der neuen Suche nach einem Standort für ein Atom Müll-Endlager wegzuducken. „Es muss der Standort sein, der der beste ist, egal wo er liegt“, sagte der Grünen-Politiker mit Blick auf ein geplantes Treffen der Länder bei Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) am kommenden Freitag. Sein Land solle bei der Endlagersuche deshalb nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Auch Gorleben in Niedersachsen bleibe eine Option. „Da Salzstöcke grundsätzlich infrage kommen, bleibt Gorleben erst mal drin.“ Die Grünen im Bund und in Niedersachsen wollen die laufende Erkundung von Gorleben stoppen.

Röttgen hatte die Regierungschefs eingeladen – angeblich wollen aber nur Kretschmann und der Niedersachse David McAllister (CDU) persönlich kommen; andere schicken Vertreter. Normalerweise lädt nur die Kanzlerin Landesregierungschefs ein.

Nach einer Emnid-Umfrage würden 47 Prozent der Baden-Württemberger ein Atomendlager in ihrem Bundesland akzeptieren. In Nordrhein-Westfalen und Bayern bejahten dies jeweils 41 Prozent, in Rheinland-Pfalz, Hessen und im Saarland jeweils 35 Prozent. In Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg und Bremen antworteten 29 Prozent mit Ja. Greenpeace-Aktivistinnen hatten am Samstag in rund 45 Städten gegen den bevorstehenden Castortransport nach Gorleben protestiert. dpa

Stuttgart – Schon ab **€44.99** einfache Strecke inklusive aller Steuern und Gebühren

Jetzt buchen auf **aerlingus.com**

Aer Lingus Gute Reise. Gute Preise.

Gültig für Flüge ab 23.11.11 bis 28.03.12. Buchbar bis zum 21.11.11. Tarif unterliegt den Geschäftsbedingungen und ist abhängig von der jeweiligen Verfügbarkeit. Tarif gilt nur für eine Strecke; Steuern und Gebühren sind enthalten. Eventuell fällt eine Bearbeitungsgebühr von €6 pro Buchung an.

Ermittler tun sich mit EnBW-Deal schwer

Justiz Die Staatsanwaltschaft sieht keine Anhaltspunkte für Untreue, prüft aber weiter. Misst sie mit zweierlei Maß? *Von Andreas Müller*

Die Staatsanwältin aus Bayern war fassungslos über ihre Kollegen aus Baden-Württemberg. Schon lange wunderte sie sich darüber, dass wegen des EnBW-Deals von Exministerpräsident Stefan Mappus (CDU) einfach keine Ermittlungen aufgenommen würden. Es gebe schließlich genügend Anhaltspunkte für Untreue durch die handelnden Politiker und Beihilfe zur Untreue durch ihre Berater. Schließlich verfasste sie selbst eine umfassend begründete Strafanzeige und schickte sie im Oktober nach Stuttgart. Ihr Fazit: „Jede andere Entscheidung als die Aufnahme von Ermittlungen würde auf Unverständnis stoßen und an Strafvereitelung im Amt grenzen.“

Mit ihrer Empörung steht die bayerische Juristin nicht alleine da. Andere Anzeigerstatter – so ein pensionierter Polizeibeamter aus Südbaden – betrachten es inzwischen selbst als einen Fall für die Justiz, dass die Ermittler „bis heute untätig“ seien. In Leserbriefen und Internetforen wird reihenweise gefragt, wie es sein könne, dass ein Ministerpräsident im Wahlkampf ungestraft mit Milliarden von Steuergeldern spekulieren dürfe, Normalbürger dagegen wegen Centbeträgen gewaltigen Ärger bekämen. Die Justiz, so ein verbreiteter Eindruck, messe da mit zweierlei Maß.

An Strafanzeigen hat es nicht gefehlt. Schon wenige Tage nach Mappus' „EnBW-Coup“ am 6. Dezember 2010 liefen die ersten bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart ein. Nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs, das den Aktienkauf am Landtag vorbei im Oktober als glatten Verfassungsverstoß einstufte, kamen weitere. Insgesamt dürften es um die zwanzig sein. Darunter waren juristisch wenig gehaltvolle Schreiben, in denen Bürger einfach ihrem Unmut Luft machten, aber auch fachlich fundierte Darlegungen von Rechtsanwältinnen. Auch die bayerische Staatsanwältin verwies auf einschlägige BGH-Urteile.

Adressat der Vorwürfe waren Mappus und sein Finanzminister Willi Stächele sowie deren Berater von der Investmentbank Morgan Stanley und der Anwaltskanzlei Gleiss Lutz. Den früheren Staatsminister Helmut Rau nahm hingegen niemand ins Visier – dabei stand er als Geschäftsführer der Kaufgesellschaft Neckarpi im unmittelbaren in der Verantwortung. Fünf Anzeigen werden nach Auskunft der Staatsanwaltschaft derzeit noch geprüft, alle anderen Erstatte erhielten den Bescheid, dass es keinen Anlass für Ermittlungen gebe.

Zuständig für die Prüfung ist nicht die Abteilung für Wirtschaftskriminalität, die im Ruf steht, unerschrocken auch gegen Mächtige vorzugehen – etwa in den Fällen LBBW oder Porsche. Zum Teil waren die Anzeigen direkt dort eingelaufen, wurden aber weitergeleitet an die „politische“ Abteilung von Oberstaatsanwalt Bernhard Häußler; diese ist für Fälle zuständig, in denen Abgeordnete betroffen sind. Häußler, der nicht nur wegen seiner Rolle bei den (Nicht-)Ermittlungen rund um Stuttgart 21 umstritten ist, lässt den EnBW-Komplex von einer bewährten Ersten Staatsanwältin bearbeiten. Noch vor der Landtagswahl, schneller als zunächst ange-

kündigt, entschied sie sich erstmals gegen Ermittlungen. Den Anzeigen werde „keine Folge gegeben“, hieß es in einer Pressemitteilung vom 4. März.

Mappus war damit gleichsam amtlich von dem Verdacht reinzuwaschen, er könnte mit dem politisch, rechtlich und wirtschaftlich bereits hochumstrittenen Coup auch gegen Strafgesetze verstoßen haben. Ihre Entscheidung stützte Häußlers Ermittlerin offenbar ausschließlich auf das Vorbringen der Anzeigerstatter und die Berichte in den Medien. Vertiefte eigene Untersuchungen – etwa das Befragen von Zeugen oder die Sicherstellung von Unterlagen – sind in der Prüfphase vor offiziellen Ermittlungen nicht zulässig.

In der ersten Verfügung, der inzwischen weitere, fast gleichlautende folgten, wird vor allem begründet, warum es keinen Anfangsverdacht auf Untreue gebe. Dazu müsse der Vertragsschluss nämlich pflicht-

widrig gewesen sein, weil „die Grenzen des zulässigen Handlungsspielraums überschritten“ seien. Für ein solches „treuwidriges Risikogeschäft“ gebe es jedoch keine ausreichenden Anhaltspunkte: Weder das hohe Volumen des Aktiendeals noch die

Eile ließen auf „wirtschaftlich unverantwortbare Risiken oder eine zweifelhafte Gewinnaussicht“ schließen. Es spreche auch nichts dafür, dass der Kaufpreis „nicht angemessen“ gewesen sei und Mappus „die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit eines Vermögensverlustes gebilligt“ habe. Ein relevanter Vermögensschaden – strafrechtlich genügt bereits eine bloße Gefährdung – sei zudem nicht erkennbar.

Kein Wunder: damals, Anfang März, lag der Aktienkurs noch wie festgenagelt auf dem Niveau der Übernahmeangebots von 41,50 Euro. Erst später sackte er so stark ab, dass dem Land zeitweise ein Buchverlust von einer Milliarde Euro entstand. Nach der Katastrophe von Fukushima wurde die Verfügung nur um einen Satz erweitert: der in der Folge eingeleitete Kurswechsel in der Atompolitik sei „nicht vorhersehbar“ gewesen. Dass eine Verfassungsklage gegen die längeren Laufzeiten anhängig war, der allgemein gute Erfolgsaussichten bescheinigt wurden, dass Analysten etwa der LBBW oder sogar von Morgan Stanley vor der politischen Unsicherheit für Energieaktien gewarnt hatten, spielte in der Begründung keine Rolle. Ebenso wenig wurde erwähnt, dass es zur

AUCH DIE ENBW-AKTEN KÖNNTEN ZUM FALL FÜR DIE JUSTIZ WERDEN

Verdacht Auch der Umgang mit den Akten zum EnBW-Deal könnte zum Thema für die Justiz werden. Die grünrote Regierung hatte beklagt, dass kaum Unterlagen aus der Zeit vor dem Vertragsschluss vorhanden seien. Ex-Ministerpräsident Stefan Mappus war dem Verdacht, es seien Akten verschwunden, scharf entgegengetreten. Im Staatsministerium müssten mindestens zehn Ordner existieren, sagte er – womit offenbar die Zeit

nach dem 6. Dezember gemeint war. In Hinweisen an die Staatsanwaltschaft und die StZ werden zwei mögliche Tatbestände genannt, um die es gehen könnte.

Paragrafen In Betracht käme zum einen Verwahrungsbruch (Paragraf 133 Strafgesetzbuch). Danach macht sich strafbar, wer Schriftstücke, die sich in dienstlicher Verwahrung befinden, „zerstört, beschädigt, unbrauchbar

macht oder der dienstlichen Verfügung entzieht“. Amtsträger werden besonders hart bestraft. Die andere Möglichkeit wäre Paragraf 274, Urkundenunterdrückung. Er stellt es unter Strafe, wenn jemand eine Urkunde, die ihm nicht oder nicht alleine gehört, „vernichtet, beschädigt oder unterdrückt“. Zum Umgang mit der Akte liegt der Staatsanwaltschaft mindestens eine Anzeige vor, die jedoch noch nicht geprüft wurde. *mül*



Der EnBW-Deal wird bei der Staatsanwaltschaft nicht von den Wirtschaftsexperten geprüft, sondern von den „politischen“ Ermittlern unter Bernhard Häußler. Fotos: dpa, ddpd

Wertermittlung keine vertiefte Prüfung gab – eine sogenannte Due Diligence –, die bei Transaktionen dieser Größenordnung üblich ist. Allein deren Fehlen, sagte ein erfahrener Wirtschaftsjurist der StZ, könne schon ein Indiz für Untreue sein.

Direkten Vorsatz unterstellt Mappus und seinen Mitakteuren wohl niemand; bedingter Vorsatz – das billigende Inkaufnehmen – würde für eine strafrechtliche Relevanz indes schon reichen. Im Kern geht es mithin darum, ob die „Regeln der kaufmännischen Sorgfalt“ verletzt wurden. Was bei Mappus bis jetzt verneint wird, registrieren erfahrene Ermittler mit Verwunderung, sei in ähnlich gelagerten Fällen durch ausbejaht worden – und zwar von der gleichen Staatsanwaltschaft. Die seit zwei Jahren laufenden Ermittlungen gegen die LBBW-Vorstände etwa begründete die Wirtschaftsabteilung damit, sie hätten es

unterlassen, sich vor dem Eingehen eines Risikogeschäfts „vollständig über dessen Chancen und Risiken zu informieren“. „Mangelnder Überblick“ über die verbrieften Kreditforderungen wird als Indiz für eine mögliche Strafbarkeit genannt. Nur aufgrund „sorgfältig erhobener, geprüfter und analysierter Informationen“ hätte der Vorstand die Risiken eingehen dürfen.

Ob diese Maßstäbe beim EnBW-Deal erfüllt wurden, erscheint zumindest zweifelhaft. Die Wirtschaftsexperten der Staatsanwaltschaft wurden bei der Prüfung, so weit bekannt, allerdings nicht hinzugezogen. Die bei ihnen eingehenden Hinweise mussten sie umgehend an die politische Abteilung abgeben. Nur einer der Anzeigerstatter legte übrigens Beschwerde ein, die von der Generalstaatsanwaltschaft zurückgewiesen wurde.

Die Entscheidung, keine Ermittlungen aufzunehmen, ist indes stets eine vorläufige; neue Erkenntnisse können jederzeit doch noch zu einem Verfahren führen. Solche liefert möglicherweise die von der Regierung geplante Prüfung durch eine Anwaltskanzlei, bei der zwar die Frage von Schadenersatz im Vordergrund steht. Zivil- und strafrechtliche Aspekte, sagen erfahrene Wirtschaftsjuristen, hängen jedoch eng miteinander zusammen.

Auch die Münchner Staatsanwältin hätte von sich aus Ermittlungen einleiten können – und diese dann umgehend an die zuständige Behörde abgeben müssen. Sie hätte sich sogar verpflichtet sehen können, von Amts wegen unverzüglich tätig zu werden. Doch ihre Anzeige erstattete sie ausdrücklich als Privatperson.

Das Land hat Nachholbedarf

Ganztagsbetreuung Auch Bayern und Niedersachsen hinken dem Bundesdurchschnitt hinterher.

Bei der Ganztagsbetreuung von Grundschulern liegt der Südwesten unter dem Bundesdurchschnitt. Lediglich 13 bis 19 Prozent der Grundschüler in Baden-Württemberg seien Anfang 2010 in einer Ganztagsbetreuung gewesen, teilte die Bertelsmann-Stiftung bei der Vorstellung des Länderreports „Frühkindliche Bildungssysteme 2011“ in Gütersloh mit. Deutschlandweit seien es dagegen etwa 30 Prozent.

In den westdeutschen Ländern nutzen den Angaben zufolge etwa 21 Prozent der Grundschüler ein Ganztagsangebot. In den ostdeutschen Ländern seien es sogar gut drei Viertel. Großen Aufholbedarf hätten neben dem Südwesten Niedersachsen, wo die Betreuungsquote bei 15 Prozent liege, und Bayern mit 16 Prozent.

Ganztagsbetreuung gibt es in Deutschland vor allem in Horten und Ganztagschulen. Verbindliche Qualitätsstandards gebe es aber fast nur in den Horten, heißt es in der Studie. So müssten die Betreuer in den Horten mindestens einen Abschluss als Erzieher vorweisen können. In den Ganztagschulen gebe es keinerlei Vorgaben für die Qualifikation des Personals.

Bei den Ganztagschulen orientiere sich Baden-Württemberg noch immer an einer Definition aus dem Jahr 2003, kritisierte die Stiftung. Demnach sei eine Schule bereits dann eine Ganztagschule, wenn an mindestens drei Tagen in der Woche für sieben Stunden oder mehr am Tag eine Betreuung angeboten werde. Andere Länder dagegen stellten inzwischen höhere Anforderungen an ihre Ganztagschulen.

Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer (SPD) räumte ein, dass Baden-Württemberg noch Nachholbedarf bei der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern habe. „Wir werden mit den Kommunen über die Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen und der Ressourcen zum Ausbau der Ganztagsangebote verhandeln“, kündigte die Ministerin an. *dapd*

Anzeige

Der Stuttgart-Führer mit den Insider-Tipps.

MARCO POLO

STUTTGARTER ZEITUNG

STUTTGART für Stuttgarter und Umgebung

2012 Insider Tipps

Events > Kultur > Ausgehen > Essen & Trinken > Shopping > Wellness & Sport > mit CityAtlas

248 Seiten für nur € 9,99

Jetzt im Handel.

Diakonisches Werk

Suchtprobleme werden vielfältiger

Die Zahl der alkoholabhängigen Beschäftigten in Deutschland ist seit 30 Jahren recht konstant. „Etwa fünf bis acht Prozent der Beschäftigten gelten als alkoholabhängig“, sagt Hartmut Nicklau, Fachbereichsleiter der Diakonischen Suchtberatungsstelle Reutlingen/Tübingen. Vor 30 Jahren habe hauptsächlich Alkoholabhängigkeit im Fokus der Diakonie Württemberg gestanden, heute seien die Suchtformen mit Spiel- oder Internetsucht und Essproblemen vielfältiger. Vor allem Menschen in helfenden Berufen seien durch hohe psychische Anforderungen betroffen, sagte Nicklau.

Die Diakonie Württemberg bildet seit 30 Jahren betriebliche Ansprechpartner für Suchtthemen und Suchtprävention aus. Ziel sei es, „berufstätigen Menschen mit Suchtproblemen Wege aus der Suchtkrankung aufzuzeigen und Prävention nachhaltig zu fördern“, erläuterte Kirchenrätin Heike Baehrens, stellvertretende Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg. Die Arbeitsfähigkeit der Mitarbeiter solle erhalten bleiben und ihnen nach Krankheit und Rehabilitation ein Wiedereinstieg ermöglicht werden. *lsw*

Islamisches Zentrum wächst schnell

Tübingen Bereits 2012 sollen zwei weitere Professuren besetzt werden. 36 Studierende sind eingeschrieben. *Von Michael Petersen*

Der Termin für den Festakt zur Einweihung des Zentrums für Islamische Theologie in Tübingen steht seit Kurzem fest: Am 16. Januar wird sich Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) vor Ort über das erste Zentrum dieser Art in Deutschland informieren. Gelehrt wird Islamische Theologie allerdings bereits seit Beginn des Wintersemesters 2011/2012. 23 Frauen und 13 Männer haben dieses Studium im Bachelor-Studiengang aufgenommen. Leiter des Zentrums ist Omar Hamdan, der die Professur für Koranwissenschaften innehat.

Parallel zum ersten Semester der Ausbau des Zentrums schneller voran als ursprünglich geplant. Der Senat der Universität hat den Weg für zwei weitere Professuren frei gemacht, die bereits 2012 besetzt werden sollen. „Dafür haben wir uns eigentlich vier Jahre Zeit nehmen wollen“, erklärte Unirektor Bernd Engler, der vor Kurzem für weitere acht Jahre mit der Leitung der Universität Tübingen betraut worden

ist. Im Falle des Islamzentrums wird die Universität nach der noch ausstehenden Zustimmung durch das Wissenschaftsministerium in konkrete Verhandlungen mit zwei Wissenschaftlern eintreten.

Bei den beiden Professuren handelt es sich um Religionspädagogik und Islamische Glaubenslehre. Darüber hinaus ist die Uni in Gesprächen zur Besetzung von zwei Juniorprofessuren, die den Fachgebieten Islamisches Recht und Islamischer Geschichte gewidmet sind. Neben diesen wesentlichen Fachgebieten wäre dann nur das Gebiet Hadith-Wissenschaften/Prophetische Tradition noch nicht abgedeckt.

Wunschkandidatin für das Fach Islamische Glaubenslehre ist die Theologin Lejla Demiri, die derzeit am Wissenschaftskolleg in Berlin tätig ist. Engler bezeichnet sie als „ausgezeichnete und international umworbene Nachwuchswissenschaftlerin“. Die gebürtige Mazedonierin studierte Islamische Theologie in Istanbul, Katholische Theologie in Rom und promovierte in Cam-

bridge. Der Rektor hofft, dass sie 2012 nach Tübingen wechselt.

Für das Islamische Zentrum ist in Tübingen mittelfristig ein Neubau im Gespräch. Bis dahin ist es zentrumsnah in der „Villa Köstlin“ untergebracht. Der spätklassizistische Bau ist 1842/43 von dem Tübinger Rechtsgelehrten Christian Reinhold Köstlin errichtet worden und hat sich rasch zu einem kulturellen Zentrum entwickelt. Seit 1881 wird es von der Universität genutzt und ist vor seiner aktuellen Bestimmung gründlich renoviert worden.

Die 36 Studierenden des in Deutsch unterrichteten Studiengangs sind größtenteils in Deutschland geboren und aufgewachsen. Einige wollen Imam werden, andere warten darauf, dass der Studiengang um ein Lehramtsangebot erweitert wird, um Religion an Schulen unterrichten zu können. Entsprechende Verhandlungen mit dem Ministerium laufen.

Laut Prorektorin Stefanie Gropper sind viele der Studierenden nicht mit einem klaren Berufsziel in dieses Studium gelangt. Diesen jungen Menschen geht es vielmehr darum, das Fach kennenzulernen, um später zu entscheiden, in welcher Weise sie ihre Kenntnisse nutzen werden.

Spende

Bildung statt Karten

Das Landratsamt in Friedrichshafen spart sich die Weihnachtspost an Kooperationspartner. Stattdessen spendet die Behörde die veranschlagte Summe in Höhe von 2000 Euro der Volkshochschule im Bodenseekreis. Diese bietet damit vergünstigte Kurse für Geringverdiener an. *dapd*

Kontakt

Redaktion Landespolitik
Telefon: 07 11/72 05-11 81
E-Mail: suedwest@stz.zgs.de

Weitere Nachrichten aus Baden-Württemberg finden Sie auf SEITE 25 und 26

Die merkwürdige Neugier des Ministers

Justiz Der Name eines Anwalts, der Anzeige wegen des EnBW-Deals erstattete, wurde gegen dessen Willen bekannt. *Von Andreas Müller*

Am Anfang war es nur ein Gerücht, allerdings ein brisantes: Mindestens einer der Bürger, die Stefan Mappus wegen des EnBW-Deals bei der Stuttgarter Staatsanwaltschaft angezeigt hatten, hätten danach Ärger in ihrem beruflichen Umfeld bekommen. Anhänger der CDU-Regierung, hieß es, hätten ihm bedeutet, dass sie den Schritt gar nicht gut fänden – zumal wenige Wochen vor der Landtagswahl.

Brisant daran war, dass die Anzeigersteller eigentlich gar nicht bekannt sein konnten. Keiner der damals vier – inzwischen wurden es erheblich mehr – hatte seinen Namen öffentlich gemacht. Akteneinsicht für Mappus oder seine Anwälte gab es nicht, weil ja (bis heute) kein förmliches Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde. Auch in der Justiz kannte nur ein kleiner Kreis die Identität der Kritiker: der für Politiker zuständigen Stuttgarter Oberstaatsanwalt Bernhard Häußler, seine prüfende Kollegin und die Behördenleitung. Nicht einmal die übergeordnete Generalstaatsanwaltschaft erfuhr zunächst Namen.

Waren die Ermittler um Häußler also wieder einmal zu lax mit persönlichen Daten umgegangen? Erst im vorigen Herbst wurden sie vom Landesdatenschutzbeauftragten gerügt, weil in einer Verfügung zu Stuttgart 21 die Anzeigersteller mit Vor- und Nachnamen samt akademischen Graden aufgeführt waren. Auf StZ-Anfrage nach etwaigen undichten Stellen kam von der Sprecherin der Staatsanwaltschaft eine überraschende Auskunft: Jawohl, man habe einen Namen weitergegeben, und zwar ans Justizministerium. Nach einem Zeitungsbericht über die ersten Anzeigen gegen Mappus (StZ vom 20. Januar 2011), darunter eine von einem „renommierten Wirtschaftsanwalt“, habe ein Ministerialer beim stellvertretenden Behördenchef Hans-Jörg Götz nachgefragt. Der habe ihm den Namen des Anwalts verraten, ob gefragt oder ungefragt, wisse er nicht mehr.

Zulässig wäre eine solche ministerielle Recherche, und zwar nach dem Gerichtsverfassungsgesetz, das die Dienstaufsicht über die Staatsanwälte regelt. Wozu aber wollte das damals von Ulrich Goll (FDP) geführte Ressort den Namen wissen? Auch dazu gab es eine überraschende Auskunft, von der Sprecherin des Nachfolgers Rainer Stichelberger (SPD). Der damalige Minister persönlich habe die Identität des Anwalts erfahren wollen und deshalb telefonisch beim stellvertretenden Leiter der Strafrechtsabteilung, Christof Kleiner, nachgefragt. Weil Kleiner nicht Bescheid wusste, wandte er sich an die Staatsanwaltschaft: erst an den Vizebehördenchef Götz und dann, um ganz sicher zu gehen, an die

zuständige Dezernentin. Schließlich gab er den Namen, ebenfalls telefonisch, an Goll weiter. Einen Aktenvermerk über den Vorgang aus dem Januar 2011 verfasste der Ministerialrat indes erst ein Jahr später.

Wozu aber brauchte der Justizminister unbedingt den Namen? „Mich hat interessiert, wie die Strafanzeigen gegen den Ministerpräsidenten einzuschätzen sind“, sagte Ulrich Goll jetzt der StZ. Deswegen habe er sich erkundigt, was und wer dahinterstecke und welche Gefahr Mappus drohe. „Ganz sicher“ ist sich der Liberale, nicht von dem Ex-Regierungschef um die Recherche gebeten worden zu sein. „Nicht ausschließen“ könne er hingegen, mit diesem einmal über die Erfolgsaussichten der Anzeigen gesprochen zu haben. Seine Einschätzung: er würde die Sache „nicht ganz so hoch hängen“, bestätigte sich prompt. Noch vor der Wahl, schneller als angekündigt, entschied die Staatsanwaltschaft, keine Ermittlungen aufzunehmen.

Den Namen des Anwaltes, beteuert Goll, habe er an niemanden weitergegeben: „So etwas mache ich nicht.“ Auch sein einstiger Mitarbeiter Kleiner will niemandem außer den Minister informiert haben – auch nicht seinen Vetter

im Staatsministerium, den unter anderem fürs Justizressort zuständigen Abteilungsleiter Michael Kleiner.

Mappus und sein Anwalt Christoph Kleiner – nicht verwandt oder verschwägert mit den anderen Kleiners – reagieren seit Wochen nicht auf eine StZ-Anfrage. Ob der Premier den Namen des Anwaltes erfragt und erfahren habe, ob er ihn weitergegeben habe oder mit Goll über die Erfolgsaussichten der Anzeigen gesprochen habe – Schweigen. Antworten muss er indes vor dem Untersuchungsausschuss zum EnBW-Deal, der den Nebenschauplatz in der Justiz noch näher beleuchten dürfte.

Irgendwie jedenfalls muss der Name des Wirtschaftsrechters nach draußen gedrungen sein. Der angesehene Jurist, der nicht in der Zeitung genannt sein will, bestätigt das frühe Gerücht zumindest teilweise: Jawohl, er habe nach dem StZ-Bericht über die Anzeigen gegen Mappus zwei Anrufe von Kollegen erhalten – nach seiner Erinnerung sogar am selben Tag. Bei einem der beiden, deren Namen er nicht nennt, vermute er ein „rein persönliches Interesse“, beim anderen sei er sich „nicht so sicher“. An Einzelheiten des Gesprächs könne er sich nach mehr als einem Jahr nicht mehr genau erinnern. Daher wisse er auch nicht mehr, ob der Anrufer sein Schreiben an die Staatsanwaltschaft kannte oder darüber nur Mutmaßungen anstellte. Es sei im Übrigen keine förmliche Strafanzeige gewesen, sondern nur ein rechtlicher



Ulrich Goll (links) war im Landtag mit dabei, als Stefan Mappus (Mitte) am 6. Dezember 2010 zusammen mit Willi Stächele den EnBW-Deal bekannt gab. Foto: dpa

WEITERE ZEUGEN VOR DEM AUSSCHUSS ZUM ENBW-DEAL

Goll Ex-Justizminister Ulrich Goll (FDP) ist bei der nächsten Sitzung des Untersuchungsausschusses zum EnBW-Deal am Freitag nächster Woche als Zeuge geladen. Dabei dürfte es darum gehen, wie weit Ex-Ministerpräsident Stefan

Mappus (CDU) ihn vorab in den Aktienkauf und sein Vorgehen eingeweiht hat.

Notheis Erster Zeuge ist der Deutschlandchef der Investmentbank Morgan Stanley, Dirk Notheis. Seine Anhörung

war zunächst vertagt worden. Mit Spannung wird der Auftritt von Ex-Finanzminister Willi Stächele (CDU) erwartet, der wie die Ex-Minister Ernst Pfister (Wirtschaft, FDP) und Tanja Gönner (Umwelt, CDU) geladen ist. ml

„Denkanstoß“. Auch zur Intention des Anrufers äußert sich der Anwalt nur vage: Er könne weder ausschließen noch unterstellen, dass es seinem Gesprächspartner nicht nur um seine Beweggründe gegangen sei, sondern auch darum, „mich umzustimmen, zum Beispiel durch die Zurücknahme meiner vermeintlichen Anzeige“.

Sollte einer der beiden Kollegen ihn „aufgrund einer Indiskretion innerhalb der Behörde“ kontaktiert haben, sagt der Wirtschaftsrechtler, „würde mich dies schon unangenehm berühren“. Andererseits sei ihm an einer Aufklärung der näheren Umstände deshalb nicht gelegen, weil er vermeiden wolle, „dass am Ende mein Brief oder gar meine Person zwischen den politischen

Fronten instrumentalisiert wird“. Sollte es soweit kommen, würde sich jeder Bürger künftig „dreimal überlegen“, ob er der Staatsanwaltschaft einen Hinweis gebe – und damit das Risiko eingehe, „hinterher in der Öffentlichkeit an den Pranger gestellt zu werden“.

Nicht nur beim Untersuchungsausschuss dürfte das Interesse an Aufklärung indes deutlich größer sein. Auch die Justiz hat in anderen Fällen, in denen Ermittlungsinhalte offenkundig unbefugt weitergegeben wurden, unerbittlich nachgehakt. Zur Rückkehr von Ulrich Goll ins Amt des Justizministers kam es nur deshalb, weil seine Vorgängerin wegen des Verdachts auf Geheimnisverrat zurücktreten musste.

Nächste Serie der Warnstreiks gestartet

Ausstand Die Abiturienten werden in Heilbronn von Verdi geschont. *Von Matthias Schiermeyer*

Heilbronn ist heute Schauplatz der nächsten ganztägigen Warnstreiks im öffentlichen Dienst. Beteiligten werden sich Beschäftigte aller Tarifbereiche – insbesondere der öffentliche Nahverkehr. Die Fahrer sollen aber erst von 8.30 Uhr die Arbeit niederlegen, um den Abiturienten vor den Prüfungen einen reibungslosen Schultransport zu ermöglichen. Etwa 45 Minuten später setzt sich vor dem DGB-Haus ein Demonstrationzug zur Kundgebung vor der Harmonie in Bewegung.

Bundesweit ist die zweite Warnstreikwelle bereits gestern angerollt. An den Aktionen in Niedersachsen und Bremen nahmen 20 000 Gewerkschaftsmitglieder teil. Am kommenden Montag rückt die Landeshauptstadt Stuttgart zum Abschluss der Warnstreikserie in den Fokus. Als Höhepunkt ist eine zentrale Kundgebung mit Verdi-Chef Frank Bsirske geplant. Details will die Gewerkschaft heute bekannt geben. Offen ist, ob die Abiturienten, die am 26. März im Fach Latein geprüft werden, wie die Schüler heute in Heilbronn bei der Anfahrt vom Streik verschont bleiben. Dazu laufen Gespräche mit dem Schulam.

Klar ist hingegen, dass sich am Montag die Tarifunion des Beamtenbundes (DBB) in den Konflikt einschaltet. Etwa 1000 bis 1500 Mitglieder will der DBB – der seit etlichen Jahren mit Verdi in Tariffrunden gemeinsame Sache macht – auf die Straße bringen. Zum Streik aufgerufen werden die Straßenväter der Landratsämter und Kommunen, aber auch die Tarifbeschäftigten der Bundeswehrverwaltung, des Zolls und weiterer Bundesdienststellen.

Besonders folgenreich wäre es, wenn der DBB-Ableger Komba die von ihm großteils organisierte Feuerwehr am Stuttgarter Flughafen in den Ausstand einspannen würde. Diese Eskalation würde den Flugbetrieb zum Erliegen bringen. Ein solcher Aufruf sei bisher nicht geplant, sagte der Geschäftsführer des Landesbundes Baden-Württemberg, Peter Ludwig, der StZ. „Ich möchte aber auch nichts ausschließen.“

Am 28./29. März wird wieder über mehr Geld für die zwei Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen verhandelt. Im April ist ein unbefristeter Streik möglich.

Innenministerium

„Mehr Migranten in den Polizeidienst“

Der Innenminister Reinhold Gall (SPD) fordert mehr Migranten bei der Polizei. Gemessen an der Gesamtbevölkerung sei deren Anteil an den Ordnungshütern „immer noch viel zu gering“, sagte der Minister. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) erörterte das Thema am Montag bei einer Tagung in Sindelfingen (Kreis Böblingen). Gall betonte, dass eine bürgernahe Polizei „für alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft da“ sein müsse. „Dabei kommt die Polizei nicht mehr ohne interkulturelles Denken und Handeln aus, es gehört zum Handwerkszeug“, sagte der Minister.

Die GdP sieht auch ein Angebotsproblem: „Wir müssen ein attraktiver Arbeitgeber sein und haben die Möglichkeit, wieder ein Spiegelbild der Bevölkerung zu werden“, sagte der Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner. Derzeit hätten nur rund sieben bis acht Prozent der Polizisten einen sogenannten Migrationshintergrund – bei einem Bevölkerungsanteil von rund 25 Prozent, berichtete er. Der Innenminister kann durchaus Fortschritte erkennen: „Eine Befragung der letzten beiden Einstellungsjahre ergab, dass nahezu 17 Prozent unserer Nachwuchskräfte einen Migrationshintergrund haben.“

Seidenspinner pocht auf die Ankündigung im Koalitionsvertrag. Schließlich habe sich Grün-Rot dafür ausgesprochen, mehr Migranten für die Polizei anwerben zu wollen. Das wollen Gall wie Öney verstärkt angehen. So ist ein Modellprojekt in Mannheim geplant. „Es geht darum, bei jungen Migranten überhaupt die Möglichkeit einer Ausbildung in der Verwaltung oder bei der Polizei ins Blickfeld zu rücken“, sagte Ministerin Öney. dpa

Kontakt

Redaktion Landespolitik
Telefon: 07 11/72 05-11 81
E-Mail: suedwest@stz.zgs.de

Weitere Nachrichten aus Baden-Württemberg finden Sie auf SEITE 23

Tarifverhandlungen im Zeichen hoher Defizite

Unikliniken Die Beschäftigten an den vier Standorten im Land wollen für deutlich mehr Lohn kämpfen. *Von Rüdiger Bäßler*

Am 23. März beginnen in Stuttgart die Verhandlungen für einen neuen Tarifvertrag für die Beschäftigten an den Universitätskliniken Freiburg, Heidelberg, Tübingen und Ulm. Die Arbeitsgemeinschaft der Personalräte aller vier Unikliniken (GAP) forderte gestern in Ulm ein Plus von 6,9 Prozent oder mindestens 250 Euro für jeden der rund 25 000 Klinik-Tarifbeschäftigten. „Die Zitrone ist ausgepresst“, sagte Günther Busch, der stellvertretende Landesbezirksleiter von Verdi.

„Ich hätte mir gewünscht, dass es früher Maßnahmen gegeben hätte.“

Belegschaftschef Bruno Stemmer, Ulm

Mehrere Rationalisierungs- und Restrukturierungsprogramme bei gestiegenen Patientenzahlen hätten die Arbeitsbelastung immer weiter erhöht. Die Landesregierung nötige die Kliniken zur Vorfinanzierung von Baumaßnahmen und lasse im Unklaren, welchen Teil der Kosten es übernehmen und wann schließlich Geld fließe. „Wir haben das Land aufgefordert, die Investitionskosten endlich zu übernehmen, und zwar unverzüglich“, sagte Beck.



Auf 240 Millionen Euro Kosten ist der Neubau der Ulmer Chirurgie veranschlagt. Im Sommer geht die Klinik in Betrieb. Wann das Land welchen exakten Anteil überweist, ist offenbar schwer kalkulierbar. Foto: Bäßler

Zum ersten Mal seit Jahren haben zwei der vier Unikliniken – Ulm und Tübingen – Millionenverluste gemeldet. 6,8 Millionen fehlten 2011 den Ulmern, den Tübingern rund sechs Millionen Euro, wie gestern die Personalrätin Angela Hauser berichtete. Im laufenden Jahr, erklärte Hauser, müssten nach internen Vorgaben 130 Stellen abgebaut werden. In Ulm sollen, wie die Klinikverwaltung Ende Februar mitteilte, 50 Arbeitsplätze wegfallen, zudem ist ein Einstellungsstopp verhängt worden. Beide Klinikleitungen führten einen überraschenden Patientenrückgang im letzten Quartal 2011 als Grund für ihr Millionenminus an. Doch es gibt Zweifel, zumal Freiburg und Heidelberg deutlich besser gewirtschaftet haben. „Ich hätte mir gewünscht, dass es früher Gegenmaßnahmen des Manage-

ments gegeben hätte“, sagte der Ulmer Personalratsvorsitzende Bruno Stemmer. Am 29. März gebe es in Ulm eine Personalversammlung, dann werde ein Rechenschaftsbericht der Klinikleitung erwartet.

Noch gestern wiesen die Universitätskliniken die Forderung nach einer Lohnerhöhung von 6,9 Prozent zurück. Dies sei nicht finanzierbar. Von den Krankenkassen sei lediglich eine Budgetsteigerung von 1,5 Prozent zu erwarten, heißt es in einer Pressemitteilung. „Bereits heute erhalten die Mitarbeiter der Universitätskliniken, die nach einem eigenen Tarifvertrag der Uniklinka entlohnt werden, Vergütungen, die zwischen 3,7 bis 7 Prozent über den Vergütungen im öffentlichen Dienst in anderen Krankenhäusern liegen“, erläuterte Irrtraut Gürkan, die kaufmännische Direkto-

rin der Uniklinik Heidelberg und Verhandlungsführerin in der anstehenden Tarifrunde. Die wirtschaftliche Situation sei „sehr angespannt“, in Freiburg und Heidelberg habe „nur mit Mühe ein negatives Ergebnis vermieden“ werden können.

Der Verdi-Verhandler Günther Busch will dem nicht nachgeben. Die Lohnunterschiede zu anderen Krankenhäusern hätten zumeist mit Austritten kommunaler Arbeitgeber aus dem Tarifverbund und daraus resultierenden Lohnabsenkungen zu tun. „Wir machen keine Tarifarbeit nach Kassenlage“, sagte Busch. Es sei darüber hinaus nichts Neues, dass die Klinikleitungen stets vor Beginn von Tarifverhandlungen herausstrichen, „dass kein Geld da ist“. Die Friedenspflicht im Zuge der Tarifverhandlungen endet am 1. April.

Die Kanzlei profitiert von einem Ja zum Deal

EnBW-Rückkauf Gleiss Lutz hat für die Beratung bei dem Aktiengeschäft gut 2,6 Millionen Euro Honorar erhalten. Eigene finanzielle Interessen hätten für sie aber – wie stets – keine Rolle gespielt, sagen die Anwälte. *Von Andreas Müller*

Die Anwaltskanzlei Gleiss Lutz hat am Zustandekommen des EnBW-Deals auch selbst profitiert. Wäre das Milliardengeschäft wegen rechtlicher Bedenken abgebrochen worden, hätten die Anwälte nur knapp ein Drittel ihres Gesamthonorars erhalten: Anstelle der gut 2,6 Millionen Euro, die für die gesamte Transaktion abgerechnet wurden, wären dann nur etwa 800 000 Euro angefallen. Das ergibt sich nach StZ-Informationen aus den geheim zu haltenden Rechnungen, die dem Untersuchungsausschuss des Landtags vorliegen. Die Kanzlei erhielt danach fünfmal weniger Geld als die Investmentbank Morgan Stanley, die für das Geschäft etwa 13 Millionen Euro Honorar bekam.

Gleiss Lutz hatte den Weg über das Notbewilligungsrecht freigegeben, mit dessen Hilfe der frühere Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) den Kaufvertrag ohne Beteiligung des Parlaments besiegelte. Dieses Vorgehen war vom Staatsgerichtshof später als verfassungswidrig verurteilt worden. Mappus und sein früherer Staatsminister Helmut Rau (CDU) sagten vor dem Ausschuss, sie seien nicht vor diesem rechtlichen Risiko gewarnt worden. Die Kanzlei will das Land dagegen sehr wohl auf die Risiken hingewiesen haben. Gleiss Lutz äußerte sich nicht zu den Angaben über das Honorar, das auf einem Stundensatz von 450 Euro basieren soll. „Zu Honorarfragen geben wir grundsätzlich keine öffentlichen Stellungnahmen ab“, hieß es auf StZ-Anfrage. Gegenüber dem Untersuchungsausschuss hat die Kanzlei ihre internen Unterlagen weitestgehend freigegeben. Ausgenommen blieben die Rechnungen, die als Betriebsgeheimnis geschützt werden sollen. Für die rechtliche Begleitung der im Dezember 2010 beschlossenen Milliardenaktion hatte Gleiss Lutz Anfang 2011 in drei Tranchen zusammen 2 628 588 Euro abgerechnet.

Das Bekanntwerden der Teilbeträge soll offenbar die Frage aufwerfen, ob bei der Kanzlei auch eigene, finanzielle Interessen im Spiel waren. „Diesen Vorwurf weisen wir strikt zurück“, hieß es in der Stellungnahme gegenüber der StZ, „wir lassen uns bei unserer Beratung nicht von Eigeninteressen, sondern nur von den Interessen unseres Mandanten leiten.“ Tatsächlich gilt es in Anwaltskreisen als unwahrscheinlich, dass Gleiss Lutz das Geschäft auch mit Blick auf das eigene Honorar trotz Bedenken ermöglicht haben sollte; die lange Geschäftsbeziehung zum Land würde sicher nicht wegen eines einmaligen Vorteils auf Spiel gesetzt. Umgekehrt verweisen Kenner darauf, dass die Kanzlei sicher alles daran gesetzt habe, den Wunsch der früheren Regierung nach einer Lösung ohne Beteiligung des Parlaments zu erfüllen und diese abzusegnen. Der Verkäufer der Aktien, die französische EDF, hatte einen Parlamentsvorbehalt offenbar abgelehnt.

In CDU-Kreisen wird die Rolle von Gleiss Lutz gleichwohl in mehrerer Hinsicht kritisch hinterfragt. Als problematisch wird etwa betrachtet, dass die Kommunikation zwischen der Kanzlei und dem Land ganz überwiegend über den Deutschland-Chef der Investmentbank Morgan Stanley und Mappus-Freund Dirk Notheis lief. Notheis habe weder eine entsprechende Vollmacht des Landes vorgelegt, noch sei er der richtige Adressat für den Risikohinweis gewesen, heißt es; daneben hätten die Anwälte auch das Land selbst aufklären müssen. Gleiss Lutz verwies dazu auf die Aussage des Mandatsführers Martin Schockenhoff vor dem EnBW-Ausschuss: Von Mappus habe man bis zum Vertragsabschluss keine Kontaktdaten erhalten, sagte der Anwalt dort, Notheis habe sich selbst zum zentralen Ansprechpartner erklärt. Man habe davon ausgehen können, dass die rechtlichen Einschätzungen die Landesregierung über ihn tatsächlich erreichten und er Mappus auf dem Laufenden hielt.

Bezweifelt wird in CDU-Kreisen auch, ob der für die Nutzung des Notbewilligungsrechts zuständige Finanzminister Willi Stächele (CDU) von den Anwälten ausreichend aufgeklärt wurde. Stächele war von Mappus erst am Vorabend des Deals eingeweiht worden und konnte die Diskussion über das Vorgehen daher nicht kennen. Die Rechtsrisiken waren bei der Information durch Schockenhoff aber offensichtlich kein Thema mehr, ebenso wenig wie bei der Kabinettsitzung tags darauf. Gleiss Lutz verwies dazu auf Darlegungen vor dem Ausschuss, wonach die Entscheidung für den Weg über das Notbewilligungsrecht bereits eine Woche zuvor gefallen sei. Maßgeblicher Entscheidungsträger auf Seiten des Landes sei für die Kanzlei der damalige Ministerpräsident gewesen, der den EnBW-Rückkauf ersichtlich zu einer Richtlinienfrage seiner Politik gemacht habe. Auch im Kabinett sei es nicht mehr um die Abwägung unterschiedlicher Risiken gegangen, sondern um die Erläuterung und Begründbarkeit des eingeschlagenen Weges.

Insgesamt sieht Gleiss Lutz weiterhin keine Beratungsfehler: „Wir haben richtig beraten.“ Aufgabe des Anwaltes sei es, auf Risiken hinzuweisen, die endgültige Entscheidung treffe aber der Mandant. Man habe die Hürden des Weges über das Notbewilligungsrecht „vollständig aufgezeigt“, aber auch die Entscheidung des Landes mitgetragen, um der Sicherheit des Zustandekommens einer als wichtig für das Land eingeschätzten Transaktion willen diesen Weg zu gehen. „Dieser sei „auf der Basis des uns übermittelten Sachverhaltes“, dass der Erwerb der EnBW-Anteile durch einen ausländischen Investor drohe, „gut begründbar“ gewesen. Auch für etwaige Schadenersatzansprüche sieht Gleiss Lutz weiterhin „keine Grundlage“.

„Wir haben richtig beraten und die Hürden des Weges aufgezeigt.“

Die Anwaltskanzlei gegenüber der StZ



Der Mandatsführer der Anwaltskanzlei Gleiss Lutz, Martin Schockenhoff, bei seinem Auftritt im Untersuchungsausschuss
Foto: dpa

MEDIENLEUTE UND OEW-VERTRETER ALS ZEUGEN

Vermarktet Sechs Zeugen sind bei der nächsten Sitzung des Untersuchungsausschusses zum EnBW-Deal am Freitag geladen. Als Erster kommt der frühere Medienberater von Ex-Ministerpräsident Mappus, Dirk Metz. Er hatte das Milliardengeschäft als Beweis dafür vermarktet, „auch Wirtschaft kann“. Zweiter Zeuge ist Folker Dries von der PR-Agentur Hering Schuppener in Frankfurt, die den Deal gegenüber den Wirtschaftsmedien kommunizieren sollte. Der frühere

FAZ-Redakteur Dries sorgte offenbar mit dafür, dass ein Redakteur der Zeitung am Vorabend des Vertragsschlusses im Staatsministerium sein durfte. Als Dritter wird der damalige Leiter der Grundsatzaufteilung im Staatsministerium, Sven Hinterseh, gehört. Der frühere Referent von Unionsfraktionschef Volker Kauder wurde inzwischen zum Landrat des Schwarzwald-Baar-Kreises gewählt.

Ermöglicht Der Ausschuss hat zudem drei Vertreter der Oberschwäbischen Elektrizitätswerke (OEW) geladen – neben dem Land zweiter EnBW-Großaktionär: der

Verbandsvorsitzende und Ulmer Landrat Heinz Seiffert, sein Vorgänger und Vize, der Ravensburger Kreischef Kurt Widmaier (beide CDU) und die OEW-Geschäftsführerin Barbara Endriss. Sie waren von Mappus fünf Tage vor dem Deal im Staatsministerium eingeweiht worden. Sie ermöglichten ihn unter anderem dadurch, indem sie auf Vorkaufrechte verzichteten und sich verpflichteten, ihre Anteile zu halten. *mül*

Widerstand gegen Erdgaskundungen neu entflammt

Rohstoffe Britische Gesellschaften wollen sich die Konzessionen für Untersuchungsrechte verlängern lassen. *Von Wolfgang Messner*

Der Widerstand gegen die Ausbeutung von Erdgasfeldern am Bodensee und im Oberland durch das sogenannte Fracking ist neu entflammt, seit bekannt geworden ist, dass britische Unternehmen Anträge zur weiteren Erkundung von drei großflächigen Konzessionsfeldern gestellt haben. Der Oberbürgermeister von Konstanz, Horst Frank (Grüne), sprach sich im Namen seiner Stadt ebenso wie der Grünen-Landtagsabgeordnete Siegfried Lehmann gegen die umstrittene Technik im Bereich der Trinkwasserversorgung aus. „Fracking“, betonte der im September aus dem Amt scheidende Frank, „ist in unserer sensiblen Bodenseelandschaft nicht machbar.“ Einen entsprechenden Beschluss auf Ablehnung der Technik hatte der Konstanzer Gemeinderat bereits Anfang März gefasst.

Die Fracking oder genauer Hydraulic Fracturing genannte Methode ist heftig umstritten. Es geht dabei darum, das Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten zu erschließen. Im Südwesten werden große Vorkommen im Molassebecken zwischen Alpen, Bodensee und Donau vermutet. Dieses Schiefergas ist fünf bis 35 Millionen Jahre alt und hat sich gebildet, als hier ein voreiszeitliches Meer lag. Um das Gas zu gewinnen, wird das Fracking-Verfahren angewandt. Dabei wird ein Gemisch aus Sand, Wasser und Chemikalien mit hohem Druck in den Boden gepresst, um die Ge-

steins- und Kohleschichten aufzubrechen und das Gas freizusetzen. In den USA haben die Konzerne Exxon Mobile und Halliburton bereits Zehntausende Bohrungen durchgeführt, von denen viele als bedenklich eingestuft wurden, da die eingesetzten Chemikalien als umweltgefährdend, giftig oder krebserregend gelten. Verfechter der Methode verteidigen das Fracking jedoch als weitgehend unbedenklich.

In Baden-Württemberg gibt es derzeit drei große Konzessionsfelder, in denen die Experten großflächige Vorkommen von Schiefergas vermuten. Sie liegen alle am Bodensee und in Oberschwaben. Im Einzelnen handelt es sich dabei

a) um das Erkundungsfeld Konstanz, das mit einer Fläche von 1500 Quadratkilometern die Landkreise Konstanz und den Bodenseekreis umfasst und das im Norden über Pfullendorf und im Osten bis nach Ravensburg reicht; b) um das Erkundungsfeld Biberach, das mit 1100 Quadratkilometern im Norden bis an den Landkreis Ulm geht und im Süden weite Teile des württembergischen Allgäus und des Landkreises Ravensburg umschließt; und c) um das zwischen beiden Gebieten liegende Erkundungsfeld Bad Saulgau/Wangen mit einer Fläche von noch einmal rund 1500 Quadratkilometern.

Für alle drei Felder hat das für das ganze Land zuständige Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB) in Freiburg

FRACKING – EINE UMSTRITTENE ART DER ROHSTOFFGEWINNUNG

Definition „Fracking“ kommt aus dem Englischen und bedeutet „aufbrechen“ oder „aufreißen“. Das Fracking, oder besser hydraulisches Fracturing, ist eine Methode der geologischen Tiefbohrtechnik zur Gewinnung von Bodenschätzen, bei der durch Einpressen einer Flüssigkeit Risse in der Erdkruste erzeugt und stabilisiert werden.

zum Teil schon seit längerem und von der Öffentlichkeit zunächst unbemerkt Konzessionen zur Erkundung an britische Unternehmen vergeben. Zwei der drei Lizenzen stehen gegenwärtig zur Verlängerung an. Bereits im vergangenen Jahr hatte die Behörde dem britischen Energiekonzern Bell Exploration Ltd. für Bad Saulgau/Wangen eine Verlängerung der 2009 erteilten Konzession bis zum 30. August 2013 genehmigt. Erst kürzlich hat das Unternehmen Parkyn Energie Germany Ltd. aus Dublin eine Untersuchung des Feldes Konstanz für weitere drei Jahre beantragt. Die erste Genehmigung an die Parkyn-Tochter 3Legs Resources war Ende April ausgelaufen. Beim Feld Biberach endet die Konzession Ende Mai. Auch hier erwartet die Bergbaubehörde in Freiburg einen entsprechenden Antrag von 3Legs Resources.

Die Landesbergdirektion habe wenig Möglichkeiten, die Erkundungen zu verweigern, solange Unternehmen die gesetzlichen Vorgaben erfüllen, sagte Holger Schick, stellvertretender Landesbergdirektor. Die Behörde habe sogar ein Interesse

an der Erkundung, da sie diese nicht selbst durchführen könne. Es sei vom Gesetzgeber ausdrücklich so gewollt, dass die Untersuchung des Erdreichs auf abbaubare Rohstoffe durch die Industrie vorgenommen werde. erläuterte Schick weiter. Wenn die Konzerne allerdings seismische Untersuchungen oder Probebohrungen vornehmen wollten, seien gesonderte Genehmigungen erforderlich. Erst dann müsse die Behörde im Abstimmung mit dem Bundesumweltamt abwägen, ob eine Ausbeutung der Rohstoffe sinnvoll sei.

Der Grünen-Abgeordnete Lehmann geht davon aus, dass die Landesregierung seismische Messungen am Bodensee nicht genehmigen wird. Lehmann hofft zudem, dass das „antiquierte Bergbaurecht“ modernisiert wird. Das sieht bislang keine Umweltverträglichkeitsprüfung bei Erkundungsanträgen vor. Nordrhein-Westfalen, wo die Anstrengungen der Rohstoffkonzerne weiter gediehen sind, hat eine entsprechende Initiative in den Bundesrat eingebracht, die von der grün-roten Landesregierung in Stuttgart unterstützt wird.

Gefahren Umweltschützer warnen vor den Gefahren des Fracking. Vor allem, wenn die Flüssigkeiten in eine bis zu 1500 Meter tiefe Bohrung gepresst. Der Sand verbleibt in den Rissen. Das Gestein wird aufgebrochen, um das Erdgas zu lösen. Ein Teil des Bohrwassers verbleibt im Erdreich. Um das Gas zu fördern, müssen weitere Bohrungen erfolgen.

Ex-Amtschef erhält noch ein Jahr Bezüge

Affäre Daniel Rosta wurde auch wegen Wappenmissbrauchs entlassen. *Von Andreas Müller*

Der wegen unflätiger Kommentare auf seiner Facebook-Seite („FDP-Isar“) entlassene Ministerialdirektor im Wirtschaftsministerium, Daniel Rosta, erhält noch gut ein Jahr lang Bezüge vom Land. Danach hat der 39-jährige Diplom-Jurist keinen Versorgungsanspruch mehr aus seiner kurzen Tätigkeit als Spitzenbeamter. Das ergibt sich aus Auskünften des Finanz- und Wirtschaftsministeriums von Nils Schmid (SPD).

Ein Sprecher Schmidts teilte auf StZ-Anfrage mit, man dürfe aus Gründen des Datenschutzes keine personenbezogenen Angaben veröffentlichen. Er erläuterte jedoch die allgemeinen gesetzlichen Vorgaben für einen solchen Fall. Danach erhält Rosta, der nach Besoldungsgruppe B 9 (Grundgehalt: 9800 Euro) vergütet worden war, noch in den drei Folgemonaten die Bezüge, die ihm am Tag der Entlassung zustanden. Dieses war der 21. April, bis Juli wird er also noch voll bezahlt. Im Anschluss bekommt er für die Dauer der Zeit, die er sein Amt innehatte, ein Übergangsgeld von 71,75 Prozent der ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge. Dies entspricht etwa 7000 Euro, die ihm für elf Monate – so lange war er Ministerialdirektor –, also bis Juni 2013 zustehen. Danach hat er entgegen vielfach geäußerten Vermutungen, er habe als einstiger Spitzenbeamter lebenslang „ausgesorgt“, keine Ansprüche mehr.

Das Finanz- und Wirtschaftsministerium hat unterdessen mitgeteilt, dass Rosta nicht nur wegen seiner flapsigen Äußerungen entlassen worden ist. Auf eine Anfrage des FDP-Fraktionschefs Hans-Ulrich Rülke hin nannte es als weiteren Grund die Verwendung des großen Landeswappens auf seiner privaten Facebook-Seite. Nur die obersten Landesbehörden, also die Ministerien, seien berechtigt, das große Landeswappen zu führen, erläutert Schmid in der Antwort an die Liberalen. Andere Institutionen dürften es mit Genehmigung des Ministerpräsidenten verwenden. Die Nutzung auf einer privaten Internetseite sei jedoch ausgeschlossen. Rosta habe dafür auch keine Genehmigung gehabt. Deshalb und wegen der Facebook-Kommentare sei er entlassen worden.

Schon vor der Entlassung hatte Rosta das Wappen und seinen Titel als Ministerialdirektor von der Seite entfernt. Später löschte er die Kommentare, in denen er sich spöttisch auch über Vertriebene und einen Bürgermeister geäußert hatte. Inzwischen ist auch der Eintrag verschwunden, mit dem er seinen Austritt aus der SPD begründet hatte – er wolle nicht mit dem Landtagsfraktionschef Claus Schmiedel in einer Partei sein. Zuletzt hat er seinen Wohnsitz von Tübingen in Berlin geändert. Vor seinem Einsatz als SPD-Wahlkampfleiter in Baden-Württemberg war der gebürtige Tübinger in der Bundeshauptstadt Geschäftsführer des Netzwerks Berlin, eines Kreises von pragmatischen, aus Sicht von Kritikern karriereorientierten Sozialdemokraten, zu dem auch Nils Schmid gezählt wird.

Vier Wochen nach dem Rauswurf Rostas wird damit gerechnet, dass Schmid bald einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin beruft. Zuletzt hatte er die im Ministerium kursierende Erwartung gedämpft, eine Frau solle neue Spitzenbeamtin werden. Ein Kriterium stand jedoch früh fest: Der oder Die Neue soll im Gegensatz zu Rosta Verwaltungserfahrung haben.

Staatsgerichtshof

Beschwerden gegen die Landtagswahl

Der Staatsgerichtshof verhandelt am Dienstag über eine Beschwerde gegen die Landtagswahl vom 27. März 2011 wegen des Zuschnitts von Wahlkreisen. Nach Angaben des Gerichts hatten drei Bürger aus Essingen (Ostalbkreis) diese eingeleitet, weil sie dem Wahlkreis Schwäbisch Gmünd (25) zugeordnet seien und nicht dem Aalener (26). Dorthin bestehe eine viel engere Verbindung, argumentieren die Beschwerdeführer. Im Oktober 2009 waren die Wahlkreise neu gebildet worden. *lsw*

Kontakt

Redaktion Landespolitik
Telefon: 07 11/72 05-11 81
E-Mail: suedwest@stz.zgs.de

Weitere Nachrichten aus Baden-Württemberg finden Sie auf SEITE 23

„Bürger wollen mehr für Integration tun“

Umfrage Die Baden-Württemberger meinen, Zuwanderer bräuchten mehr Hilfe von Einheimischen. Von Renate Allgöwer

Für das Integrationsministerium gibt es einiges zu tun. Das folgert dessen Chefin Bilkay Öney (SPD) aus einer Umfrage zur Integration in Baden-Württemberg. Danach hat sich im Land in den vergangenen fünf Jahren weniger getan als im Bund. „Das ist ein Handlungsauftrag an das Ministerium“, folgert Öney. Allzu großes Zutrauen haben die Befragten mit deutscher Staatsangehörigkeit nicht in die neue Institution. Nur 39 Prozent erwarten Verbesserungen durch das 2011 gegründete Ministerium. Immerhin wissen 45 Prozent, dass es ein solches Ministerium gibt. Nur im Regierungsbezirk Karlsruhe hat Öney ein Wahrnehmungsproblem. Dort haben nur 37 Prozent von einem Landes-Integrationsministerium gehört, dafür weiß es im Bezirk Stuttgart jeder zweite.



„Ich wollte mit einer deutschen Oma ein Haus teilen. Jetzt habe ich die Wohnung von Ex-Minister Peter Frankenberg übernommen.“

Bilkay Öney über Probleme von Migranten als Mieter

Überhaupt meinen 70 Prozent der Befragten, die Zuwanderer täten nicht genug für die Integration, Defizite bei den Einheimischen sehen 61 Prozent, bei der Politik aber nur 30 Prozent.

Dass Migranten nicht überall die gleichen Chancen haben wie Einheimische, sehen 76 Prozent der Baden-Württemberger so. 61 Prozent glauben, Einwanderer hätten schlechtere Chancen auf dem Wohnungsmarkt, 48 Prozent sehen Benachteiligungen in Arbeit und Ausbildung, jedoch geben nur 23 Prozent an, Kinder mit ausländischen Wurzeln würden in Schule und Bildung den Kürzeren ziehen. Die Betrachtungsweise hängt unter anderem vom Lebensalter ab: Befragte über 65 Jahre sprechen deutlich seltener von Chancenungleichheit als jüngere Umfrageteilnehmer.

61 Prozent halten die Integration im Land für gelungen. Das Fazit für den eigenen Wohnort fällt mit 72 Prozent positiver aus. Tendenziell beurteilt die Großstadtbevölkerung die Integration skeptischer als die Bewohner kleinerer Orte.

Am wichtigsten ist den Baden-Württembergern, dass die Zuwanderer die Gesetze beachten. Das erwarten 100 Prozent der Befragten. Alle wollen auch, dass Zu-

wanderer Deutsch lernen. Dass sie ihre kulturelle und religiöse Lebensweise aufgeben sollen, erwartet lediglich jeder dritte. Als besonders störend wird kulturell begründete Gewalt genannt (96 Prozent), dass Eltern die Eheentscheidung für ihre Kinder treffen, lehnen 87 Prozent der Befragten ab und 62 Prozent monieren, dass Zuwanderer unter sich bleiben. 34 Prozent stören sich an muslimischen Kopftüchern, 32 Prozent lehnen Moscheebauten ab. Als wichtigste Integrationsmaßnahme betrachten die Befragten die Sprachförderung (96 Prozent), 91 Prozent raten, etwas gegen kriminelle Zuwanderer zu tun.

Bei der Verbesserung der Integration fassen sich die Befragten an die eigene Nase. Zwar glauben 52 Prozent, die Zuwanderer seien selbst für das Gelingen der Integration verantwortlich. Doch meinen 92 Prozent, man müsse ihnen Tipps zum Einleben oder Hilfe bei Problemen mit Behörden geben. Tatsächlich helfen jedoch nur 31 Prozent.

Die Ministerin folgert daraus: „Die Bevölkerung ist bereit, mehr für die Integration zu tun. Wir müssen sie ermuntern und unterstützen“. Öney spricht davon, mehr Formen der Begegnung zu ermöglichen. Die Bürger begrüßen die kulturelle Bereicherung, doch die nachbarschaftlichen Kontakte sind ausbaufähig. Auch das ergibt die Studie. Das Land sieht

Öney auf dem richtigen Weg. Dass die verbindliche Grundschulpflicht abgeschafft sei, könnte die Bildungschancen verbessern. Die Sprachförderung soll weiter ausgebaut werden. Geplant ist zusammen mit dem Innenministerium ein Modellprojekt, um den Migrantenanteil in der Polizei zu erhöhen. Mitte Juni soll ein arbeitsmarktpolitisches Projekt beginnen. Dann will das Land anonymisierte Bewerbungen erproben. Das soll die Chancen von Migranten auf dem Arbeitsmarkt erhöhen. Gleichzeitig will Öney deutlicher machen, dass das Land die zugewanderten Fachkräfte braucht. Deren wirtschaftliche Leistung werde nicht ausreichend anerkannt.



Ein Stück Normalität: gläubige Muslime beten in der Yavuz Sultan Selim Moschee in Mannheim. Dennoch stören sich einer aktuellen Umfrage zufolge 34 Prozent der Befragten an muslimischen Kopftüchern, 32 Prozent lehnen Moscheebauten ab.

Foto: dpa

ZUWANDERER GEHÖREN ZUM ALLTAG IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Befragte Genau 3001 Wahlberechtigte wurden im Zeitraum vom 30. Januar bis 4. März telefonisch vom Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap befragt. Rund 600 Befragte sind Einwanderer, die die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben. Die Interviews dauerten 26 Minuten.

Kategorien Zu 14 Themenfeldern sollten die Befragten sich am Telefon äußern. Die Bereiche erstreckten sich von der

Einschätzung des Migrantenanteils in Baden-Württemberg bis zur Bekanntheit des Integrationsministeriums.

Migrantenanteil Nicht schlecht lagen die Befragten bei der Einschätzung der Zuwandererquote im Land: Sie schätzten sie auf 22,6 Prozent, laut Statistischem Landesamt liegt sie bei 26,2 Prozent.

Erfahrungen Zuwanderer gehören zum Alltag in Baden-Württemberg. 66 Prozent

der Befragten haben häufig Kontakt am Arbeitsplatz, 57 Prozent in der Familie, in der Nachbarschaft jedoch nur 26 Prozent. 68 Prozent der Befragten erklären, dass sie überwiegend gute Erfahrungen mit Zuwanderern gemacht haben.

Die 54 Seiten starke Studie „Gelebte Vielfalt“ kann heruntergeladen werden unter www.integrationsministerium-bw.de

Weinbau

Bonde: Steillagen fördern Tourismus

Der baden-württembergische Weinbauminister Alexander Bonde (Grüne) hat die Bedeutung der Steillagen im Land für Tourismus und Ökologie betont. „Die Landschaft wird durch die Weinbausteillagen attraktiv geprägt und bietet viele Möglichkeiten, den Weintourismus auszubauen“, sagte er in Lauffen am Neckar (Kreis Heilbronn).

Steillagen mit Trockenmauern hätten als geschützte Biotope mit vielen bedrohten Pflanzen und Tierarten eine enorme ökologische Bedeutung, sagte Bonde. „Als über Jahrhunderte entstandene Gesamtkunstwerke ganzer Wengert-Generationen sind sie als Markenzeichen aus unserer Kulturlandschaft nicht wegzudenken und zugleich touristische Anziehungspunkte.“

Mit mehr als 58 Hektar Fläche verfügt Lauffen nach Ministeriumsangaben über die größte terrassierte Steillagenfläche in Württemberg. Insgesamt gibt es demnach im Land rund 1000 Hektar Terrassenweingebirge mit Trockenmauern, vor allem entlang des Neckars. „Wir werden Investitionen in den Mauersteillagen und Handarbeitslagen auch in Zukunft fördern“, sagte Bonde. Damit federe das Land die hohen Kosten des Steillagenweinbaus ab. Vor allem die oft notwendige Handarbeit stelle hohe Anforderungen an die Bewirtschafter. Eine genaue Summe nannte eine Ministeriumssprecherin mit Verweis auf viele verschiedene Töpfe nicht. dpa



Agrarminister Alexander Bonde macht sich für den Steillagen-Weinbau stark. Foto: dpa

Notheis korrigiert seine Zeugenaussage

U-Ausschuss Der Investmentbanker gibt per Brief neue Auskünfte zum Ablauf des EnBW-Deals und seiner Rolle. Von Andreas Müller

Der Deutschland-Chef der Investmentbank Morgan Stanley, Dirk Notheis, hat bereits im Sommer 2010 mit dem damaligen Ministerpräsidenten Stefan Mappus (beide CDU) über die Zukunft der EnBW gesprochen. Dies berichtet Notheis jetzt in einem sechsseitigen Schreiben an den Untersuchungsausschuss zum EnBW-Deal, in dem er seine Aussagen vor dem Gremium nachträglich korrigiert, interpretiert oder ergänzt. Dort hatte er auf die Frage nach seiner ersten Befassung mit dem Thema gesagt, Morgan Stanley sei am 25. November 2010 beauftragt worden sei. Die Grünen rügten, Notheis wolle seine Aussage „zurecht-drehen“.

Laut Notheis' Brief bat ihn Mappus etwa ein halbes Jahr vor dem Aktienrückkauf um seine Einschätzung zu einem Szenario, bei dem die Electricité de France (EdF) die Mehrheit an dem Karlsruher Energiekonzern übernehmen würde. Zugleich habe er ihn gefragt, ob die EdF ihren Anteil verkaufen würde und welche Handlungsmöglichkeiten das Land habe. Hintergrund sei ein Gespräch zwischen Mappus und dem EdF-Chef Henri Proglio gewesen. „Ich habe Stefan Mappus damals gesagt, dass meiner Meinung nach EdF wohl nicht verkaufen würde“, schreibt Notheis.

Er wolle das Thema bei Gelegenheit jedoch gerne mit dem französischen Morgan-Stanley-Chef René Proglio besprechen, dem Zwillingbruder des EdF-Chefs. Dies sei am Rande einer Weltbanktagung in Washington geschehen. Später habe ihm René Proglio berichtet, er habe mit seinem Bruder Henri über die EnBW-Beteiligung gesprochen; über das Ergebnis dieses Gesprächs schreibt Notheis nichts.

Bereits nach einem Gespräch mit Mappus und den beiden Proglio-Brüdern am 10. November in Paris wurde der Invest-

mentbanker tätig. Dies habe die Sichtung von Unterlagen ergeben, die die Bank dem Untersuchungsausschuss nachträglich zur Verfügung stellte. Danach, so Notheis, habe er „einige Vorüberlegungen zu einer möglichen Strukturierung des... Erwerbs der EnBW-Aktie sowie zu Bewertungsfragen angestellt“. Am 26. November kam es dann zu einer Telefonkonferenz, in der Proglio 39,90 Euro je Aktie forderte und Mappus 40 Euro anbot. Grundlage war offenbar eine Aussage des EdF-Chefs, er werde auf keinen Fall unter dem Buchwert verkaufen.

Im Ausschuss war offen geblieben, wie dieser Buchwert in die Verhandlungen eingeführt wurde. Dazu berichtet Notheis nun, Henri Proglio habe den Betrag bei dem Gespräch in Paris nicht genau präsent gehabt und auf 37 Euro geschätzt. Später habe sich herausgestellt, dass er sich nach der testierten EdF-Bilanz auf 39,90 Euro je Aktie belief. Dies sei dem französischen Morgan-Stanley-Chef René Proglio wenige Tage vor der Telefonkonferenz in einer

Mail mitgeteilt worden, die jetzt ebenfalls dem Ausschuss zugeht. René Proglio spielte bei dem Deal danach offenbar eine größere Rolle, als bisher sichtbar wurde.

Zudem korrigiert Notheis seine Auskunft, er habe Mappus zur Vorbereitung der Telefonkonferenz „keine Unterlagen“ übermittelt. Bei dieser Antwort sei er davon ausgegangen, dass nach Präsentationen oder vergleichbaren Ausarbeitungen gefragt worden sei. Tatsächlich habe er „bei nochmaliger Überprüfung“ festgestellt, dass er dem damaligen Ministerpräsidenten „eine E-Mail mit einem Skript zur Vorbereitung auf die Telefonkonferenz übersandt habe“. Darin sei der Buchwert der EnBW-Aktie mit 39,90 Euro angegeben gewesen. Auch diese Mail wurde dem Ausschuss nun zur Verfügung gestellt.



Dirk Notheis im März vor dem EnBW-Ausschuss – seine Aussage dort ergänzt er nun in einem sechsseitigen Brief. Foto: dpa

Die Grünen im Landtag warfen Notheis vor, er versuche, „seine Zeugenaussage zurecht-zudrehen“; dies sei ein einmaliger Vorgang. Nachdem der Investmentbanker sich zunächst in Widersprüche verwickelt und viele Fragen offen gelassen habe, trete er nun „die Flucht nach vorne an“, sagte der Obmann der Fraktion, Ulrich Sckerl. „Wir müssen davon ausgehen, dass er vor dem Ausschuss die Unwahrheit gesagt hat.“

Sckerl bezweifelte, dass die nachträgliche Aussage überhaupt verwertbar sei. Als besonders bemerkenswert hob er hervor, dass René Proglio „plötzlich eine Schlüsselrolle“ bei dem Deal gespielt haben soll. Der Bruder des EdF-Chefs hatte sich kürzlich geweigert, vor dem Ausschuss zu erscheinen. „Ich hoffe sehr, dass das kein abgesprochenes Vorgehen ist“, sagte der Grüne.

Der Ausschussvorsitzende Ulrich Müller (CDU) hatte nach einer Durchsicht der von Morgan Stanley nachgereichten internen Mails angeregt, Notheis, Mappus und den Rechtsanwalt Martin Schockenhoff noch einmal als Zeugen zu hören.

Mannheims OB gegen Ausstieg

Energiewende Das Umweltforum befürchtet Einbußen durch den neuen Block des Großkraftwerks.

Der Mannheimer OB und Aufsichtsratsvorsitzende der MVV Energie AG, Peter Kurz (SPD), hat Forderungen nach einem Ausstieg des Unternehmens aus dem Großkraftwerk Mannheim (GKM) und dem dort im Bau befindlichen neuen Kohleblock zurückgewiesen. Für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende seien neben dem Ausbau erneuerbarer Energien weiter hocheffektive konventionelle Kraftwerke nötig, erklärte der OB. Auch aus wirtschaftlichen Gründen gebe es keine Grundlage für einen Rückzug.

Genau dies behauptet aber das Mannheimer Umweltforum, in dem mehrere einschlägige Verbände der Stadt zusammengeschlossen sind. Ende voriger Woche hat der Geschäftsführer des Forums in einem offenen Brief an den OB und Vertreter des Gemeinderats vor hohen Verlusten durch den neuen Block 9 gewarnt. Die auf 1,2 Milliarden Euro veranschlagte Anlage drohe „zu einer Investitionsruine zu werden“, schrieb er. Der Stromumsatz des GKM, das mehrheitlich den Energieversorgern RWE und EnBW gehört und an dem die MVV Energie AG mit 28 Prozent beteiligt ist, sei 2011 bereits um elf Prozent zurückgegangen. Infolge des schwierigen Umfelds auf dem Strommarkt und risikoreicher Verzögerungen beim Bau des neuen Blocks werde das Großkraftwerk für seine Anteilseigner zu einem „nachhaltigen Verlustbringer“ werden. Die Stadt sollte daher die MVV zu einem Ausstieg aus dem Kohlegeschäft verpflichten. Den freierwerbenden Betrag könne das Unternehmen für den Aufbau einer nachhaltigen und günstigen Energieerzeugung vor Ort nutzen.

Die Stärkung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz sei zentraler Bestandteil der MVV-Strategie, sagte Kurz dazu. Unabhängig davon habe sich im letzten Winter die besondere Bedeutung des Mannheimer Großkraftwerks als Kaltreserve gezeigt. Aus energiewirtschaftlichen Gründen habe das Unternehmen daher auch künftig eine Schlüsselfunktion für die Energiewende, stellte der OB fest. joe

Finanzministerium

64,5 Millionen für Fraunhofer-Institut

Das Finanzministerium unterstützt Baumaßnahmen der Fraunhofer-Gesellschaft mit 64,5 Millionen Euro. Mit dem Geld sollen Erweiterungen der Institute in Stuttgart, Freiburg und Mannheim – wie üblich – zur Hälfte gefördert werden, teilte Finanzminister Nils Schmid (SPD) in Stuttgart mit. Der Ausbau kostet 129 Millionen Euro. Schmid wird dem Kabinett vorschlagen, von 2016 an jährlich zehn Millionen für Sonderinvestitionen in die mittelfristige Finanzplanung aufzunehmen. Die Fraunhofer-Gesellschaft betreibt im Südwesten 17 Einrichtungen. Sie ist maßgeblich an der wirtschaftsnahen Forschung außerhalb der Universitäten beteiligt.

Sonderinvestitionen wie bauliche Ausstattungen der Institute teilen sich Bund und Länder zu gleichen Teilen. Die Grundfinanzierung der Fraunhofer-Gesellschaft werden zu 90 Prozent vom Bund und zu 10 Prozent von den Ländern getragen. dpa

Ensemble Recherche

Höherer Zuschuss für Neue Musik

Die Landesregierung erhöht ihren Zuschuss für das Freiburger Ensemble Recherche vom kommenden Jahr an um 30 000 Euro. Zuletzt betrug der jährliche Beitrag nach Angaben des Kunstministeriums in Stuttgart 19 500 Euro. Er war seit 2001 sukzessive gekürzt worden. „Mit der Erhöhung der Förderung wird das herausragende musikalische Wirken des Ensembles gewürdigt“, sagte Staatssekretär Jürgen Walter (Grüne). Das Ensemble Recherche leiste einen wesentlichen Beitrag dazu, dass zeitgenössische Werke aufgeführt und einem großen Publikum vermittelt werden. Das Ministerium von Theresia Bauer (Grüne) hat einen seiner Schwerpunkte im Bereich Neue Musik. dpa

Kontakt

Redaktion Landespolitik
Telefon: 07 11/72 05-11 81
E-Mail: suedwest@stz.zgs.de

Weitere Nachrichten aus Baden-Württemberg finden Sie auf SEITE 23

„Wir wissen, der Preis ist mehr als üppig“

EnBW-Deal Die Mails des Bankers Notheis zeigen Mappus als Marionette. Von Andreas Müller

Die Frankfurter PR-Berater, die den EnBW-Rückkauf vermarkten sollten, baten dringend um eine Sprachregelung. „Was antworten wir auf die Frage, wer den Deal eingefädelt hat?“, erkundigten sie sich bei Dirk Notheis, dem Deutschlandchef der Investmentbank Morgan Stanley. „Der MP natürlich“, also Ministerpräsident Stefan Mappus, schrieb Notheis per Mail zurück, keine 48 Stunden vor dem Abschluss des Milliardenengeschäfts. So klar war das offenbar nicht.

Auch sonst zeigte sich der Banker darauf bedacht, möglichst im Hintergrund zu bleiben. Wie Mappus reagieren solle, wenn er nach seinen Beratern gefragt werde? „Würde ich nicht beantworten“, empfahl Notheis seinem Freund aus gemeinsamen Tagen bei der Jungen Union. „Wenn gar nicht anders möglich“, solle der auf die „hervorragende“ Anwaltskanzlei Gleiss Lutz verweisen. Über die anfallenden Honorare dürfe er aus Gründen der Vertraulichkeit ohnehin nichts sagen – also auch nichts über jene 12,8 Millionen Euro zuzüglich Mehrwertsteuer, die Morgan Stanley für den EnBW-Deal kassierte.

Die beiden Mails stammen aus drei Aktenordnern mit internem Schriftverkehr, die die Investmentbank dem Untersuchungsausschuss des Landtags nachträglich zur Verfügung gestellt hat. Rechtzeitig vor der Zeugenaussage weiterer Mitarbeiter an diesem Freitag macht sie damit offenbar reinen Tisch. Für ihren Deutschland-Statthalter Notheis, dessen Job bisher nicht gefährdet schien, ist das mindestens so unangenehm wie für seinen derzeit arbeitslosen Kumpel Stefan Mappus. Denn die Korrespondenz bestätigt jenen Eindruck, den ein beteiligter Manager der Électricité de France (EdF) bereits kurz nach dem Deal der StZ geschildert hatte: Treibende Kraft bei dem Milliarden-geschäft sei der Investmentbanker gewesen, seinen Freund aus der Politik habe er dafür „benutzt“. Mappus hoffte freilich genauso zu profitieren, der Coup sollte für ihn zum Befreiungsschlag werden.



„Oder Du fragst Mutti, ob sie Dir das arrangieren kann.“

Notheis über Angela Merkel und einen Empfang bei Sarkozy

Manchmal fragt er nach, wenn er etwas nicht recht verstanden hat, sonst fallen seine Erwidrerungen knapp aus. „Top, LG (liebe Grüße, d. Red.), sm“, heißt es da etwa. Der sonst so Misstrauische hat offenbar grenzenloses Vertrauen in seinen Freund.

Im Flugzeug nach New York, zum Beispiel, entwirft Notheis schon früh das „Skript“ für die Pressekonferenz. „Sie werden mir recht geben, den Deal hätte auch die ‚schwäbische Hausfrau‘ gemacht, wenn sie es denn könnte“, soll Mappus sagen. Fast wortgleich kommt die Passage später in einem Interview. Detailliert wird dem Ministerpräsidenten vorgegeben, wen er wann und wie einbinden soll – etwa den früheren EnBW-Chef Gerhard Goll: „Auch wenn Du Dich über ihn geärgert hast, musst Du ihn anrufen. Du brauchst Goll, nicht Groll!“ Als Lockmittel für die FDP



Zu den Aktenordnern des EnBW-Ausschusses sind drei weitere mit höchst aufschlussreichen internen Mails der Investmentbank Morgan Stanley hinzugekommen. Foto: ddp

„NACHSCHLAG“ ALS TEIL DES VERKAUFVERTRAGES

Prüfung Der EnBW-Untersuchungsausschuss beauftragt externe Gutachter mit der Prüfung, ob der vom Land gezahlte Preis für die Anteile des Landes an dem Energieversorger zu hoch war. Dem SWR zufolge seien die Oppositionsfraktionen mit einem entsprechenden Antrag in einer nicht-öffentlichen Sitzung erfolgreich gewesen. Baden-Württemberg hatte im Dezember 2010 die EnBW-Anteile vom

französischen Stromversorger EdF für rund 4,8 Milliarden Euro übernommen. Die jetzige grün-rote Regierungskoalition ist der Auffassung, dass der Preis zu hoch gewesen ist, und klagt vor der Internationalen Handelskammer auf Rückzahlung von zwei Milliarden Euro.

Zusatzvertrag Beim Verkauf der EnBW-Aktien hat der französische Staatskonzern EdF laut den „Stuttgarter Nach-

richten“ mit dem Land einen Zusatzvertrag geschlossen. Demnach hätte die EdF einen finanziellen Nachschlag erhalten, wenn Baden-Württemberg seinen EnBW-Anteil über dem Kaufpreis von 41,50 Euro je Aktie an einen Dritten weiterverkauft hätte. Der Passus sehe eine gestaffelte Nachhonorierung in den ersten zwei Jahren nach dem Vertragsabschluss im Dezember 2010 vor. ddp/dpa

(„So ein Deal ist nicht ganz einfach für Ordoliberalen“) empfiehlt der Banker einen Aufsichtsratsposten für Wirtschaftsminister Ernst Pfister, den er „Pfisterer“ nennt. „Das nimmt er bestimmt gerne an, zumal er aus der Politik ausscheidet.“ Dann nämlich muss er die etwa 50 000 Euro Vergütung nicht mehr ans Land abliefern. Dem für die Freigabe der Milliarden benötigten Finanzminister Willi Stächele (CDU) misstraut Notheis offenbar noch mehr als Mappus. „Wenn Du ihn am Montag morgen in den Griff bekommst, dann würde ich ihn doch nicht vorab informieren“, rät er ihm. Das Ergebnis ist bekannt: Stächele wird am Vorabend nach 23 Uhr eingeweiht.

Die Medien soll Mappus mit einem renommierten Experten beeindrucken, „der das Ganze gut findet“ und als „moderne Industriepolitik“ lobt. „Es sollte jemand sein, der Dir einen Gefallen schuldet bzw. den Du gut kennst...“, empfiehlt Notheis – etwa der Mannheimer Professor Wolfgang Franz. Seine „moderne Industriepolitik“ muss der Premier später freilich selber loben, in der Fachwelt erntet er mit dem Deal eher Kopfschütteln bis Entsetzen. Auch die

Medienberater der Agentur Hering Schuppener bringt der Banker ins Spiel. Sie würden der Geschichte für die Wirtschaftsblätter den richtigen Dreh geben „und Dich aufs Titelblatt bringen“. Dort landete er tatsächlich, aber ganz anders als gedacht.

Für die auf Englisch geführte Telefonkonferenz mit den Franzosen wird Mappus Wort für Wort präpariert. „Du solltest nach Aufforderung durch mich dann... Folgendes ausführen“, schreibt ihm Notheis. Nach der Antwort des EdF-Chefs Henri Proglio soll der Premier zum Preis kommen: „Can you confirm that we have a deal at 39,9? Jene 39,90 Euro sind der Buchwert, mit dem die Beteiligung in Paris in den Büchern steht; Notheis hat ihn sich vom französischen Morgan-Stanley-Chef René Proglio, dem Zwillingenbruder des Konzernchefs, ermitteln lassen. Bei 40 Euro wird man handelseinig, von den angeblich folgenden, harten Preisverhandlungen ist in den Mails keine Rede mehr.

Die EdF ist ohnehin bestens bedient, findet Notheis. 40 Euro je Aktie seien „mehr als üppig, wie wir beide wissen“, schreibt er an René Proglio. Der soll seinen

Bruder davon abhalten, seinerseits eine Investmentbank einzuschalten, was die Dinge nur unnötig komplizieren würde. Noch massiver warnt Notheis später den Ministerpräsidenten davor, den Kaufpreis im Nachhinein von anderen Banken überprüfen zu lassen. Zahlreiche Institute würden ihm eine solche „Fairness opinion“ anbieten – neben der Deutschen Bank sicher auch zwei mit Baden-Württembergern als Fürsprecher: Rothschild mit dem Ex-Daimler-Manager Klaus Mangold und Merrill Lynch mit Lothar Späth. „Du musst das alles ablehnen“, beschwört er ihn. Sonst komme „erheblich Sand ins Getriebe, und das kann ich jetzt nicht gebrauchen“.

Der Proglio-Zwilling spielte bei dem „Tandem-Deal“ (Notheis) offenkundig eine größere Rolle als bisher eingeräumt. Er vermittelte nicht nur zu seinem Bruder Henri, sondern wird auch alarmiert („My friend, need your help“), als die EdF-Anwälte sich Sorgen wegen der Ausschaltung des Landtags machen. Noch nie in der fünfzigjährigen Geschichte Baden-Württembergs, versucht Notheis zu beruhigen, habe sich das Parlament nach einem Kabinettsbeschluss quergestellt; dessen Plazet sei eine „reine Formalie“. Schließlich habe Mappus „seine politische Zukunft mit dem Deal verknüpft“. Später schlägt er dann drohende Töne an. Wenn die Franzosen weiter Schwierigkeiten machen, könne er „für nichts garantieren“. Mappus werde notfalls auch Angela Merkel einschalten, die direkt im Elysée-Palast anrufen werde – also dem Amtssitz von Staatspräsident Nicolas Sarkozy. „Unterschätze nicht die Macht dieses Kerls“, schreibt er René Proglio, auf dass dieser wohl seinen Bruder Henri beeindrucke; der Ministerpräsident kontrolliere 30 Prozent der Parteitage delegierten, „und kann Angela mit seinen Truppen fertig machen.“



„Unterschätze nicht die Macht dieses Kerls (...), der kann Angela mit seinen Truppen fertig machen.“

Notheis über Mappus an seinen Pariser Kollegen René Proglio

Einige Tage zuvor hatte Notheis der Kanzlerin noch eine andere Aufgabe zugeordnet: Um einen gemeinsamen Auftritt mit Sarkozy solle Mappus sich entweder bei Henri Proglio bemühen. „Oder Du fragst Mutti, ob sie Dir das arrangieren kann.“ Das Treffen kommt nie zustande, aber der Präsident wird auf den letzten Metern doch noch benötigt, um den Widerstand eines Ministers zu brechen. Ein „französischer Schluckauf“ habe „Sarkos Eingreifen“ erfordert, meldet ein Notheis-Vertrauter später dem Team. Nun sei aber alles klar.

Die Freude würde bekanntlich nur kurz. Mappus und Notheis geraten in der Folgezeit zusehends in die Defensive, ihre sorgfältig gestrickte Legende gerät schwer ins Wanken. Vor einem Hintergrundgespräch mit Journalisten stimmt sich der Banker Anfang Januar 2011 noch einmal mit dem Politiker ab. Bereits im Juni, so ihre Version, habe der Regierungschef den ersten Kontakt mit Proglio gehabt und dann ihn angesprochen. „Dann können wir sagen, dass es eben monatelange Verhandlungen gegeben hat.“ Mappus ist einverstanden. Die Medien lassen sich indes nicht so leicht auf den Leim führen. „Heute wieder Scheiß-Artikel in Sachen EnBW“, lamentiert Mappus vier Wochen vor der Wahl. Ob Notheis die Rechnung nicht so stellen könne, dass die Millionen erst danach fällig würden? „Für Dich mach ich doch alles“, mailt sein Freund Dirk samt Smiley zurück. Mappus erwidert launig: „Falls die Kohle nicht mehr reicht, ich spendier im Stami warmes Essen und warme Getränke...“

Heimische Bioprodukte deutlich besser

Ökomonitoring Importiertes Obst und Gemüse sind öfter belastet. Von Andrea Koch-Widmann

Die Nachfrage nach Biolebensmitteln wächst. Rund zwei Drittel der Baden-Württemberger kaufen regelmäßig Obst und Gemüse aus ökologischem Anbau, vier Fünftel würden nach Angaben des Verbraucherministers Alexander Bonde (Grüne) gerne mehr Biowaren aus der Region kaufen. Doch die deutschen Landwirte können die Nachfrage längst nicht decken. „Jede zweite Biokarotte, jeder zweite Bioapfel und sogar 80 Prozent der Biotomaten müssen importiert werden“, sagte Bonde bei der Vorstellung des Ökomonitoring-Berichts 2011.

Das Vertrauen, das die Verbraucher in heimische Produkte setzen, ist nicht unbegründet. Laut dem Bericht wurden bei den Untersuchungen nur bei zwei Prozent der Obst- und Gemüseprodukte von deutschen Bioerzeugern (1115 Proben) unzulässige Rückstände von Pflanzenschutzmitteln gefunden. Die Beanstandungsquote bei der Importware lag trotz deutlich niedriger Anzahl von Proben im Schnitt mit 5,8 Prozent deutlich höher. Negative Spitzenreiter waren 2011 Italien (9,2 Prozent bei 672 Proben), Ägypten (9,1 bei 44 Proben) und Griechenland (8,9 bei 56). Frankreich jedoch war besser als Deutschland, keine der 92 Proben musste beanstandet werden.

Insgesamt habe es im vergangenen Jahr keine größeren Auffälligkeiten bei einzelnen Lebensmitteln gegeben, erklärte der Minister. So lagen bei allen untersuchten 72 Bioeiern aus Freilandhaltung der Dioxingehalt deutlich unterhalb des festgelegten Höchstwertes. Für die Landwirte gebe es inzwischen eine Liste, anhand der sie ohne teure Untersuchungen ihren Hof nach typischen Eintragsquellen für Dioxine – etwa Telefonmasten oder Brandstellen – prüfen könnten. Durch die Kontrolle aller Arbeitsschritte sei man auch der Ursache für Rückstände von Pflanzenschutzmitteln in Ökolebensmitteln auf die Spur gekommen.

Die waren 2010 erstmals entdeckt und auch 2011 erneut gefunden worden. Die Rückstände stammen aus Filtern, durch die zuvor konventionell erzeugter Wein geflossen war. „Eine handelsübliche Reinigung des Filters verhindert die Verunreinigung“, sagte Bonde. In reinen Ökobetrieben sei dieses Problem nicht aufgetreten.

Die grün-rote Landesregierung sehe im Ökolandbau ein wichtiges Marktsegment für die Landwirte und unterstütze sie deshalb während des Umstellungsprozesses, sagte Bonde. Die CDU/FDP-Vorgängerregierung hatte diese Förderung gestrichen. 2011 wurden im Südwesten im vergangenen Jahr 7,9 Prozent (113 000 Hektar) der landwirtschaftlichen Fläche ökologisch bewirtschaftet, der Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr lag bei 4,8 Prozent. Bundesweit beträgt die Ökoanbaufläche 6,1 Prozent, der Zuwachs beträgt 3,2 Prozent.

Der ökologische Landbau solle in der neuen Förderperiode von 2014 an verstärkt gefördert werden, sagte der Landesgeschäftsführer des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND), Berthold Frieß. Das nütze angesichts der deutlich geringeren Pestizidbelastung nicht nur Natur und Umwelt, sondern auch der Gesundheit der Bevölkerung. „Ein Biogericht pro Tag muss zur Auswahl auf jeder Speisekarte sein“, forderte der Agrarexperte des Naturschutzbund (Nabu), Matthias Strobl. Das Land solle entsprechend auf Schulen, Mensen und Kantinen einwirken.

Einmalig in Europa

Ökomonitoring Beim sogenannten Ökomonitoring nehmen die vier Chemischen und Veterinär-Untersuchungsämter (CVUA) in Baden-Württemberg seit 2002 ökologisch erzeugte Lebensmittel unter die Lupe. Ziel ist, Verbraucher zu schützen und vorbildliche Öko-Produzenten zu stärken. Diese Einrichtung ist bundesweit einmalig, und auch in Europa gibt es laut Verbraucherminister Bonde keine ähnlich umfassende Überprüfung.

Bilanz In zehn Jahren wurden rund 4500 pflanzliche Lebensmittel aus ökologischem Anbau auf Pflanzenschutzmittel untersucht. 2002 waren es noch rund 200 Wirkstoffe, aktuell sind es mehr als 600. Die Beanstandungsquote schwankt. 2005 lag sie bei 8,4, 2009 bei 1,0 und 2011 bei 2,1 Prozent. akw

Kontakt

Redaktion Landespolitik
Telefon: 07 11/72 05-11 81
E-Mail: suedwest@stz.zgs.de

Weitere Nachrichten aus Baden-Württemberg finden Sie auf SEITE 26

Die vordringlichen Straßenbauprojekte stehen fest

Infrastruktur Grün-Rot hat ein Ende der „Versprechenskultur“ von Schwarz-Gelb angekündigt und jetzt eine Prioritätenliste vorgelegt.

Grün-Rot hat erstmals eine Reihenfolge für den Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen festgelegt. Die ersten fünf der 20 baureifen Projekte werden ab 2014 umgesetzt. Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Verkehrsmi-nister Winfried Hermann (beide Grüne) betonten bei einem „Straßenbaugipfel“ mit Vertretern aus Wirtschaft, Umweltverbänden und Kommunen am Montag in Stuttgart: „Wir wissen, dass die betroffenen Bürger schon lange auf die jeweilige Straße warten.“ Aber angesichts der drastischen Unterfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur müssten Schwerpunkte gesetzt werden. „Wir wagen das, wovor die alte Landesregierung sich stets gedrückt hat.“ Auf der Prioritätenlisten stehen weitere

fünf Projekte, die vom Jahr 2015/16 an in Angriff genommen werden. Die größte Gruppe umfasst zehn Projekte, bei denen erst danach der Bagger rollt. In der Gruppe mit dem frühesten Baustart sind die Ortsumgehungen Ravensburg, Holzgerlingen (Kreis Böblingen), Süßen (Kreis Göppingen), die Verlegung der B 31 zwischen Immenstaad und Friedrichshafen (Bodenseekreis) und die Tangente von der Autobahnanschlussstelle Pforzheim-West bis zur B 294. Die einzige Maßnahme an einer Autobahn, der Ausbau der A 3 bei Wertheim (Main-Tauber-Kreis), ist in der Gruppe mit dem spätesten Baubeginn gelandet.

WANN RÜCKEN WO DIE BAGGER AN

Ab 2014 Ortsumgehung Holzgerlingen (Altdorfer Kreuzung, B 464), Ortsumgehung Süßen (B 10 neu) – Donzdorf (B 466), West-tangente Pforzheim, Immenstaad-Friedrichshafen, Ortsumgehung Ravensburg.

Ab 2015/2016 Süßen/Ost-Gingen/Ost (Ortsumgehung Gingen, B 10), Rottenburg-Tübingen (B 28), Überlingen/West-Überlingen/Ost (B 31), Konstanz-Allensbach (B 33), Ortsumgehung Winden.

Mittelfristig Backnang/West-Nellmersbach (B 14), Schwäbisch Hall-B 19, Essingen-Aalen (B 29), Ortsumgehungen Behla, Mögglingen, Grenzsch, Wyhlen, Unlingen, A 3, Erbach-Dellmensing. StZ

Während einer Anhörung hatte der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) moniert, dass verkehrliche Belange im Vergleich zu Umweltaspekten zu viel Gewicht erhalten hätten. Gar nicht berücksichtigt werde der durch Straßenbau neu verursachte Verkehr. „Da hat sich die Straßenbaulobby durchgesetzt“, sagte Klaus-Peter Gussfeld vom BUND. Im Grundsatz sei das Setzen von Schwerpunkten zu begrüßen.

Das Land erhält nach Auskunft des Verkehrsministeriums im Jahr regulär 120 Millionen Euro vom Bund für den Bundesfernstraßenbau. Im Schnitt der letzten Jahre waren es wegen Sondereffekten 220 Millionen Euro. Die noch nicht begonnenen Projekt des vordringlichen Bedarfs kosten insgesamt 3,7 Milliarden Euro, darunter allein die 20 planfestgestellten Projekte mit rund 800 Millionen Euro. Hermann betonte, entscheidend für die Zahl der zu realisierenden Projekt und deren Bauzeit sei das Geld des Bundes. dpa

WIRTSCHAFT

Notheis nimmt sich aus der Schusslinie

EnBW-Deal Der Deutschlandchef von Morgan Stanley lässt seinen Job vorerst ruhen. Seine Rückkehr ist fraglich. Von Andreas Müller



Nach Stefan Mappus gerät auch sein Freund und Investmentbanker Dirk Notheis (rechts) in den Strudel des EnBW-Deals. Fotos: dpa, dapd



Kann er bleiben oder muss er gehen? Gleich zu Wochenbeginn beendete Dirk Notheis, der Deutschlandchef der US-Investmentbank Morgan Stanley, das seit Tagen andauernde Rätselraten um seine Zukunft – allerdings nur teilweise. Der Vorstandsvorsitzende habe den Aufsichtsrat informiert, dass er eine Auszeit nehme, sagte eine Banksprecherin. Seine Aufgabe als Landeschef übernehme derweil der Aufsichtsratsvorsitzende Lutz Raettig, die operativen Aufgaben teilten sich die übrigen Vorstände. Wie lange sich Notheis aus dem Geschäft zurückzieht, ob er überhaupt in die alte Funktion zurückkehrt – das alles blieb offen.

Massiv unter Druck stand der 44-Jährige Starbanker, seit immer mehr Details über seine Rolle beim EnBW-Deal von Ex-Ministerpräsident Stefan Mappus (beide CDU) bekannt geworden waren. Interne

Mails belegten, dass er nicht nur der Finanzberater von Mappus war, sondern sich wie der Regisseur des Milliardenengeschäfts gerierte. Bis weit ins Politische hinein machte er Vorgaben, die Mappus zum Gutteil befolgte. Den Eindruck, er sei eine „Marionette“ seines Freundes aus der Jungen Union gewesen, wies der Ex-Regierungschef jedoch zurück.

Schon das Bekanntwerden der Mails, in denen er sich flapsig über Bundeskanzlerin Angela Merkel („Mutti“) äußerte und den EnBW-Aktienpreis als „mehr als üppig“ bezeichnete, hatte Zweifel an Notheis' Zukunft bei Morgan Stanley genährt. Warum hatte die Bank die Mails dem Untersuchungsausschuss des Landtags überhaupt allesamt zur Verfügung gestellt? Das Risiko, dass sie je ans Licht kommen würden, war schließlich gering. Die Investmentbank rückte offenbar von ihrem Deutschland-Statt-

halter ab und wolle in der leidigen Affäre endlich reinen Tisch machen, wurde die überraschende Transparenz interpretiert.

Notheis selbst soll schon länger nicht mehr Herr des Handelns gewesen sein; bei seinem Auftritt Ende März vor dem EnBW-Ausschuss wirkte er bleich und nervös. Die gesamte Aufarbeitung des EnBW-Deals wurde zuletzt von der Europazentrale in London aus gesteuert. Dort hatte man das Milliardengeschäft, das heute zu einem gravierenden Imageproblem für Morgan Stanley geworden ist, einst ebenfalls bejubelt. Der Europachef Michele Colucci sei besonders im Blick auf den Platz in der Rangliste der Investmentbanken darüber erfreut, schrieb Notheis einst an seinen französischen Kollegen René Proglgio, den Zwillingsbruder des EdF-Chefs. Colucci

habe auch angeregt zu erreichen, dass die Franzosen keine eigene Investmentbank einschalteten; dies wäre „fantastisch“.

Neben den weit gehenden Regieanweisungen an Mappus hatte vor allem die Tonlage in Notheis' Mails Befremden ausgelöst. „Dreist, ungehobelt, schamlos“ nannte sie der Altbanker Ludwíg Poullain in einem Zeitungsbeitrag. Die Grünen im Landtag fordern inzwischen eine Entschuldigung des Bankers, was auch andere für angebracht hielten. Als „ethischen Versager“ rügte ihn ein auf Wirtschaftsethik spezialisierter Personalberater – ein Vorwurf, der Notheis besonders schwer treffen dürfte. Er hatte bei seinen CDU-Parteifreunden lange den Eindruck erweckt, ethische Standards seien ihm besonders wichtig. Zumindest zuletzt sei davon nichts mehr erkenn-

bar gewesen, urteilte ein Unionsgrande gleich nach dem EnBW-Deal: Notheis sei zu einem „ganz gewöhnlichen Investmentbanker“ geworden, dem es vor allem ums Geld gehe, registrierte er enttäuscht.

Mit seinem Aufstieg in der Finanzbranche hatte sich der Ettlínger Notheis immer mehr aus der Politik zurückgezogen; Beisitzer im CDU-Landesvorstand war er indes bis 2011 geblieben. Nach einigen Jahren bei der damaligen SGZ-Bank, wo er mit 27 per Sondergenehmigung Direktor wurde, hatte er 1999 zu Morgan Stanley gewechselt und war dort 2009 an die Deutschlandspitze gerückt. Der Aufsichtsratsvorsitzende Lutz Raettig, der nun zumindest vorübergehend an seine Stelle tritt, galt als Freund und Förderer von ihm.

Wie Notheis ist Raettig bestens in der Politik vernetzt, seit einigen Jahren sitzt der 69-Jährige für die CDU im Frankfurter Magistrat. In der Affäre um den EnBW-Deal hat er sich stets äußerst bedeckt gehalten; Anfragen der StZ an ihn beschied er stets abschlägig. Auch jetzt war von ihm keine Stellungnahme zu erhalten. Eine Zeitung berichtete, Raettig mache sich Vorwürfe, dass er Notheis nicht davon abgehalten habe, das Mandat für dessen Freund Mappus selbst zu betreuen. Es passte freilich zu dem Ruf, den Notheis bei Morgan Stanley genoss: Wie kaum ein anderer schaffe er es, aus seinem Kontaktnetzwerk Geschäfte für die Bank zu generieren, lobte ein einstiger Weggefährte.

Ob die Bank ihn nur vorläufig aus dem Schussfeld nimmt oder seine steile Karriere dort beendet ist, gilt derzeit als offen. Eine Ablösung zum jetzigen Zeitpunkt, ist zu hören, erschiene wie ein Schuldeingeständnis. Dabei beharrt Morgan Stanley nach wie vor darauf, beim EnBW-Deal alles richtig gemacht zu haben – auch bei der Preisfindung. Sollten sich die Zweifel daran erhärten, wäre eine Rückkehr vollends unvorstellbar. Einen ersten Fingerzeig gibt es schon an diesem Dienstag, wenn der Landesrechnungshof dem Land sein Gutachten zur Wertermittlung übergibt.

Morgan Stanley ist in Deutschland dick im Geschäft

Investmentbank Berater des Instituts gehen bei den guten Adressen der deutschen Wirtschaft ein und aus. Von Klaus Dieter Oehler

Für Lutz Raettig ist die Aufgabe nicht neu. Der 69-Jährige war selber zehn Jahre bis 2005 Deutschlandchef der Tochtergesellschaft des amerikanischen Wall-Street-Schwergewichts Morgan Stanley. Seitdem ist er Aufsichtsratsvorsitzender und musste auch schon einmal vorübergehend den Chefposten übernehmen, als die damalige Vorstandsvorsitzende Dagmar Kollmann im Februar 2008 Knall auf Fall die Bank verließ. Ein Jahr dauerte es, bis Raettig einen Nachfolger gefunden hatte – der kam aus den eigenen Reihen und saß schon seit 2006 im Vorstand, es war Dirk Notheis.

Auch wenn Morgan Stanley ebenso wie der große Konkurrent Goldman Sachs in der Folge der Finanzkrise offiziell den Status einer Investmentbank aufgeben musste, so ist das Aufgabengebiet doch unverän-

dert geblieben. In Deutschland berät die Bank seit 1987 ihre institutionellen Kunden in allen wichtigen Fragen rund um Übernahmen und Zukäufe, hilft bei der Finanzierung, organisiert Börsengänge und verwaltet auch die Vermögen von Privatkunden. Unterstützt werden die Investmentbanker dabei von ihren eigenen Analyseexperten.

Die Liste der Kunden ist ebenso lang wie prominent – und nicht weniger lang ist die Liste der Auszeichnungen, die der Bank regelmäßig verliehen werden. Zuletzt fädelte die Bank die Übernahme des Betonpumpenherstellers Putzmeister durch einen chinesischen Investor ein. Auch bei Porsche oder BMW sind die Banker von Morgan Stanley gern gesehene Partner. Allerdings läuft das Geschäft nicht immer rund. So musste auch ein Immobilienfonds von Mor-

gan Stanley der Krise Tribut zollen und wurde geschlossen. Und auch beim Börsengang von Air Berlin gab es Probleme.

Doch vor allem im Geschäft mit Fusionen und Übernahmen machten sich die guten Kontakte des Hauses zur deutschen Wirtschaft bemerkbar. Im ersten Halbjahr konnte die Bank hier auf dem deutschen Markt sogar einen deutlichen Schritt nach vorn machen. Zwar blieb die Deutsche Bank mit 16 Mandaten und Geschäften im Wert von 19,8 Milliarden Dollar der führenden Berater, doch Morgan Stanley kam mit zehn Transaktionen für 16,8 Milliarden Dollar auf einen guten zweiten Platz. Dritter ist Goldman Sachs mit neun Deals im Wert von 11,4 Milliarden Dollar. Dass Morgan Stanley trotz der Diskussion um Notheis in der deutschen Rangliste der Fusionsberater im ersten Halbjahr einen Satz von Position zwölf auf zwei gemacht hat, kommentierte dieser in einem Interview so: „Die Ergebnisse zeigen, wie ungeboren stark Morgan Stanleys Stellung in der deutschen Unternehmenslandschaft ist.“

Zypern flüchtet unter Europas Rettungsschirm

Schuldenkrise II Die Inselrepublik braucht sofort Geld für die Absicherung einer wichtigen Bank. Von Gerd Höhler, Athen

Die Republik Zypern kündigte am Montagabend an, dass sie Finanzhilfen der EU beantragen wird. Als Grund nannte Zypern die Auswirkungen der Griechenlandkrise. Die Volkswirtschaften der beiden Nachbarländer sind eng verflochten. Vor allem zyprische Banken sind stark auf dem griechischen Markt engagiert und müssen wegen der Verluste beim griechischen Schuldenschnitt mit Milliardenbeträgen rekaptalisiert werden.

Die Regierung von Staatspräsident Dimitris Christofias hatte die Flucht unter den Euro-Rettungsschirm bis zuletzt zu vermeiden versucht wegen der damit verbundenen Auflagen.

Zypern verhandelte deshalb über bilaterale Kredite, dem Vernehmen nach mit Russland ebenso wie mit China. Nachdem am Montagmorgen die Ratingagentur

Fitch jedoch Zyperns Bonitätsnote herabgesetzt und das Land damit auf Ramschniveau heruntergestuft hatte, blieb der Regierung offenbar keine andere Wahl. Staatschef Dimitris Christofias berief für den heutigen Dienstag ein Krisentreffen aller Spitzenpolitiker ein.

Die Finanzlage der Inselrepublik, die 2004 der EU beitrug und 2008 den Euro einführte, ist prekär. Schon seit dem Mai 2011 ist Zypern wegen seiner schlechten Kreditwürdigkeit praktisch von den Finanzmärkten ausgeschlossen. Ende 2011 besorgte Staatspräsident Dimitris Christofias, ein zu Sowjetzeiten in Moskau geschulter Kommunist, einen russischen Rettungskredit über 2,5 Milliarden Euro. Das Geld sollte bis Ende 2012 reichen. Aber jetzt tut sich ein neues Loch auf: Zypern braucht sofort 1,8 Milliarden Euro für die

Rekapitalisierung der Laiki-Bank, die sich mit griechischen Staatsanleihen verheben hat. Die Summe entspricht immerhin zehn Prozent des zyprischen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die Zeit drängt: bis zum Samstag, dem 30. Juni, muss die Bank die Mindestkapitalanforderungen der Europäischen Bankenaufsicht erfüllen. Die EU hat Zypern zwar Hilfe angeboten. Ein Kredit des Rettungsfonds EFSF von rund zehn Milliarden Euro ist im Gespräch. Für die Eurostaaten wäre dieser Betrag relativ leicht zu stemmen, und Zypern wäre damit für die nächsten zwei, drei Jahre aus dem Schneider.

Aber Christofias wollte den Gang unter den Euro-Rettungsschirm bis zuletzt vermeiden. Er scheute die damit verbundenen Sparauflagen. Die starken Gewerkschaften und die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, der in Relation zur Bevölkerung auf Zypern sogar noch aufblähter ist als im benachbarten Griechenland, bilden die wichtigste Ba-

sis der kommunistischen „Aufbaupartei des werktätigen Volkes“ (Akel), als deren Kandidat Christofias Anfang 2008 die Präsidentenwahl gewann. Gehalts- und Rentenkürzungen will er seinen treuesten Anhängern möglichst nicht zumuten. Christofias fürchtet auch, dass die EU als Bedingung für einen Rettungskredit Änderungen in der Steuerpolitik verlangen wird.

Zypern besteuert Unternehmensgewinne nur mit zehn Prozent. Das macht die Insel zum Steuerparadies für Briefkastenfirmen. Notfalls werde man zwar die Hilfe der Europartner in Anspruch nehmen, prüfe aber „andere Optionen“, erklärt die zyprische Regierung. Christofias, der fließend russisch spricht, verhandele direkt mit Präsident Wladimir Putin über einen neuen Rettungskredit, hieß es noch am Wochenende in Nikosia. Moskau will sich möglicherweise einen Zugriff auf die vor der Südküste der Insel vermuteten Erdgasvorkommen sichern.

Das Land verhandelt offenbar auch mit Russland.

Kommentar

Programmierter Konflikt

EnBW-Deal Morgan Stanley hätte das Geschäft aus Gründen der Seriosität ablehnen müssen. Von Michael Heller

Überzeugend ist das nicht. Wenn die Investmentbank Morgan Stanley sicher sein sollte, dass ihr Chef Dirk Notheis sich nichts hat zuschulden kommen lassen, dann gibt es für den 44-Jährigen auch keinen Grund, eine Auszeit zu nehmen. Er ist schließlich kein gewählter Politiker, der sein Amt für eine Weile ruhen lassen könnte, sondern ein hochrangiger Angestellter. Und wenn aus Sicht der Bank etwas bei dem EnBW-Deal nicht gestimmt haben sollte, dann ist eine Pause für den Chef auch keine adäquate Reaktion.

Morgan Stanley scheint typisch zu sein für die Zunft der Investmentbanken, denen ohnehin das Gefühl dafür abhandengekommen ist, was geht und was nicht. Gerne wird in der Branche geprahlt, wie bestens vernetzte Banker mal wieder irgendwelche lukrativen Geschäfte an Land gezogen haben. Nun ist gegen gute Kontakte nichts einzuwenden. Aber allzu große Nähe führt fast zwangsläufig zu Interessenkonflikten führen. Der EnBW-Deal ist geradezu ein Paradebeispiel dafür.

So ist Dirk Notheis eng mit dem früheren Ministerpräsidenten Stefan Mappus befreundet. Und genau so war die Diktion ihres E-Mail-Dialogs, die angesichts der Dimension des Geschäfts so völlig unangemessen wirken muss: Da chatten zwei Kumpel. Ein unabhängiger Berater spricht anders mit seinem Auftraggeber, ein Kaufinteressent verbittet sich solch einen Ton eines Dienstleisters. Notheis hätte das Mandat nicht betreuen dürfen. Aus Gründen der Seriosität hätte die Bank ganz auf das gewisse lukrative Geschäft verzichten müssen. Denn auch zum Verkäufer bestand eine nicht zu billige Nähe. Bekanntlich ist Frankreichstatthalter René Proglgio der Bruder von EdF-Chef Henri Proglgio. So ist das Milliardengeschäft Ausdruck der Großmannssucht einer ganzen Branche, die keine Regeln mehr anerkennen mag.

Madrid beantragt Hilfe für Banken

Schuldenkrise II Die Geldhäuser könnten bis zu 100 Milliarden Euro brauchen.

Unter dem Druck der Finanzmärkte hat Spanien nun auch offiziell Hilfe der EU-Partner für seine maroden Banken über bis zu 100 Milliarden Euro beantragt. Das Land reichte den bereits vor zwei Wochen angekündigten Antrag in einem Schreiben an Eurogruppen-Chef Jean-Claude Juncker formell ein, ohne jedoch eine genaue Summe zu nennen. Sie werde aber so groß sein, dass sie den Bedarf decke sowie ein Sicherheitspolster beinhalte, sagte Wirtschaftsminister Luis de Guindos. Er hofft, dass die Summe zusammen mit den Bedingungen für die Hilfen bis zum 9. Juli festgezurrert werden kann. Grundlage für die Höhe der Hilfgelder für Spanien solle das vergangene Woche vorgelegte Ergebnis einer Untersuchung durch private Wirtschaftsprüfer sein, bekräftigte de Guindos.

Diese haben eine Kapitallücke von maximal 62 Milliarden Euro ermittelt. Die Eurohilfen können laut der Regierung in drei bis vier Monaten an die Geldhäuser fließen. In dringenden Fällen seien auch vorübergehende Stützungen möglich. Spaniens Banken kämpfen nach dem Platzen einer Immobilienblase mit einem Berg fauler Kredite. Dabei geht es Regierungskreisen zufolge vor allem um die verstaatlichten Institute Bankia, Catalunya Caixa, Nova Galicia and Banco de Valencia. Diese Institute könnten möglicherweise schon im Juli rund 40 Milliarden Euro benötigen. Ungeachtet der beantragten Hilfen stufte die Ratingagentur Moody's am späten Abend die Kreditwürdigkeit von mehr als zwei Dutzend Geldhäusern im Land herab und das um bis zu vier Stufen. dpa

Kontakt

Wirtschaftsredaktion
Telefon: 07 11/72 05-12 11
E-Mail: wirtschaft@stz.zgs.de

Heute in der Zeitung

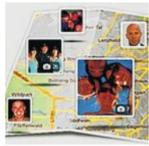
Politik

Gartenschau beschäftigt das Gericht

Schwäbisch Gmünd streitet mit einer Stuttgarter Agentur über das Marketing für die Landesgartenschau 2014. SEITE 5

Schänder von Yad Vashem gefasst

Das geständige Trio gehört einer extremistischen Sekte aus dem ultraorthodoxen Milieu an. SEITE 6



Aus aller Welt

Flirten oder fernsehen?

In Deutschland verabreden sich Millionen Fremde bei Onlinediensten für gemeinsame Aktivitäten. SEITE 10

Wirtschaft

Flughafenausbaue ist kein Glücksspiel

Bei der Erweiterung des Airports in Las Vegas gibt es, anders als in Berlin, keine Terminprobleme. SEITE 12

Microsoft kauft soziales Netzwerk

Der weltgrößte Softwarekonzern übernimmt das Start-up Yammer für 1,2 Milliarden Dollar. SEITE 14

Entdecken

High Heels schaden den Venen

Nicht nur Bewegungsmangel und genetische Veranlagung erhöhen das Risiko für Krampfadern. Auch hohe Absätze behindern den Blutabfluss in den Beinen. SEITE 18

Stuttgart & Baden-Württemberg

Nachgefragter Nahverkehr

Die Stuttgarter Straßenbahnen (SSB) haben im Jahr 2011 mehr als 192 Millionen Passagiere transportiert. SEITE 20

Karlsruhe will sich selbst feiern

Die Stadtgründung vor 300 Jahren soll 2015 mit Beteiligung der Bürger rund ums Schloss begangen werden. SEITE 27

Reportage

Rätselhafte Geschäfte in Lichte

Das Ludwigsburger Porzellan wird im Osten produziert. Doch seit einem Streit fehlen wertvolle Formen. SEITE 28



Sport

Gabius startet durch

Der Tübinger Arne Gabius kann bei der Leichtathletik-EM heute eine Medaille über 5000 Meter gewinnen. SEITE 32

Kultur

Ein Kino in Dschenin

Marcus Vetter führt im Westjordanland ein Kino. Im Interview erzählt er von den Widerständen. SEITE 35

Rousseau – modern wie eh und je

Vor dreihundert Jahren wurde der Philosoph Jean-Jacques Rousseau geboren. Seine Thesen bleiben aktuell. SEITE 36

Kommentare

Energiepolitik Die Hängepartie um die Gebäudesanierung schadet dem Klimaschutz, meint Bärbel Kraus. SEITE 11

Affenhaus Die Wilhelma wird sich künftig von einzelnen Tierarten verabschieden müssen, meint Erik Raidt. SEITE 19

Rubriken

Familienanzeigen	8	Was Wann Wo	17
Impressum	12	Notfallnummern	25
Heizölpreise	12	Fernsehprogramm	34

stuttgarter-zeitung.de

Neue Studie veröffentlicht

So grillen die Deutschen

Wo grillen die Deutschen am liebsten? Und sind Männer die besseren Grillmeister? Eine neue Studie gibt Auskunft.

www.stuttgarter-zeitung.de/fo



Stadtkind-Kolumne

Wie München, nur anders

In der Lange Straße gibt es einen neuen Laden, praktisch direkt aus München - und mit Gewürzen vom Sternekoch.

www.stuttgarter-zeitung.de/stadtkind

Ihr Kontakt zur Stuttgarter Zeitung

Telefon	Fax
Zentrale und Redaktion 0711/72 05-0	Redaktion 07 11/72 05-12 34
Anzeigen 07 11/72 05-21	Anzeigen 018 03/08 08 08*
Leserservice 0711/72 05-61 61	Leserservice 07 11/72 05-61 62
Probe-Abonnement 080 00 14 14 14	*18 03: 0,09 Euro/Min.
	Preis aus dem dt. Festnetz.
	Mobilfunkhöchstpreis 0,42 Euro/Min.
Online	E-Mail
www.stuttgarter-zeitung.de	Redaktion: redaktion@stz.zgs.de
www.stuttgarter-zeitung.de/digital	Anzeigen: anzeigen@stz.zgs.de
www.stuttgarter-zeitung.de/anzeigenbuchen	Leserservice: service@stz.zgs.de
Redaktion Stuttgarter Zeitung, Postfach 10 60 32, 70049 Stuttgart	
Leserservice Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 43 54, 70038 Stuttgart	
Anzeigen Stuttgarter Zeitung Werbevermarktung GmbH, Postfach 10 44 26, 70039 Stuttgart	
Chiffre Stuttgarter Zeitung Werbevermarktung GmbH, Postfach 10 44 27, 70039 Stuttgart	

Vernichtendes Zeugnis für Mappus

Tagesthema

Gutachten Erst wollte sich der Rechnungshof partout nicht mit dem EnBW-Deal befassen. Nachdem sie zum Jagen getragen worden sind, beschleunigen die Prüfer dem Ex-Premier schwerste Verstöße gegen die Verfassung und das Haushaltsrecht. Von Andreas Müller



Das 80-seitige Gutachten ist eine Generalabrechnung mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Stefan Mappus. Fotos: dapd, dpa

WESENTLICHE RISIKEN NICHT BERÜCKSICHTIGT

Due Diligence bezeichnet die „gebotene Sorgfalt“, mit der beim Kauf oder Verkauf von Unternehmensbeteiligungen oder Immobilien oder einem Börsengang das Kaufobjekt im Vorfeld der Akquisition oder des Börsengangs geprüft wird. Due-Diligence-Prüfungen analysieren Stärken und Schwächen des Objekts sowie die Risiken des Kaufs oder Börsengangs.

Kritik „Das Land hätte sich nachhaltig um eine Due Diligence bemühen müssen“, kritisiert der Landesrechnungshof. Für eine solche Wirtschaftlichkeitsberechnung wäre es auch erforderlich gewesen,

„die mit dem Kauf verbundenen Ertrags Erwartungen kritisch zu überprüfen. Die schlechte Fortschreibung der in den letzten fünf Jahren gezahlten Dividenden, die Morgan Stanley geliefert haben, genügt diesen Ansprüchen nicht“. Wesentliche Risiken für das Unternehmen seien nicht berücksichtigt worden. StZ

CDU-FDP-Regierung habe es „weder ausreichend geprüft noch überzeugend begründet“; eine konkrete Gefahr für die Versorgungssicherheit etwa sei nicht erkennbar gewesen.

Auch die Pflicht, bei einem Aktienkauf für 4,7 Milliarden Euro „die Wirtschaftlichkeit sehr sorgfältig zu untersuchen“, sehen die Prüfer grob verletzt. Dazu hätte sich das Land „alle mit vertretbarem Aufwand verfügbaren Informationen“ über die EnBW beschaffen müssen. Die von der Investmentbank Morgan Stanley vorge-

schafflichkeit sehr sorgfältig zu untersuchen“, sehen die Prüfer grob verletzt. Dazu hätte sich das Land „alle mit vertretbarem Aufwand verfügbaren Informationen“ über die EnBW beschaffen müssen. Die von der Investmentbank Morgan Stanley vorge-

legte „Fairness Opinion“ habe nicht ausgereicht, nötig wäre eine vertiefte „Due Diligence“-Prüfung gewesen. Die Folge: die schon damals erkennbaren Risiken der Unternehmensentwicklung seien nicht oder nicht hinreichend berücksichtigt worden.

Offen lässt der Rechnungshof die derzeit heiß diskutierte Frage, ob das Land zu viel für die Aktien bezahlt habe. Begründung: Die Angemessenheit des Kaufpreises von 41,50 Euro je Anteil könne man „mit den uns zu Gebote stehenden Erkenntnisquellen nicht valide beurteilen“. Ob dies im Nachhinein überhaupt objektiv gelingen könne, sei fraglich, heißt es im Gutachten. Insgesamt sei das Verfahren von dem Bemühen geprägt gewesen, „die Verhandlungen um jeden Preis geist zu halten und binnen kürzester Frist abzuschließen“. Dieser „ohne Not geschaffene Zeitdruck“ habe verhindert, dass „ein solch bedeutendes Rechtsgeschäft mit der gebotenen Sorgfalt vorbereitet wurde“.

„Schallender kann eine Ohrfeige nicht sein“, sagen die Grünen

Hätte der Rechnungshof dieses vernichtende Ergebnis vor der Landtagswahl präsentiert – Stefan Mappus hätte erst gar nicht mehr antreten müssen. Seine Parteifreunde von der CDU trösteten sich nun damit, dass die Prüfer wenigstens keine Aussage zum Kaufpreis gemacht haben. Dies sei ein „harter Schlag“ für den SPD-Finanzminister, der per Schiedsklage Milliarden von der EdF zurückwolle, verkündete der Fraktionsgeschäftsführer Volker Schebesta.

Grüne und SPD werteten das Urteil dagegen ganz anders. „Schallender kann eine Ohrfeige gar nicht sein“, sagte der Grünen-Fraktionsmanager Ulrich Scerl. Wer jetzt noch gegen die Schiedsklage wette, „hat nichts verstanden“. „Schwerer kann ein Vorwurf an eine Landesregierung kaum wiegen“, sekundierte sein SPD-Kollege Andreas Stoch. Nun habe man schwarz auf weiß, dass Mappus' Deal „schlecht vorbereitet, verfassungswidrig und wirtschaftlich unseriös war“. Auch Ministerpräsident Winfried Kretschmann zeigte sich in seiner Ansicht bestätigt, das Milliarden-geschäft sei „völlig verantwortungslos“ gewesen.

Max Munding, der den EnBW-Deal erst gar nicht prüfen wollte, trägt das Ergebnis übrigens mit. Im Senat des Rechnungshofes wurde die Stellungnahme nach StZ-Informationen einstimmig verabschiedet. Seinen Sinneswandel kann der Präsident in der nächsten Sitzung des Untersuchungsausschusses erläutern, wenn er, sein Vize und die Chefprüferin Dette als Zeugen gehört werden.

Kretschmann vermied am Dienstag einen Kommentar zu Munding's Rolle, unter Hinweis auf die Unabhängigkeit des Rechnungshofes. In den Regierungsfractionen allerdings hatte es schon Ende 2011 höchst kritische Stimmen gegeben: Eigentlich, meinten Abgeordnete, sei der Chefprüfer nicht mehr tragbar.

„Die Umgehung des Parlaments war ein Fehler“

Herr Strobl, ein Tiefschlag folgt dem nächsten: Jetzt kritisiert auch noch der Landesrechnungshof den ehemaligen Ministerpräsidenten Stefan Mappus scharf. Hätten Sie sich in Ihren schlimmsten Albträumen vorstellen können, welche Auswirkungen der EnBW-Aktienkauf hat? Nein, ehrlich gesagt, in dieser Dimension nicht.

Was sagen Sie zu dem Bericht?

Die Behauptung der Grünen und der SPD, es sei ein zu hoher Kaufpreis gezahlt worden, wird durch den Rechnungshof ausdrücklich nicht bestätigt. Die grün-rote Landesregierung wäre gut beraten, die Banken nicht allzu sehr aufzublasen und einen Gang zurückzuschalten, damit das Unternehmen, das den Steuerzahlern gehört, nicht Schaden nimmt. Ich will allerdings nicht abstreiten, dass der Rechnungshof in seinem Gutachten eine ganze Reihe von Fehlern aufgelistet hat. Der grundlegende und schwere Fehler, von dem alles seinen Ausgang genommen hat, war die Umgehung des Parlaments. Hier bestätigt sich mein früherer Eindruck, dass es auch eklatante Beratungsfehler gegeben hat.

Als Generalsekretär waren Sie sehr nahe dran an dem damaligen Ministerpräsidenten: Was hat Mappus bei seinem Alleingang geritten?

Beim Rückkauf der Aktien war ich nicht nahe dran, ich war in das Verfahren nicht eingebunden. Ob der Rückkauf insgesamt ein Fehler war, wird die Geschichte zeigen. Ich habe aber schon gesagt, dass Fehler im Verfahren gemacht wurden, etwa die Einseitigkeit der Entscheidung. Ich gehe aber davon aus, dass diese Fehler nicht absichtlich gemacht worden sind. Man wollte das Beste für das Land.

Interview Der CDU-Landeschef Thomas Strobl gibt Fehler beim EnBW-Deal zu.

Ein Parteiausschlussverfahren gegen Stefan Mappus aber sei „absurd“.

Hat sich die CDU Stefan Mappus ausgeliefert?

Das sehe ich nicht so. Die CDU ist im Untersuchungsausschuss an der Aufarbeitung maßgeblich beteiligt.

Muss sich die Partei nicht stärker vom ehemaligen Ministerpräsidenten distanzieren?

Nicht alles war gut bei Stefan Mappus, aber es war auch nicht alles schlecht. Ich bin gegen pauschale Verurteilungen, will aber auch nicht die Fehler negieren. Ich plädiere für eine differenzierte Betrachtung. Es kann sich möglicherweise noch als ein Segen erweisen, dass das Land Baden-Württemberg Eigentümer dieses Unternehmens ist, das im Bereich der Daseinsvorsorge und der Energiewende ein wichtiges Unternehmen ist. Wahr ist aber auch: die Nichtbeteiligung und Umgehung des Parlaments war ein schwerer Fehler, der zu Folgefehlern geführt hat.

Gibt es nicht bereits CDU-Mitglieder, die ein Parteiausschlussverfahren gegen Mappus fordern?

Ich will nicht verhehlen, dass uns kritische, ja wütende Stimmen erreichen. Die Forderung nach einem Parteiausschluss aber ist, mit Verlaub, absurd. Wir haben auch keine entsprechenden rechtskräftigen Anträge vorliegen.

Wie stark beschädigt die Affäre um den EnBW-Deal das Verhältnis von Politik und Wirtschaft?

Es gibt ein weit verbreitetes, aber nicht richtiges Vorurteil, dass die Banker den Politikern sagen, wo es langgeht. Es ärgert mich sehr, dass dieser E-Mail-Verkehr zwischen Mappus und Dirk Dieses dieses Vorurteil nährt. Ich betone aber: es muss das Primat der Politik gelten. Und es gilt auch: es geht um Millionen und Milliarden, es sind Recht und Verfassung zu beachten, auch wenn manchem Ökonomen diese Verfahren zu schwerfällig erscheinen. Diese Verfahren, etwa die Beteiligung des Parlaments, dienen der Sicherheit und der Fehlervermeidung. Das ist auch der Vorteil gegenüber einsamen Entscheidungen.

Das Gespräch führte Andrea Koch-Widmann.

DER VORSITZENDE DER LANDESPARTEI

Parteichef Der Heilbronner Bundestagsabgeordnete Thomas Strobl (52) ist seit Juli 2011 Landeschef der CDU. Zuvor hatte er von 2005 bis 2011 als Generalsekretär für die Ministerpräsidenten Günther Oettinger und Stefan Mappus die politischen Schlachten geschlagen. Angesichts des Desasters, das Mappus mit dem EnBW-Deal angerichtet hat, muss der Marathonläufer nun auch politisch Ausdauer und Zähigkeit zeigen, um die CDU wieder aus dem Tief zu führen. StZ



Grün-Rot ist bei Frauenquote uneinig

Wahlrecht Der SPD-Innenexperte Sakellariou hat Bedenken wegen der Verfassung. Von Reiner Ruf

In der grün-roten Koalition zeichnet sich ein Streit um die Frauenquote für die Kandidatenlisten bei Kommunalwahlen ab. Die Grünen haben am vergangenen Wochenende einen Parteitagebeschluss gefasst, der eine Änderung des Wahlrechts vorsieht. Künftig sollen die Kandidatenlisten nach dem Reißverschlussverfahren abwechselnd mit Frauen und Männern besetzt werden – und zwar verpflichtend. Nur so könne der niedrige Frauenanteil in den Gemeinderäten (22 Prozent) und in den Kreistagen (16 Prozent) erhöht werden, sagte die Grünen-Landesvorsitzende Thekla Walker.

Doch nun meldet der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Nikolaos Sakellariou, „erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken“ an. Zwar stehe außer Frage, dass der Frauenanteil in den Kommunalparlamenten erhöht werden müsse, schreibt Sakellariou in einem Positionspapier. Er warnt aber davor, die gute Sache durch einen möglichen Verfassungsverstoß in eine „politische Katastrophe“ zu führen. Der SPD-Politiker verweist auf das in Artikel 21 des Grundgesetzes verankerte Parteienprivileg, welches den Parteien das Recht gewährleiste, die Bewerberaufstellung nach den eigenen politischen Vorstellungen und Überzeugungen vorzunehmen.

Wenn der Landtag mit einer gesetzlichen Regelung im Kommunalwahlrecht die Quotierung erzwingt, gerate er mit dem Grundrecht der Parteienfreiheit in Konflikt. Dazu komme: Wenn eine Partei – aus welchen Gründen auch immer – mehr Männer als Frauen in ihren Reihen zähle, könne der Zwang zur Quotierung zu einem „unverhältnismäßigen Ungleichgewicht innerhalb einer politischen Partei und der dortigen Mehrheitsverhältnisse führen“. Letztlich müsse es den Parteien überlassen bleiben, mit welchem personellen Angebot sie vor die Wähler treten. Mehr als die Hälfte der Wähler in Baden-Württemberg seien Frauen. „Wenn derzeit ein Überhang an Männern feststellbar ist, so ist dies auch durch das mehrheitliche Votum von Frauen zustande gekommen.“

Eine „starre Quotierung“ verstößt laut Sakellariou auch gegen die in Artikel 38 des Grundgesetzes gewährleistete Wahlgleichheit: das Geschlecht als bestimmendes Kriterium für die Platzierung auf der Liste komme einer Einschränkung des passiven Wahlrechts nahe. Bei Grünen-Landeschefin Thekla Walker ziehen diese Argumente nicht. Sie führt Artikel 3 des Grundgesetzes an, in dem seit 1994 steht, dass der Staat die „tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern“ zu fördern habe. Außerdem gebe die Möglichkeit des Panaschierens und Kumulierens den Wählern die Möglichkeit, die Quotierung auf der Wahlliste zu durchbrechen. Die CDU hatte zuletzt vorgeschlagen, die Parteien sollten sich auf freiwilliger Basis auf eine Quotierung verständigen.

Gemeindeprüfer

Kommunalfinanzen wieder im Plus

Nach zwei Krisenjahren mit dickem Minus haben die Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg 2011 ein Plus von rund 1,65 Milliarden Euro verbucht, teilte die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) am Mittwoch in Karlsruhe mit. Für 2012 erwartet die Behörde ein „mindestens ebenso gutes Ergebnis“. Die Gesamtverschuldung steige dennoch weiter, die kommunale Krise sei nicht überwunden. Gründe für die guten Zahlen seien die „stark gestiegenen Einnahmen aus der Gewerbesteuer, die gute Konjunktur, historisch niedrige Zinsen und Zurückhaltung bei den Investitionen“, sagte GPA-Chef Klaus Notheis. Im Ländervergleich hatte Baden-Württemberg 2011 die geringste kommunale Verschuldung. Von den Gemeinden über 4000 Einwohner waren im vergangenen Jahr 86 schuldenfrei – als größte Stadt Bietigheim-Bissingen (Kreis Ludwigsburg), gefolgt von Engen (Kreis Konstanz) und Möckmühl (Kreis Heilbronn). Die rote Laterne trägt Aulendorf im Kreis Ravensburg (5613 Euro). /sw

Kontakt

Redaktion Landespolitik
Telefon: 07 11/72 05-11 81
E-Mail: suedwest@stz.zgs.de

Weitere Nachrichten aus Baden-Württemberg finden Sie auf SEITE 27

Ermittler prüfen Bericht des Rechnungshofes

EnBW-Deal Der Justizminister will die Staatsanwälte nicht anweisen. Das Land könnte selbst Strafanzeige erstatten. Von Andreas Müller

Nach dem vernichtenden Prüfbericht des Landesrechnungshofs gerät die Staatsanwaltschaft Stuttgart unter wachsenden Druck, doch noch Ermittlungen zum EnBW-Deal aufzunehmen. Die Behörde habe das 80-seitige Gutachten angefordert und werde es nun auswerten, berichteten das Justizministerium und die übergeordnete Generalstaatsanwaltschaft auf StZ-Anfrage. An der Prüfung, „deren Ergebnis abzuwarten bleibt“, werde auch die Schwerpunktabteilung für Wirtschaftskriminalität beteiligt, sagte ein Sprecher des Generalstaatsanwaltes.

Federführend für die Aufarbeitung des EnBW-Skandals ist weiterhin die „politische“ Abteilung des umstrittenen Oberstaatsanwalts Bernhard Häußler. Trotz zahlreicher Strafanzeigen, teilweise auch von Juristen, hatte diese bisher keinen An-

lass für Ermittlungen gesehen. Zuletzt hatte es nach dem Bekanntwerden der E-Mails des Investmentbankers Dirk Notheis heißen, man sehe nach wie vor keinen Anfangsverdacht, beobachte aber weiterhin die Arbeit des Untersuchungsausschusses. Nun wurde ein förmlicher „Beobachtungsvorgang“ eingeleitet, wie eine Sprecherin sagte. Zudem gebe es zwei neue Anzeigen.

Angesichts der Befunde des Rechnungshofs erscheint die Einschätzung der Staatsanwaltschaft zusehends fraglich, es gebe keine Anhaltspunkte für ein „treuwidriges Risikogeschäft“ oder einen Verstoß gegen die Regeln der „kaufmännischen Sorgfalt“. Die Prüfer sprechen demgegenüber von schweren Verstößen gegen das Haushaltsrecht und unwirtschaftlichem Verhalten zu Lasten des Landes. Strafrechtlich relevant könnten etwa Rügen im Zusammenhang

mit der Beauftragung von Morgan Stanley sein. Für das Honorar von knapp 13 Millionen Euro habe es keinen Haushaltsansatz und keine Verpflichtungsermächtigung gegeben, moniert der Rechnungshof und nennt es „zweifelhaft“, ob die Höhe „wirtschaftlich“ gewesen sei.

Die bisherige Weigerung der Staatsanwaltschaft, tätig zu werden, stößt derweil bundesweit auf Verwunderung. Das „Handelsblatt“ wertet den Prüfbericht als „Anklageschrift“ und zitiert den Wirtschaftsstrafrechtler Thomas Rönnau mit den Worten: „Wenn fremdes Vermögen verschleudert wurde, ohne ersichtlichen Grund, gerät Untreue in den Blick.“ Die „Hessische-Niedersächsische Allgemeine“ in Kassel kommentierte: „Strafrechtliche Ermittlungen sind nach diesen Feststellungen zwingend erforderlich.“

Justizminister Rainer Stichelberger (SPD) sieht nach Auskunft einer Sprech-

erin weiterhin „keinen Anlass“ für eine Weisung an die Staatsanwaltschaft. Er lehne „jegliche politische Einflussnahme“ auf die Arbeit der Ermittler ab. Denkbar wäre jedoch, dass das Land selbst Strafanzeige gegen die Verantwortlichen des EnBW-Deals erstattet – so wie es das jüngst im Fall des Chefs der Schlösserverwaltung tat, gegen den wegen eines Gratisurlaubs ermittelt wird. Auf die Frage nach dieser Möglichkeit sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann: „Das müssen wir alles prüfen.“

„Wenn fremdes Geld verschleudert wurde, gerät Untreue in den Blick.“

Der Wirtschaftsstrafrechtler Thomas Rönnau

CDU und FDP bekommen im Bestreben, die Schiedsklage gegen die EdF zu erhalten, derweil Unterstützung von der Landtagsverwaltung. In einem Gutachten gelangt diese zum Ergebnis, das Land sei nicht gehindert, die Klage dem EnBW-Ausschuss zu überlassen – allerdings auch nicht verpflichtet. Bisher hat die Regierung dies wegen der vereinbarten Vertraulichkeit abgelehnt.



Prinz Willem-Alexander und Máxima werden Baden-Württemberg besuchen. Foto: dpa

Kronprinzenpaar geht auf Werbetour für seine Heimat

Wirtschaft Die Niederlande haben Baden-Württemberg als großen Absatzmarkt für ihre Exporte erkannt. Von Knut Krohn

Baden-Württemberg erwartet königlichen Besuch. Der niederländische Thronfolger Kronprinz Willem-Alexander und seine Gattin, Prinzessin Máxima, haben die Absicht, im kommenden Frühjahr dem Land eine kurze Visite abzustatten. Das sagte der niederländische Botschafter Marnix Krop am Rande eines Aufenthaltes in Stuttgart. Das königliche Paar wird allerdings keine Vergnügensreise absolvieren. Es werde ein Arbeitsbesuch an der Spitze einer Delegation aus Vertretern der niederländischen Wirtschaft, erklärte der Diplomat weiter.

Die Visite des Thronfolgers und seiner Frau in Baden-Württemberg ist Teil einer langfristig angelegten Initiative der niederländischen Regierung. Ziel ist, die Zusammenarbeit zu verstärken. Die Beziehungen der Niederlande zum großen Nachbarn Deutschland seien eine Erfolgsgeschichte, unterstreicht Marnix Krop. „Unsere Firmen investieren jedes Jahr über 120 Milliarden Euro in Deutschland und schaffen damit mehr als 600 000 Arbeitsplätze vor Ort“, erklärte der Botschafter nach Besuchen einiger Unternehmen und Kultureinrichtungen im Land. Die wirtschaftlichen und kulturellen Verflechtungen seien nur noch mit denen mit den USA und Kanada zu vergleichen.

Die Regierung in Den Haag sieht allerdings auch ein Problem: Die Zusammenarbeit konzentriert sich bisher vor allem

auf die beiden benachbarten deutschen Bundesländer Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. „Hier wollen wir die Gewichte in Zukunft etwas verschieben“, erklärte der Botschafter in Stuttgart.

Vor allem Baden-Württemberg ist ein attraktiver Markt. Denn die Niederlande exportieren nicht nur Tulpen und Tomaten, sondern sind, nach Angaben des Botschafters, auch ein wichtiger Standort für viele Automobilzulieferer. Diese sorgten vom Sonnendach über das Automatikgetriebe bis zum Navigationsgerät für die gehobene Ausstattung vieler Fahrzeuge. „Wenn man ein deutsches Auto fährt, kommen rund 25 Prozent des Wagens aus den Niederlanden“, unterstrich der Diplomat.

Als einen zukunftssträchtigen Sektor für die Kooperation erkannte Krop auch den Energiebereich. Die Niederlande seien ein Exporteur von Strom, der auch aus Gaskraftwerken gewonnen werde. Die zählten zur sogenannten Brückentechnologie und könnten für Deutschland nach dem Abschalten der Atomkraftwerke in langen, kalten, düsteren und windstillen Wintern von großem Nutzen sein. Im selben Atemzug merkte der Botschafter noch an, dass Flüssiggas oft in Rotterdam verladen werde. „Das ist übrigens der größte Hafen Deutschlands. Dort werden so viele Güter für den Transport aus und nach Deutschland umgeschlagen, wie in den Häfen Hamburgs und Bremens zusammen.“

Mitsprache für Studenten

Hochschulgesetz Die Koalition hat gegen erbitterten Widerstand die Verfasste Studierendenschaft wieder eingeführt. Von Renate Allgöwer

Das Anhörungsverfahren zum Gesetzentwurf war so aufwendig wie kaum ein anderes und doch werfen CDU und FDP der Koalition vor, mit ihrer Politik des Gehörtwerdens sei es nicht weiter. Von den vielen Einwänden gegen die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft (VS) habe die Regierung keinen übernommen, kritisierten Dietrich Birk (CDU) und Timm Kern (FDP) an die Adresse der Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne). Gestern hat der Landtag eine Verfasste Studierendenschaft eingeführt. Damit folgt der Südwesten dem Vorbild der anderen Länder, nur in Bayern gibt es keine VS.

Die Opposition stört sich nach wie vor daran, dass alle Studenten Mitglieder der VS sind und dass „Zwangsbeiträge“ erhoben werden. Sie hätten lieber Urabstimmungen über die Einführung gehabt, die mit Mindestbeteiligungen verbunden werden sollte. Sie schließen sich der Kritik von Achim Bubenzer, dem Vorsitzenden der Landesrektorenkonferenz der Hochschulen für angewandte Wissenschaften (früher FH) an, der sagt: „Man kann Erwachsene nicht für die Leidenschaft für Politik entflammen, wenn man sie zwingt, politisch tätig zu werden.“

Auch missfällt CDU und FDP das, was die Regierung „politisches Mandat“ nennt. Die Opposition will nicht, dass sich Studenten zu allen politischen Themen äußern können. Die Regierung betont, das Mandat erstreckt sich nur auf die Politikfelder, die

mit dem Studium zu tun hätten. Dazu kann auch der ÖPNV gehören, wenn es beispielsweise um das Semesterticket geht. Die CDU hat verfassungsmäßige Bedenken, wenn sich die Studenten als eine Bevölkerungsgruppe äußern. Theresia Bauer hält die Frage für geklärt, da auch andere Länder das politische Mandat so definieren wie Baden-Württemberg. Sie sicherte zu, zwei Jahre nach Einführung der VS zu überprüfen, ob zusätzliche Kosten entstehen. Sie betonte, die Regierung habe mehr als 20 Veränderungsvorschläge angenommen.

Die liberalen Hochschulgruppen und der CDU-nahe RCDS hatten ein Studentenparlament bevorzugt. Aber auch in den Unabhängigen Studierendenenausschüssen (USTA) ist die Freude nicht ungetrübt. Sie fordern Nachbesserungen zum Beispiel eine Direktwahl von Studentenvertretern in den Hochschulgremien.

Nicht umstritten ist dagegen der zweite Teil der Gesetzesnovelle. Damit beschloss der Landtag die Stärkung der akademischen Weiterbildung. Die Hochschulen sollen sich in Zukunft deutlicher für Berufstätige öffnen. Die Regierung erwartet, dass mehr Teilzeitsstudiengänge angeboten werden. Auch berufsbegleitende Studien sollen ermöglicht werden. Leistungen, die außerhalb der Hochschulen erbracht wurden, sollen angerechnet werden. Für die Weiterbildung können Gebühren erhoben werden, die Vergütung der Hochschullehrer sollen die Einrichtungen selbst regeln.

„Fratze der Kriminalität“

Landtag Innenminister Gall (SPD) weiß das Parlament beim Kampf gegen Rockerbanden hinter sich. Von Andrea Koch-Widmann

Der baden-württembergische Landtag hat vor einer Verharmlosung von Motorradbanden gewarnt. „Die Rocker sind keine harmlosen Wildlinge mit langen Haaren, die ein bisschen gefährlich aussehen und gerne Motorrad fahren“, warnte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Nikolaos Sakellariou. „Wir haben es mit Kriminellen der übelsten Sorte zu tun.“ Er verwies darauf, dass inzwischen fast zwanzig Prozent der organisierten Kriminalität den Rockerbanden zugeschrieben werden. Es gehe vor allem um Menschenhandel, Prostitution, Drogen und schwerste Gewaltdelikte.

Die Rocker betrieben neuerdings Öffentlichkeitsarbeit und versuchten ihr Image aufzupolieren. In Reutlingen etwa inszenierte der dortige Hells-Angels-Chef jüngst in der Marienkirche seine Hochzeit, vergangenes Wochenende demonstrierten etliche vor dem Gefängnis in Stuttgart-Stammheim gegen die Verhaftung eines Mitglieds. „Wir Bürger müssen davor geschützt werden, dass die Rocker in ihrem martialischen Auftreten den öffentlichen Raum besetzen“, forderte Sakellariou, die „Fratze der Rockerkriminalität“ müsse erkannt werden.

Mehr als 800 Personen zählen in Baden-Württemberg zu diesen organisierten, streng hierarchisch strukturierten Banden, den Hells Angels, den Bandidos, Gremium und den Outlaws. Dazu kämen weitere rund 1000 Personen von rockerähnlichen

Gruppierungen wie den Black Jackets und den United Tribuns, die „große Sorge und große Probleme“ bereiteten, erklärte der Innenminister Reinhold Gall (SPD). Wegen zahlreicher Straftaten hatte Gall vor einem Jahr das Pforzheimer Hells Angels Charter Borderland verboten. Im Frühjahr dieses Jahres ging die Pforzheimer Polizei mit einer Razzia gegen den Club vor, da er sich nicht an das Verbot gehalten hatte. Der Innenminister zeigte sich zuversichtlich, dass „das scharfe Schwert Vereinsverbot“ letztinstanzlich bestätigt werde.



Die Hells Angels bereiten Probleme. Foto: dpa

Thomas Blenke, der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, sagte dem Innenminister Unterstützung bei der Bekämpfung der Motorradbanden zu. Es dürfe nicht akzeptiert werden, dass diese mit ihrem Ehrenkodex bis hin zur Selbstjustiz sich über den Staat stellten. „Das staatliche Gewaltmonopol muss unverrückbar bleiben“, betonte Blenke.

Auch für Ulrich Sckerl, den Innenexperten der Grünen, ist „die Zeit der Romantik“ vorbei. Die Banden hätten mafiose Strukturen. Die Schwerpunktbildung bei Polizei und Landeskriminalamt sei das richtige Mittel, diese organisierte Kriminalität besser zu bekämpfen. Sckerl und der FDP-Abgeordnete Ulrich Goll mahnten jedoch, nicht alle Motorradfahrer in Sippenhaft zu nehmen. „Wir wollen Kriminelle bekämpfen, nicht Motorradfahrer“, sagte Goll, der an diesem Morgen seine Harley „vorsichtshalber in der Garage gelassen“ hatte.

Russlandaffäre ließ EnBW-Deal fast platzen

Gutachten Der Rechnungshof enthüllt brisante Fakten und lässt Mappus wie Notheis schlecht aussehen. *Von Andreas Müller*

Die beiden Themen bescheren der EnBW gleichermaßen Negativschlagzeilen, scheinen aber nichts miteinander zu tun zu haben. Hier der Skandal um den Aktienrückkauf durch Ex-Ministerpräsident Stefan Mappus, da die Affäre um undurchsichtige Russlandgeschäfte, deretwegen neuerdings die Staatsanwaltschaft ermittelt – ein Zusammenhang war bis jetzt nicht ersichtlich.

Nun aber stellt sich heraus, dass es sehr wohl einen gab, sogar einen hochbrisanten: Nachforderungen der Electricité de France (EdF) wegen der „russischen Angelegenheit“, enthüllen noch unveröffentlichte Recherchen des Landesrechnungshofes, hätten den EnBW-Deal fast in letzter Minute platzen lassen. Sie waren der Anlass für die inzwischen bundesweit bekannte Wut-Mail, in der der Investmentbanker Dirk Notheis den Franzosen mit einer Intervention von Bundeskanzlerin Angela Merkel drohte. Die müsse sich für Mappus einsetzen, weil er sie sonst parteiintern „mit seinen Truppen killen“ könnte.

Wenige Tage vor Vertragsabschluss hatten die EdF-Vertreter ein neues, überraschendes Ansinnen nachgeschoben: Ihre bisherigen Aufsichtsratsmitglieder bei der EnBW – darunter der Europa- und der Deutschlandchef – müssten von der Haftung für den „russian deal“ freigestellt werden. Sie wollten keineswegs für jene Millionen in Regress genommen werden, die der Karlsruher Energiekonzern durch seine Geschäfte mit dem Moskauer Lobbyisten Andrey Bykov zu verlieren drohte. Notheis war über das Begehren deshalb besonders empört, weil er es für unerfüllbar hielt. „Was wird hier gespielt?“, schrieb er auf Englisch an den EdF-Finanzchef. „Niemand auf der Welt“, schon gar nicht ein für Justiz und Gerichte zuständiges Bundesland, könne einen solchen Haftungsausschluss gewähren. „This is an absolute no go! Get rid of those games!“

In einer Mail an seinen Kollegen Kai Tschöke und einen der Anwälte wurde der Banker noch deutlicher. EdF räume einerseits ein „mögliches schuldhaftes Verhalten“ ein und wolle andererseits eine solche Garantie – „das geht zu weit“. Er werde Mappus empfehlen, das geplante Telefonat mit EdF-Chef Henri Proglio abzusagen „und stattdessen eine Pressekonferenz in Stuttgart zu geben, den gesamten Fall publik zu machen und zu erklären, dass die EdF aus Angst vor den Konsequenzen des russischen Atomskandals die Schraube überdreht hat und er sich nicht erpressen lässt“. Am Ende kam es doch nicht zum Eklat, die Franzosen bestanden nicht auf ihrer Forderung. Die gewünschte Freistellung erhielten sie nur für die Monate zwischen der Vertragsunterzeichnung und dem Abschluss der Transaktion, nicht aber für die Zeit davor.

Eines irritierte die Prüfer des Rechnungshofs an der Eskalation auf der Zielgeraden besonders: wenn die Russlandthematik derart wichtig gewesen sei, dass man ihretwegen sogar die gesamten Verhandlungen hätte platzen lassen, hätte sie Einfluss auf den Kaufpreis haben müssen. Doch das Prozessrisiko durch die Auseinandersetzungen mit Bykov, die die EnBW schon rund 50 Millionen Euro gekostet haben, sei nicht berücksichtigt worden.



Die Franzosen wollten eigentlich an der EnBW festhalten, berichtete der frühere Konzernchef Gerhard Goll den Prüfern.

Foto: ddp

Die Verbindung zur Bykov-Affäre ist einer der spannendsten Punkte im 90-seitigen Gutachten des Rechnungshofes, von dem bis jetzt nur die vierseitige Zusammenfassung bekannt ist. Schon diese fällt für Mappus und seinen Bankerfreund Notheis, wie berichtet, vernichtend aus: Landesverfassung und Haushaltsgrundsätze seien in vielerlei Hinsicht grob missachtet worden. Doch die Langfassung enthält noch ungleich mehr Zündstoff. Brisant ist etwa, was der frühere EnBW-Chef Gerhard Goll den Prüfern berichtete.

Ein halbes Jahr vor dem Deal habe die EdF weder, wie von Mappus behauptet, unbedingt die Mehrheit in Karlsruhe haben wollen noch den Verkauf ihrer Anteile geplant. Bei einem Treffen in Paris, so Goll, habe ihm EdF-Chef Proglio zwar dargelegt, dass die Situation für die Franzosen „unbefriedigend“ sei, sie hätten aber an Lösungen gearbeitet: der Konsortialvertrag mit dem Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW) sollte neu verhandelt werden, der Aufsichtsratsvorsitzende und OEW-Berater Claus Dieter Hoffmann möglichst durch „eine andere Person“ ersetzt werden.

Über das Treffen habe er Mappus vor dessen Gespräch mit Proglio im Juli berichtet. Sein Rat an ihn: Er solle sich als Vermittler zwischen OEW und EdF anbieten, um die Zusammenarbeit zu verbessern. Nach seiner Erinnerung im Oktober erfuhr Goll dann aber aus Paris, dass Mappus die Anteile zurückkaufen wolle. Der EdF-Chef sei „überrascht und unentschieden“ gewesen, auch im Vorstand habe es

DIE FINANZKONTROLLEURE ERLÄUTERN IHR GUTACHTEN

Prüfer Der EnBW-Ausschuss tagt am Freitag nächster Woche wieder. Als Zeugen werden dann der Rechnungshofchef Max Munding, sein Vize Günter Kunz und die zuständige Chefprüferin Hilaria Dette

befragt. Sie sollen über ihr Gutachten Auskunft geben, aber auch dazu, warum sie erst so spät tätig wurden.

Banker Zudem sind zwei weitere (Ex-)Mitarbeiter der In-

vestmentbank Morgan Stanley geladen. Die Bank hatte die Kritik des Rechnungshofs scharf zurückgewiesen. Sie kannte das vollständige Gutachten damals jedoch noch nicht und forderte es an. *mül*

zwei Lager gegeben. Am Ende setzte sich jenes durch, dessen Sicht der frühere EnBW-Chef so schilderte: Da sich die wirtschaftliche Lage des Karlsruher Konzerns „rapide“ zu verschlechtern drohe, dürfe das „sehr günstige Angebot des Landes nicht ausgeschlagen werden“.

Erkennbar fassungslos schildern die Finanzkontrolleure, wie es zum Preis von 41,5 Euro je Aktie kam. Obwohl bei dem Milliardendeal über ein Sechstel des Landeshaushalts verfügt wurde, habe es keine gründliche Unternehmensbewertung gegeben: Anstelle einer vertieften „Due Diligence“-Prüfung, bei der auch interne Daten ausgewertet werden, habe Morgan Stanley nur eine weitaus weniger aussagekräftige „Fairness Opinion“ abgegeben. Gleichwohl sprachen Mappus und Notheis stets von einer Due Diligence auf der Basis öffentlich verfügbarer Informationen – offenbar bewusste Augenwischerei. „Eine Due Diligence bei der EnBW erfolgte nicht“, hatten die Anwälte von Gleiss Lutz zuvor ehrlich festgestellt, was Notheis' Kollegen Tschöke arg missfiel: „Wenn möglich eher vermeiden“ solle man den Hinweis auf die fehlende Prüfung.

Ein tiefer Einblick ins Unternehmen, argumentiert der Rechnungshof, wäre dringend nötig und durchaus möglich gewesen. Anstatt „die Katze im Sack“ zu kaufen, wären dann diverse Risiken offenbar geworden. Als Beispiele nennen die Prüfer

die Beteiligungen am Oldenburger Regionalversorger EWE und der Energieversorger Niederösterreich (EVN), die später zu Abschreibungen von mehr als 600 Millionen Euro führten. Der Streit um das Leipziger Gasunternehmen VNG hätte EnBW sogar fast 1,5 Milliarden Euro kosten können. Für diese Risiken „hätte versucht werden müssen, Abschlüsse vom Kaufpreis durchzusetzen“, urteilen die Finanzkontrolleure. Stattdessen habe Mappus einen Aufschlag von rund einer Milliarde Euro dafür bezahlt, dass er die Anteile später erklärtermaßen in andere Hände weitergeben wollte. Den „Paketzuschlag“ hätte er nämlich nicht erheben können, wenn die Aktien an diverse Stadtwerke gegangen wären.

Erkennbar für unseriös hält der Rechnungshof Mappus' Kalkül, die Milliardenanleihen für den Aktienkauf durch die EnBW-Dividende zu finanzieren; das Land mache dabei sogar noch Gewinn. Auch Morgan Stanley sei bewusst gewesen, wie fragwürdig diese Rechnung war. Man habe „eigentlich keine Basis“, um – wie der Ex-Premier – von einer bei 1,50 Euro bleibenden Dividende auszugehen, schrieb der Banker Tschöke an einen der Anwälte. Noch offener äußerte er sich gegenüber den PR-Beratern, die den Deal vermarkten sollten: „Wie schon mehrfach angemerkt ist unsere Argumentation des Dividendenüberschusses über die Finanzierungskosten am angreifbarsten.“ Öffentlich ließ Mappus indes keinerlei Zweifel erkennen.

Besonders schwer dürfte den Altministerpräsidenten die Einschätzung des Rechnungshofes zu seiner Glaubwürdigkeit treffen. Wenn sie die Verfassungswidrigkeit des Milliarden Deals auch nur erahnt hätten, wäre das Geschäft sofort abgebrochen worden, hatten Mappus und sein Ex-Staatsminister Helmut Rau versichert. „Diese Aussage überzeugt jedoch nicht“, schreiben die Prüfer. Schon aus den Unterlagen ergebe sich, dass die beiden „keineswegs gutgläubig davon ausgehen konnten, der Weg (über das Notbewilligungsrecht, die Red.) sei eine problemlose Alternative“. Dafür hätten die Rechtsanwälte „deutlich genug auf die Risiken (...) hingewiesen“.



Foto: STZ

„Diese Aussage überzeugt nicht. Die Akteure waren keineswegs gutgläubig.“

Rechnungshof zu Mappus, hier Präsident Munding



Die Schlüsselfigur im „russischen Atomskandal“: der Lobbyist Andrey Bykov

Foto: STZ

Berlin

Kanzlerin Gast bei Stallwächterparty

Nach der Wahlschlappe der CDU in Baden-Württemberg im vergangenen Jahr hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) der neuen grün-roten Regierung noch einen Korb gegeben. Doch diesmal hat sie ihr Kommen zur traditionellen Stallwächterparty in der Landesvertretung Baden-Württemberg zugesagt, bestätigte ein Sprecher von Bundesratsminister Peter Friedrich (SPD) am Dienstag in Stuttgart. Die CDU-Chefin ist der prominenteste Gast bei dem Sommerfest, bei dem dieses Mal auch der 60. Geburtstag des Landes gefeiert werden soll. Motto: „Wir feiern in die Zukunft rein.“ Der musikalische Top-Act blieb als runde Geburtstagsüberraschung geheim.

Es werden 1500 Gäste erwartet. Merkel wird voraussichtlich noch zwei Minister aus ihrem Kabinett dabei haben: Kanzleramtschef Ronald Pofalla und Forschungsministerin Annette Schavan (beide CDU), die ihren Wahlkreis in Ulm hat und früher das Kultressort in Stuttgart geleitet hat. Angekündigt haben sich auch Merkels Parteigeneral Hermann Gröhe und Regierungssprecher Steffen Seibert. Die SPD ist unter anderem mit dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck und dem neuen Regierungschef in Kiel, Torsten Albig, vertreten. Gastgeber Winfried Kretschmann (Grüne) darf sich auch auf grüne Bundesprominenz freuen: Die Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Renate Künast und Jürgen Trittin, sowie Parteichef Cem Özdemir wollen mitfeiern. Die FDP wehrt auch ein Jahr nach dem Machtverlust in Stuttgart noch immer Einladungen zu grün-roten Feiern im großen Stil ab. Der Wehrbeauftragte des Bundestags, Hellmut Königshaus (FDP), kennt da keine Behürungsängste. *dpa*

G9-Züge

Sieben Gymnasien stellen komplett um

Fast jede dritte der 22 Modellschulen mit neunjährigen Zügen stellt ganz um: Sieben Gymnasien bieten vom kommenden Schuljahr an nur noch den neunjährigen Weg zum Abitur an. Aber auch an den übrigen Versuchsschulen sind die längeren Züge im Vergleich zu den achtjährigen beliebter. Nach Angaben des Kultusministeriums werden kommendes Schuljahr insgesamt 78 G9-Züge und 23 G8-Züge eingerichtet. Damit besuchen an den Modellschulen insgesamt 2179 Schüler einen G9-Zug, 502 einen G8-Zug. Nach den Worten von Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer (SPD) ist der Schulversuch hinsichtlich der eingesetzten Ressourcen voll im Plan. Für den gesamten Schulversuch an 133 Lehrerstellen veranschlagt. Für die zweite Tranche, die zum Schuljahr 2013/14 mit dem Schulversuch starten soll, läuft die Antragsfrist noch bis Anfang Dezember. *dpa*

Mannheim

Nicht existierendes Gold für die Anleger

Die Mannheimer Wirtschaftsstaatsanwaltschaft hat Anklage gegen einen Kaufmann erhoben, der zwei Jahre lang nicht existierendes Gold verkauft und vertrauensvolle Anleger um 4,33 Millionen Euro gebracht haben soll. Der 34-Jährige, der aus Bayern kam, soll als Verantwortlicher einer Bank auf den Komoren zwischen 2009 und 2011 von einer Vertretung in Mannheim aus Anlegern Feingold zum halben Marktpreis versprochen haben. Er erklärte, das Edelmetall werde zwei Jahre lang in der Bank verwahrt, die es anschließend zum doppelten Preis zurückkaufe. Sie könne das Gold so günstig anbieten, weil sie Anteilseignerin einer Mine in Sierra Leone sei.

366 Anleger aus ganz Deutschland sind nach Angaben des Sprechers der Staatsanwaltschaft auf die Angebote hereingefallen. Tatsächlich habe das verkaufte Gold nicht existiert. Das Geld der Anleger habe der Beschuldigte benutzt, um Provisionen an Vertriebsmitarbeiter zu zahlen und selbst teils hochriskante Anlagen zu tätigen. So habe er ohne Sicherheiten 1,5 Millionen Euro in Neuseeland investiert, sich an einer Bar in Mailand beteiligt oder Schürfrechte für eine Goldmine in Brasilien erworben. Auf seine Spur sei man durch einen Zufallsfund bei einer Durchsuchung in einem anderen Fall gekommen, sagte der Sprecher. *joe*

Kontakt

Redaktion Landespolitik
Telefon: 07 11/72 05-11 81
E-Mail: suedwest@stz.zgs.de

Weitere Nachrichten aus Baden-Württemberg finden Sie auf SEITE 26

Grün-Rot ist beim Sparen noch ganz am Anfang

Haushalt Die Landesregierung stöhnt schon jetzt, doch die Sanierung des Etats wird erst in den nächsten Jahren schwierig. *Von Reiner Ruff*

Die Zeit der ausgeglichenen Haushalte ist vorbei. Für die kommenden zwei Jahre plant die Landesregierung neue Schulden in Höhe von insgesamt 3,2 Milliarden Euro. Das ist ein Rückschritt, hatte das Land doch in den vergangenen fünf Jahren immerhin viermal die Nettounnull erreicht: 2008 und 2009 legte die Regierung Oettinger ausgeglichene Haushalte vor, 2011 und 2012 gelang dies auch der grün-roten Koalition unter Führung von Winfried Kretschmann.

Nur Stefan Mappus nahm 2010 den Kreditmarkt zusätzlich in Anspruch: 1,6 Milliarden Euro neue Schulden fielen an. Dies war indes kein Ausdruck von Verschwendungssucht, sondern dem Wirtschaftseinbruch infolge der Finanzkrise geschuldet. Mappus frevelte dafür an anderer Stelle. Für den Rückkauf der EnBW-Aktien im

Wert von 4,7 Milliarden Euro schuf er eine Art Schattenhaushalt.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) und Finanzminister Nils Schmid (SPD) bemühten sich gestern bei der Vorstellung der Eckpunkte für den Doppelhaushalt 2013/2014 redlich, den Kulissenwechsel – weg von der Nettounnull, hin zur Neuverschuldung – zu erklären. 2,5 Milliarden Euro beträgt die Deckungslücke im Etat. Laut Finanzminister Schmid entfallen dabei 560 Millionen Euro auf fehlende Einnahmen, knapp zwei Milliarden Euro auf steigende Ausgaben.

Um bei Letzteren zu bleiben: etwa 630 Millionen Euro kommen zum Beispiel bei den Personalausgaben hinzu; 330 Millionen Euro für höhere Gehälter, 300 Millionen Euro für die steigende Zahl der Pensionäre sowie die Beihilfe, also die Kranken-

versorgung der Beamten. Auf der Einnahmeseite des Etats fehlen nach Auskunft Schmid vor allem die Rücklagen, die in den vergangenen Jahren zuverlässig zur Verfügung standen. Die Steuerquellen sprudeln zwar noch immer, doch nicht mehr so stark wie zuletzt.

Bis zum Jahr 2020 muss das strukturelle Defizit von mindestens 2,5 Milliarden Euro aus dem Haushalt herausgeschwitzt werden. Dann tritt die Schuldenbremse des Grundgesetzes in Kraft, die Länder dürfen keine neuen Schulden mehr machen, es sei denn, es käme zu einer schweren Rezession. Regierungschef Kretschmann und sein Finanzminister sprachen von einem „Abbaupfad“, auf den sie sich begeben. Kretschmann sagte, der Doppelhaushalt sei eine schwierige Angelegenheit, „aber wenn wir den Abbaupfad einhalten wollen, müssen wir jetzt anfangen“. Damit der An-

fang nicht gar zu beschwerlich wird, fasst das Land zunächst einmal tief hinein in den kommunalen Finanzausgleich. Finanzminister Schmid wollte gestern noch nicht verraten, wie viel er abzieht.

Zu rechnen ist mit etwa 400 Millionen Euro. Zuletzt waren es 365 Millionen Euro. Es handelt sich also um die bloße Fortschreibung einer schon länger geübten Praxis. Strukturelles Sparen sieht anders aus. Das Greifen in fremde Taschen ist noch kein Sparen. Zusammen mit einem Sparbeitrag des öffentlichen Dienstes lautet das Spargziel für 2012 insgesamt 550 Millionen Euro. Bis 2020 sollen dann pro Jahr jeweils etwa 250 bis 300 Millionen Euro zusätzlich gespart werden, um 2020 zu einer dauerhaften Nullverschuldung zu kommen. Aus dieser Strategie erhellt sich: mit jedem Jahr werden die Einschnitte schmerzhafter, das Gelingen ist fraglich.

„Man muss das betrachten wie die Alpen. Sie sind einfach da, auch wenn sie einem die Sicht nach Italien versperrern.“

Winfried Kretschmann über die Schuldenbremse

Heute in der Zeitung

Politik

Neuer Versuch Endlagersuche

Peter Altmaier, der Minister für Umwelt, forciert die Gespräche zwischen Bund und Ländern. SEITE 4

Zwischen Demokratie und Religion

Die Lage in Tunesien ist fragil. Die Regierung tut sich schwer, Position zu beziehen. SEITE 8



Aus aller Welt

Rockern keine Chance

Die Polizei will der Hells Angels Herr werden. Dafür hat sie eine neue Bekämpfungsstrategie verfasst. SEITE 9

Wirtschaft

EU prüft Porsche-Subventionen

Für 522 Millionen Euro Investitionen in Leipzig will Porsche 43,7 Millionen Euro Subventionen. Die EU prüft dies. SEITE 12

Bausparkasse für Steuererleichterung

Der Schwäbisch-Hall-Chef plädiert für Abschreibungsmöglichkeiten bei energetischen Haussanierungen. SEITE 13

Entdecken

Wie gläsern soll der Surfer sein?

Internetbrowser sollen künftig signalisieren, wenn deren Nutzer nicht möchten, dass ihre Daten zu Werbezwecken ausgewertet werden. Darüber ist ein Streit entbrannt. SEITE 18

Stuttgart & Baden-Württemberg

Ärger über private Konkurrenz

Drei Direktoren beruflicher Schulen haben harsche Kritik an Einrichtungen privater Träger geäußert. SEITE 21

Der Orca will nicht mehr

Bruno Döbelmann gibt nach der gescheiterten Bodensee-Längsquerung das Langzeitschwimmen auf. SEITE 25

Reportage

Lernen auf hohem Niveau

Die Volkshochschule Stuttgart überrascht mit einem neuen Kurs: Sie lehrt jetzt auch das Gehen in High Heels. SEITE 28

Kultur

OB-Kandidat Kuhn und die Kultur

Bei den „Kulturgesprächen“ werden alle OB-Kandidaten zu ihren Plänen befragt. Zum Auftakt kam Fritz Kuhn. SEITE 30

Indisches Filmfest vor dem Auftakt

Mehr als nur Bollywood: in wenigen Tagen startet im Stuttgarter Metropol-Kino das indische Filmfestival. SEITE 31



Sport

Weindorfer und die Stars

Für das Turnier am dem Weissenhof baut der Organisator Edwin Weindorfer auf deutsche Tennisstars. SEITE 34

Kommentare & Kolumnen

Centrotherm-Insolvenz Die Solarbranche ist in der Krise, hat aber langfristig Potenzial, meint Rüdiger Bäßler. SEITE 11

Albtraum Oskar Beck hat ein Interview mit Bundestrainer Joachim Löw geträumt – und aufgeschrieben. SEITE 35

Rubriken

MittwochsLOTTO _____ 9 Notfalldaten _____ 22, 23
Impressum _____ 12 Fernsehprogramm _____ 32
Familienanzeigen _____ 17 Was Wann Wo _____ 33

stuttgarter-zeitung.de

Rolling Stones

50 Jahre Sex, Drugs and Rock 'n' Roll

Bei ihrem ersten Konzert sahen die Rolling Stones noch ziemlich unschuldig aus – die Bandgeschichte in Bildern.

www.stuttgarter-zeitung.de/foto



Tiere im Medienzoo

Ein Krokodil in Bayern?

Von der Kultuh Yvonne bis zum Problemäber Bruno: Wir zeigen Ihnen die Sommerloch-Tiere der letzten Jahre.

www.stuttgarter-zeitung.de/foto

Ihr Kontakt zur Stuttgarter Zeitung

Telefon
Zentrale und Redaktion _____ 0711/72 05-0
Anzeigen _____ 07 11/72 05-21
Leserservice _____ 0711/72 05-61 61
Probe-Abonnement _____ 080 00 14 14 14

Fax
Redaktion _____ 07 11/72 05-12 34
Anzeigen _____ 018 03/08 08 08
Leserservice _____ 07 11/72 05-61 62
*018 03: 0,09 Euro/Min.
Preise aus dem dt. Festnetz.
Mobilfunkhöchstpreis 0,42 Euro/Min.

E-Mail
Redaktion: redaktion@stz.zgs.de
Anzeigen: anzeigen@stz.zgs.de
Leserservice: service@stz.zgs.de

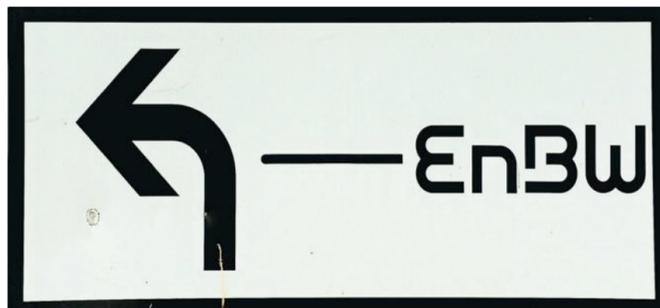
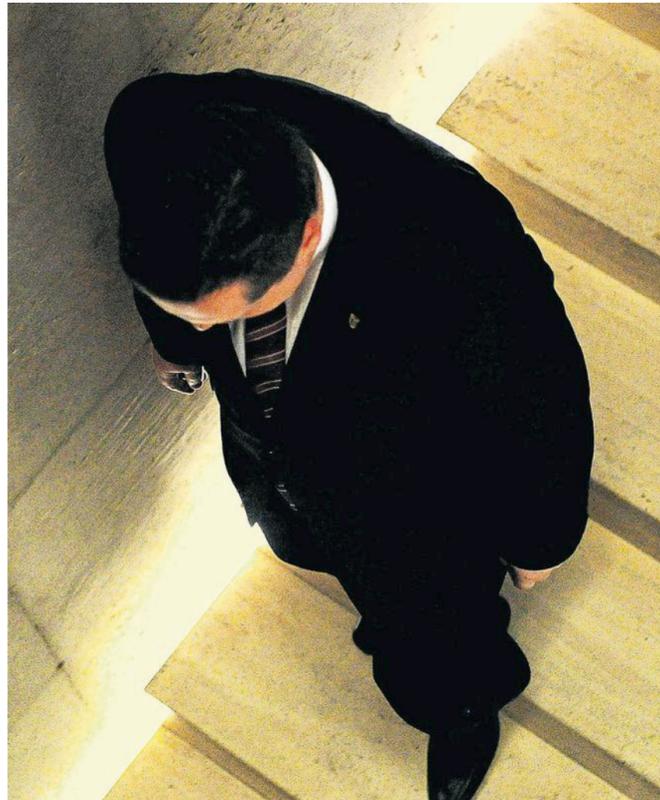
Redaktion Stuttgarter Zeitung, Postfach 10 60 32, 70049 Stuttgart
Leserservice Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 43 54, 70038 Stuttgart
Anzeigen Stuttgarter Zeitung Werbevermarktung GmbH, Postfach 10 44 26, 70039 Stuttgart
Chiffre Stuttgarter Zeitung Werbevermarktung GmbH, Postfach 10 44 27, 70039 Stuttgart

Ermittlungen gegen Stefan Mappus Die Staatsanwaltschaft prüft Untreueverdacht

Die späte Erkenntnis der Ermittler

Tagesthema

Justiz Seit anderthalb Jahren gibt es immer wieder Strafanzeigen wegen des EnBW-Deals. Doch erst jetzt sieht die Staatsanwaltschaft einen Anfangsverdacht. Dabei ist die Kritik des Rechnungshofes, auf die sie nun reagiert, im Kern keineswegs neu. Von Andreas Müller



Der Rechnungshofbericht hat für die Staatsanwaltschaft den Anstoß gegeben, wegen des EnBW-Deals gegen Stefan Mappus zu ermitteln. Fotos: daps

AUFARBEITUNG VOR U-AUSSCHUSS UND SCHIEDSGERICHT

Landtag Parallel zur Justiz wird der EnBW-Deal weiterhin von einem Untersuchungsausschuss des Landtags aufgearbeitet. Der Ausschusschef Ulrich Müller (CDU) befürchtet keine Beeinträchtigung durch das Verfahren. Allerdings dürfte die für den Herbst geplante zweite Vernehmung von Stefan Mappus und Dirk Notheis

(beide CDU) wenig ergiebig werden: Beide können sich nun auf ein Aussageverweigerungsrecht berufen, weil sie sich nicht selbst belasten müssen.

Gericht Noch länger dürfte die Aufarbeitung vor dem Schiedsgericht der Internationalen Handelskammer dauern. Dort verlangt das Land bis jetzt gut zwei

Milliarden Euro von der Electricité de France zurück. Nach dem Gutachten von Wirtschaftsprüfern (die StZ berichtete) wird es diese Forderung auf gut 840 Millionen Euro reduzieren. Der erste Termin ist im Herbst angesetzt. Auch die EdF und das Gericht dürften Gutachter einschalten. Ein Urteil kommt wohl nicht vor 2013. mil

Anwaltskanzlei Gleiss Lutz sein; das Land habe in den Ministerien schließlich erfahrene eigene Juristen.

Der Sinneswandel kam indes spät, sehr spät. Mehr als anderthalb Jahre verstrichen seit dem Coup vom 6. Dezember 2010, ehe Ermittlungen anließen. Dabei hatte es gleich danach etliche Strafanzeigen gegeben – und seither immer wieder. Mal machten darin Bürger nur allgemein ihrem Unmut Luft, mal erläuterten Juristen konkrete Anhaltspunkte für einen Anfangsverdacht – etwa wegen der Einschaltung von Morgan Stanley. Doch die Staatsanwaltschaft konnte nie einen Anlass zum Tätigwerden erkennen. Noch vor der Landtagswahl, früher als ursprünglich angekündigt, wurden die ersten Anzeigersteller beschiedenen, dass es nichts zu ermitteln gebe.

Seither wurden mehrfach ausführliche „Nichteinleitungsverfügungen“ verschickt – auch an jene bayerische Staatsanwältin, die über ihre Stuttgarter Kollegen fassungslos war. Es grenze an „Strafvereitelung im Amt“, empföhrte sie sich, wenn die Staatsanwaltschaft nicht endlich aktiv werde. Doch die stellte sich bis vor wenigen Tagen stur: Nein, es gebe keine Anhaltspunkte für ein „treuwidriges Risikogeschäft“, ein Verstoß gegen die „kaufmännische Sorgfalt“ sei nicht erkennbar.

Vielleicht lag es daran, dass die „politische“ Abteilung unter dem umstrittenen Oberstaatsanwalt Bernhard Häußler die Ermittlungen führte – und nicht die als zapackender bekannteren Ermittler von der Schwerpunktabteilung für Wirtschaftskriminalität. Erst der Bericht des Rechnungshofes öffnete Häußler, über dessen etwaige Parteizugehörigkeit die Behörde keine Auskunft gibt, offenbar die Augen. Dabei waren die Zweifel an dem Milliardengeschäft, die darin detailliert beschrieben wurden, im Grundsatz seit Langem bekannt. Wären die Ermittler früher aktiv geworden, hieß es aus Polizeikreisen, hätten sie eher noch etwas gefunden. Aber nach anderthalb Jahren sei eine Razzia erfahrungsgemäß nicht besonders ergiebig.

Aus Mappus' Sicht war die Durchscheidung ohnehin unbegründet. Das Verfahren werde am Ende „mangels hinreichenden Tatverdachts“ eingestellt, ließ er seine Anwälte prophezeien. Er habe sich keine Untreue vorzuwerfen, sondern „ausschließlich im Interesse des Landes gehandelt“. Der Rechnungshof dagegen verkenne „in vielfacher Weise“ die damalige Situation. Denkbar knapp fiel die Stellungnahme von Morgan Stanley aus: Man bestätige den Besuch der Staatsanwälte und werde sie unterstützen. Bei Dirk Notheis kam die Antwort auf die Mailanfrage automatisch: „I am out of office“, er sei nicht im Büro.



Mappus habe allein im Interesse des Landes gehandelt, sagen seine Anwälte.

„Ausschaltung der zuständigen Organe“

Wer Untreue begeht, muss mit einer Haftstrafe bis zu fünf Jahren rechnen. Laut Strafgesetzbuch veruntreut ein Täter fremdes Vermögen, wenn er es mindert oder auch nur gefährdet, obwohl er die Pflicht übernommen hat, mit ihm sorgfältig und nach den Anweisungen des Besitzers umzugehen. Dabei muss der Täter das Geld nicht in die eigene Tasche stecken; es geht nicht nur um Eigennutz. Es gibt wenige Paragrafen im Strafgesetzbuch, die so vage formuliert sind, und in zwischen keinen anderen, der von den Richtern so ausufernd interpretiert wird.

Ursprünglich galt die Strafdrohung vor allem kleinen Menschen, Bankkassierern und Hausverwaltern beispielsweise. Dann entdeckte die Justiz die Möglichkeit, mit Hilfe des Untreueparagrafen jene Wirtschaftsgrößen vor den Kadi zu zerrren, die für jeden erkennbar etwas Verwerfliches getan, aber gegen keine andere Regel des Strafgesetzbuches verstoßen hatten und sonst straflos geblieben wären. Es begann die Zeit, da sich erst Manager, dann auch Vorstandsvorsitzende und Aufsichtsräte vor Gericht wegen des Vorwurfs der Untreue verantworten mussten. Manchmal wurde ihnen – wie dem Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann im Mannesmann Prozess – am Ende noch ein Verbotsirrtum zugebilligt. Doch es ist in

Strafrecht Für die Justiz fällt unter den Untreuevorwurf längst mehr als der Griff in die Portokasse. Auch Manager und ihr Tun sind betroffen. Von Stefan Geiger

Deutschland auch schon ein – eigenwilliger – Unternehmer wegen Untreue verurteilt worden, der seinem Sohn einen kleinen Bruchteil des eigenen Vermögens geschenkt hat und das Geschenk unmittelbar darauf durch ein nicht nur bei ihm übliches risikobehaftetes Wirtschaften geschädigt haben soll.

Gegenüber ihresgleichen, also denen im öffentlichen Dienst, vor allem aber gegenüber denen über ihnen, also gegenüber Ministern und anderen Spitzenpolitikern, waren Richter lange Zeit zurückhaltender. „Haushaltsuntreue“ heißt hier der Fachbegriff. Zwar wurden schon früh Lehrer wegen Untreue verurteilt, die in Ermangelung anderer Gelder die Mittel für eine Fortbildung aus der Portokasse der Schule nahmen. Werner Schmidt-Hieber, einst Oberstaatsanwalt in Stuttgart, beklagte aber schon 1996, dass „die Justiz vor Politik und Parteien einen übergroßen Respekt zeigt“. Wenn es zu Ermittlungen kommt, dann meist

Der Fachbegriff heißt
Haushaltsuntreue.

„Haushaltsuntreue“ heißt hier der Fachbegriff. Zwar wurden schon früh Lehrer wegen Untreue verurteilt, die in Ermangelung anderer Gelder die Mittel für eine Fortbildung aus der Portokasse der Schule nahmen. Werner Schmidt-Hieber, einst Oberstaatsanwalt in Stuttgart, beklagte aber schon 1996, dass „die Justiz vor Politik und Parteien einen übergroßen Respekt zeigt“. Wenn es zu Ermittlungen kommt, dann meist

wegen „Peanuts“. Der einstige Bundeslandwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke steht gerade vor Gericht, weil 8000 Euro für eine Familienfeier von einem Wasserverband gezahlt worden sein sollen. Bürgermeister hat es schon in Serie getroffen.

Die Stuttgarter Justiz setzte 1996 neue Maßstäbe. Es wertete die Verschwendung von Steuergeldern als Haushaltsuntreue – am Beispiel des örtlichen Theaterintendanten, der systematisch seine Budgets überzogen hatte. Gegen den Berliner CDU-Fraktionschef Klaus Rüdiger Landowsky wurde beim Berliner Bankenskandal wegen Untreue ermittelt, freilich in seiner Eigenschaft als Vorstandschef der Berlin-Hyp. Landowsky hat Rechtsgeschichte geschrieben. Das Bundesverfassungsgericht hat ihm mit einer Entscheidung aus dem Jahre 2010 zu einem Freispruch verholfen, weil es die Anforderungen an die Justiz erhöht hat, die Höhe des Schadens nachzuweisen.

Zu den entscheidenden Kriterien für eine Untreue zählt die Rechtsprechung insbesondere die „Ausschaltung der zuständigen Organe“, das „Handeln außerhalb der Entscheidungsbefugnis“, die „Vernachlässigung von Informationspflichten“ und „bewusstes Handeln entgegen kaufmännischer Sorgfalt“. Ein subjektiv verfolgter „guter Zweck“ entlastet dagegen nicht vom Vorwurf der Untreue. Es wird eng für Stefan Mappus.

Erst wenige Selbstanzeigen

Steuerflucht Der neue Ankauf von Daten-CDs durch die Behörden hat sich noch nicht ausgewirkt.

Wer Steuern hinterzogen hat, kann der strafrechtlichen Verfolgung entgehen, wenn er sich rechtzeitig selbst bei den Finanzbehörden anzeigt und die vermeintlichen Vermögenserträge nachträglich veranlagt. Von dieser Möglichkeit wurde im Jahr 2010 viel Gebrauch gemacht, als deutsche Behörden schon einmal Datenträger mit Kundeninformationen aus der Schweiz und aus Liechtenstein angekauft hatten. Jetzt ist es wieder so weit: Nordrhein-Westfalen hat einen neuen Datensatz erworben; es wird kolportiert, dass es nicht nur bei einem geblieben sei. Diese Nachrichten sind aber noch zu frisch, um bereits eine Massenbewegung sich selbst anzeigender Steuerhinterzieher ausgelöst zu haben. „Ich würde noch nicht von einer Welle sprechen“, sagt ein Sprecher von Baden-Württembergs Finanzminister Nils Schmid (SPD).

Bis zum Jahr 2010 gab es überhaupt keine systematische Erhebung von Selbstanzeigen im Land. Seither wurden bis zum 15. Juli 2012 insgesamt 9074 dieser Meldungen aufgenommen. Die überwiegende Mehrzahl kam 2010 herein. Weihnachten 2010 zählte man 7436 Vorgänge. 1,1 Milliarden Euro wurden nachveranlagt, was dem Land 350 Millionen Euro zusätzliche Steuereinnahmen einbrachte.

Danach beruhigte sich das Selbstanzeigegeschäft. Bis November 2011 kamen 1000 neue Fälle dazu. Diese Taktzahl setzte sich auch bis zur vergangenen Woche fort, bis zu der rund 600 weitere Selbstanzeigen eingegangen sind. Erst von jetzt an wird man sehen, ob es angesichts des Sommerchlussverkaufs von Steuerdaten-CDs wieder eine Welle von Selbstanzeigen gibt. Unwahrscheinlich ist das nicht: „Das kann ja noch kommen“, sagte Schmid Sprecher. *tb*

EnBW

Studie: Wasserkraft stark ausbaufähig

Baden-Württemberg hat seine Potenziale für Wasserkraft laut einer Studie noch lange nicht ausgeschöpft. Rund 30 Prozent der Landesfläche sind für den Bau von Pumpspeicherkraftwerken geeignet, wie der Energiekonzern EnBW am Freitag mitteilte. „Wir waren überrascht, wieviel Potenzial die Wasserkraft noch hat“, sagte der Technikvorstand Hans-Josef Zimmer. Laut einer Studie könnten an 13 Standorten in Baden-Württemberg Anlagen mit einer Gesamtleistung von rund 19 Gigawatt errichtet werden.

Auch die Laufwasserkraft sei im Südwesten ausbaufähig, hieß es. Nach einer weiteren Studie der Universität Stuttgart könnte die Leistung bereits bestehender Kraftwerke in Nebengewässern des Oberrheins um 29 Prozent gesteigert werden. Außerdem gebe es Neubaupotenziale im Umfang von mehr als 200 Gigawattstunden. Der große Haken dabei ist: Der Bau neuer Querbauwerke sei aber wegen ökologischer und rechtlicher Anforderungen schwer zu realisieren.

Aktuell gibt es nach Angaben EnBW im Südwesten 1250 Wasserkraftanlagen mit einer installierten Leistung von 775 Megawatt. Der Karlsruher Konzern selbst betreibt davon 65 Laufwasser- und zwei Pumpspeicherkraftwerke. *lsw*

Beamtenrecht

Lebenspartnerschaft Ehe gleichgestellt

Schwule und lesbische Beamte in Baden-Württemberg sind künftig ihren heterogenen Kollegen gleichgestellt. Der Landtag beschloss in dieser Woche das von der Landesregierung eingebrachte Gesetz. Danach sind eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften im öffentlichen Dienst- und Besoldungsrecht in vollem Umfang mit der Ehe gleichgestellt. Alle vier Fraktionen stimmten dem Gesetzentwurf zu. Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid (SPD) rechnet mit zusätzlichen Ausgaben für die Besoldung von 250 000 Euro pro Jahr und durch die vorgesehene Rückwirkung mit einmalig einer Million Euro. Im Bereich der Hinterbliebenenversorgung werde es Mehrkosten von 1,04 Millionen Euro und für die Rückwirkung von einmalig 4,42 Millionen Euro geben. Im laufenden Jahr sind 92 Paare beim Landesamt für Besoldung und Versorgung gemeldet, die in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft leben. Baden-Württemberg war eines der letzten Bundesländer, das Ernst macht mit der Gleichstellung. Die Regierung folgt einer Vorgabe der EU. *lsw*

Aufklärung nur dank Mappus' Abwahl

EnBW-Deal Was wäre ans Licht gekommen, wenn die CDU noch einmal gesiegt hätte? Ein Szenario. Von Andreas Müller

Die Floskel gehört zum Repertoire fast aller Politiker. Nein, pflegen sie abzuwehren, hypothetische Fragen beantwortete man nicht. Was (gewesen) wäre, wenn – darüber lohne es sich nicht den Kopf zu zerbrechen.

Im Fall des Ex-Ministerpräsidenten Stefan Mappus und seines EnBW-Deals lohnt sich das Gedankenspiel sehr wohl. Was wäre eigentlich gewesen, wenn CDU und FDP die Landtagswahl noch einmal gewonnen hätten? Viel hätte dazu nicht gefehlt, die Christdemokraten erhielten schließlich – trotz Mappus-Malus und Fukushima – immer noch stattliche 39 Prozent. Wäre das dubiose Milliardenengeschäft dann ähnlich gründlich aufgearbeitet worden, wie es jetzt geschieht? Wäre Mappus' brachiale Art der Machtausübung, sein spezielles Demokratieverständnis dann innerparteilich überhaupt problematisiert worden?

Der Wahlsieger wäre zunächst ein Held gewesen. Unter widrigsten Umständen die Bastion Baden-Württemberg für die CDU verteidigt zu haben – das hätte ihn fürs Erste unangreifbar gemacht. „Der hätte vor Kraft kaum noch laufen können“, sagt ein Abgeordneter. Seine parteiinternen Kritiker hätten in Deckung gehen müssen und nur hoffen können, dass er Wichtiges zu tun habe, als mit ihnen abzurechnen. Auftrieb hätten all jene Gefolgsleute verspürt, die dem Pforzheimer noch Größeres zutrauten. „Wir werden auch noch Kanzler“, verlaute schon vor der Wahl aus seinem persönlichen Umfeld, in dem sich weit mehr naive Bewunderer als kritische Köpfe tummelten. Manchen Christdemokraten schien es nur eine Frage der Zeit, bis Mappus sich mit Angela Merkel anlegen würde – so wie er das stets mit Leuten getan hatte, die ihm im Wege standen.

Hätte ein Nachspiel zum EnBW-Deal seinen Aufstieg bremsen, ihn ernsthaft in Bedrängnis bringen können? Hätte es ein glasklares Urteil des Staatsgerichtshofs, einen Unglaublichen zu Tage fördernden Untersuchungsausschuss, einen vernichtenden Prüfbericht des Rechnungshofs, staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegeben? Zweifel sind angebracht.

Schon das Urteil des Staatsgerichtshofs, glauben Strategen der früheren Koalition, wäre bei einem schwarz-gelben Wahlsieg anders ausgefallen. Die Richter hätten wohl nicht umhinkönnen, die Ausschaltung des Landtags als Verfassungs-



Nach einem Wahlsieg, glaubten Parteifreunde, hätte sich Stefan Mappus irgendwann auch mit Angela Merkel angelegt. Foto: dpa

bruch einzustufen. Doch ihre Entscheidung wäre ungleich milder, verständnisvoller begründet worden. Sie hätten das Dilemma zwischen der bei Aktiengeschäften notwendigen Geheimhaltung und der Beteiligung des Parlaments in den Vordergrund gerückt, meint ein hochrangiger CDU-Mann. Der Präsident des Staatsgerichtshofs, Eberhard Stolz (CDU), kommentiert solche Einschätzungen natürlich nicht – allenfalls mit einer säuerlichen Miene. Das Urteil bestätigt freilich einen alten Kalauer, der politisch besetzte Staatsgerichtshof heiße so, weil dort meistens der Staat gewinne – soll heißen: die jeweils regierenden Parteien.

Auch der Untersuchungsausschuss wäre wohl anders verlaufen, hätten CDU und FDP noch die Mehrheit – wenn es denn überhaupt einen gegeben hätte. Selbst die Grünen hatten das Gremium zunächst bekanntlich mit der Begründung abgelehnt, es fehle an Akten für die Aufarbeitung. Ob jemals so viele und entlarvende Unterlagen auf den Tisch gekommen wären, wie es jetzt der Fall ist, darf man bezweifeln. Der Ausschuss wäre ähnlich verlaufen wie jener zum „schwarzen Donnerstag“, mutmaßt ein CDU-Grande: Schwarze und Gelbe hätten so viele „Nebelkerzen“ geworfen, dass Mappus' Verantwortung dahinter verschwunden wäre. Ob Morgan Stanley ohne den Aufklärungsdruck durch die Regierungsmehrheit jemals den verräterischen

E-Mail-Verkehr herausgegeben hätte, erscheint ebenfalls fraglich. Am Ende hätten SPD und Grüne ein kritisches Minderheitsvotum abgegeben, CDU und FDP hätten den Coup ihres Vormannes dagegen mehrheitlich abgesegnet – allenfalls mit sparsam dosierter Selbstkritik.

Höchst fraglich ist auch, ob und wann der Rechnungshof aktiv geworden wäre. Laut seinem Präsidenten Max Munding (CDU) wollte er eigentlich das Urteil des Staatsgerichtshofs abwarten. Dabei ging es

darin um Verfassungsfragen und nicht um die Domäne der Finanzkontrolleure, den Haushalt. Doch auch nach dem Richterspruch blieb die Kontrollbehörde wochenlang untätig. Erst als die StZ enthüllte, wie ein interner Vorstoß zur Prüfung des EnBW-Deals von Munding vor der Wahl abgeblockt worden war, drohten Grüne und SPD mit einem offiziellen Auftrag; daraufhin machten sich die Prüfer flugs an die Arbeit. Ob sie sich von einer rot-grünen Opposition genauso hätten in Marsch setzen lassen? Ob der Bericht dann ebenso kritisch ausgefallen wäre? „Auf den Rechnungshof ist Verlass“, hatten CDU-Strategen früher gelobt. Sollte heißen: er tue der Regierung nicht wirklich weh. Nun lamentieren die gleichen Christdemokraten darüber, wie sich die Kontrollbehörde bei der neuen grün-roten Mehrheit anbiedere.

Ohne den Rechnungshofbericht aber wäre der EnBW-Deal womöglich nie ein

Fall für die Justiz geworden. Anderthalb Jahre lang konnte die Staatsanwaltschaft Stuttgart, die etwa bei Stuttgart-21-Gegnern einen beachtlichen Verfolgungseifer an den Tag legt, partout keinen Ansatz für Ermittlungen erkennen. Erst als ihr die – im Kern hinlänglich bekannten – Fakten schwarz auf weiß präsentiert wurden, hatte sie keine andere Wahl mehr. Angesichts der klaren Befunde hätte weitere Untätigkeit tatsächlich an „Strafvereitelung im Amt“ gegrenzt, wie eine bayerische Staatsanwältin schon vor Monaten monierte. Warum die Staatsanwaltschaft anderthalb Jahre brauchte, um zu erkennen, dass das Aktiengeschäft besser bei der Schwerpunktabteilung für Wirtschaftskriminalität als bei den für Politiker zuständigen Ermittlern aufgehoben ist, vermochte dieser Tage

auch Justizminister Rainer Stichelberger (SPD) nicht zu erklären. Justizinsider können das sehr wohl: Über Jahrzehnte habe die CDU dafür gesorgt, dass an den maßgeblichen Stellen die richtigen, sprich zuverlässigen Leute sitzen.

Vieles spricht dafür, dass eine in der Regierung bestätigte CDU den EnBW-Skandal erfolgreich kleingehalten hätte. Nachdenklicheren Amts- und Mandatsträger graute es bereits davor, wie der entfesselte Ministerpräsident losgelegt hätte. Die Abwahl empfanden sie nicht wie Mappus als „schlechten Tag für Baden-Württemberg“, sondern als „Befreiung“.

Hätten sich der Rechnungshof und die Staatsanwälte jemals an die Arbeit gemacht? Zweifel sind angebracht.

Bloß keine Vorwürfe machen – oder vielleicht doch?

Parteitag Selbstkritik zu üben, ist die Landes-CDU nicht gewohnt. Kein Wunder, dass sie jetzt verunsichert wirkt. Von Reiner Ruf

Selten haben die Christdemokraten im Land so bangen Herzens auf einen Parteitag geschaut. Zum zweiten Mal nach der Niederlage bei der Landtagswahl im März 2011 treffen sie sich. Vor fast genau einem Jahr, am 23. Juli 2011, hatten sie in Ludwigsburg mit Thomas Strobl einen neuen Landeschef gewählt. In den CDU-Bezirken kamen in der Folge neue Vorsitzende ans Ruder: in Nordwürttemberg Steffen Bilger, in Württemberg-Hohenzollern Thomas Bareiß, in Südbaden Andreas Jung – allesamt junge Leute, alle drei Bundestagsabgeordnete mit einigem Abstand zum Gebaren der früheren Landesregierung unter dem Ministerpräsidenten Stefan Mappus.

Nach der personellen Neuaufstellung sollte an diesem Samstag in Karlsruhe eigentlich die inhaltliche Neupositionierung folgen. In Ludwigsburg hatte die Partei eine Projektgruppe „Zukunftswerkstatt“ unter Leitung von Strobls Stellvertreter Winfried Mack eingesetzt. Der Auftrag lautete, einen „strukturierten Diskussionsprozess über die inhaltliche und organisatorische Ausrichtung der Partei in Gang zu setzen“. Hinter dem rhetorischen Dunst verbirgt sich der Versuch, die Episode Mappus vergessen zu machen und den Karren, den derselbe an die Wand gefahren hat, wieder flottzukriegen. Dieses Unterfangen aber

gestaltet sich indes weitaus schwieriger als zunächst gedacht.

Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen Mappus und die beiden Ex-Minister Willi Stächele sowie Helmut Rau haben die Partei aufs Neue aufgewühlt. Vorangegangen waren der Bericht des Landesrechnungshofs über den EnBW-Deal sowie die Veröffentlichung des bizarren E-Mail-Verkehrs zwischen Mappus und dem Banker Dirk Thoewis in derselben Angelegenheit. Die Folge: nicht die Zukunftswerkstatt beschäftigt die Partei, sondern die Vergangenheitsbewältigung.

„Was wir brauchen, ist eine Reinigung“, sagte ein Landtagsabgeordneter dieser Tage – ein purifizierender Akt, welcher der Partei den „blinden Autoritätsglauben“ austreibe. „Wenn wir uns nicht ändern, werden uns die Wähler ändern.“

Das setzt jedoch Selbstkritik voraus. Und darin liegt das Problem. Der Abgeordnete erinnert an den Wechsel von Günther Oettinger zu Stefan Mappus. Viele in der Partei hätten in dem Pforzheimer den durchsetzungsfähigen Politiker gesehen, den sie sich nach dem wankelmütigen Oettinger ersehnten. „Endlich wieder ein waschechter Konservativer“, hätten viele gejubelt – verkennend, dass Mappus nur den Konservativen spielte, weil er die emotionale Leerstelle im Seelenhaushalt

der Partei erkannt und diese aus Machtkalkül besetzt hatte.

CDU-Landeschef Strobl versuchte in einer Erklärung vor dem Parteitag zu retten, was nur schwer zu retten ist. „Wir dürfen nicht die wichtigen Sachthemen aus den Augen verlieren, mit denen wir in der Landespolitik konfrontiert sind“, ließ er verlauten. Er versuchte es mit einem Angriff auf die grün-rote Landesregierung: „desaströse Schulpolitik“, Neuverschuldung, Infrastruktur – da lägen doch die wahren Probleme. Aber auch Strobl räumte ein: „Wir müssen die Fehler der Vergangenheit offen ansprechen und uns einer ehrlichen Diskussion stellen.“

Dieser Aufruf zur Selbstkritik erschien Strobl auch mit Blick auf Äußerungen einiger Berliner Parteigrößen angezeigt, und zwar solchen, die aus dem Südwesten stammen. Bildungsministerin Annette Schavan hatte die Südwest-CDU ermahnt: „Es ist jetzt wichtig, dass wir zusammenhalten, uns nicht gegenseitig Vorwürfe machen.“ Strobl konterte gallig, das Letzte, was Mappus zu Fall gebracht habe, sei mangelnde Loyalität gewesen. Auch Volker Kauder, der Chef der Bundestagsfraktion, ließ die Südwest-CDU wissen, sie solle sich keine Diskussionen über die Vergangenheit aufdrängen lassen. Die Wortmeldungen Schavans und Kauders kamen im Land gar nicht gut an. Solche Ratschläge ausgerechnet von diesen beiden, die in Berlin darauf hingearbeitet hatten, den Ministerpräsidenten Oettinger nach Brüssel wegzuloben und durch Mappus zu ersetzen, gelten als Provokation. Schavans Einfluss in der baden-württembergischen CDU schmilzt wie der Schnee in der Sonne; viel ist nicht mehr da. Auch Kauder gilt vielen im Landesverband als Auslaufmodell. Auf dem Parteitag wird er aber sprechen.

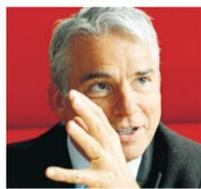


Foto: dpa

Superkluge Ratschläge aus Berlin nimmt CDU-Landeschef Thomas Strobl derzeit ungern entgegen.